Nr. 75. 24. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3.30 Mk., monatl. 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 29. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Reichsverdrossenheit.

Aus Süddeutschland wird uns geschrieben:

Die Wahlerfolge der reaktionären Parteien und ihrer „liberalen" Handlanger haben jene Empfindungen nicht zurückdrängen können, die sich bei einem großen Teil des deutschen Volkes geltend machen und die namentlich in den Einzelstaaten sehr stark sind — was man so als „Reichsverdrossenheit" bezeichnet. Diese Mißstimmung, die auch weite und breite Schichten des Bürgertums ergreift, richtet sich im wesentlichen gegen Preußen; vielfach scheut man sich zwar, dies direkt auszusprechen. Nicht etwa gegen das preußische Volk, sondern gegen die preußische Politik ist diese Mißstimmung gerichtet und der Reichskanzler täuscht sich bitter, wenn er etwa glaubt, daß sein Satz: „Preußen in Deutschland voran!" in den außerpreußischen deutschen Staaten auch nur von einer starken Minderheit der Bevölkerung ernstgenommen worden sei. Auch in Preußen selbst wird in der großen Masse des Volkes dieser Spruch nicht viel Zustimmung gefunden haben.

Speziell in Süddeutschland empfindet man es, daß die preußische Politik sich so manchen Reformversuchen und zeitgemäßen Neuerungen breit und unreaktionär in den Weg stellt. Wir haben ganz gewiß nicht die Absicht, etwa süddeutsche Regierungen auf Kosten der preußischen zu loben; in den Mittel- und Kleinstaaten wird durchweg auch nach den Grundsätzen der alten staatsmännischen Schule regiert, die mit dem ganzen modernen Geist der Zeit unvereinbar sind. Der Unterschied ist nur, daß in Preußen die Politik der Regierung am stärksten von dem ostelbischen Junkertum beeinflußt wird, das die rückständigste Klasse unserer Zeit ist. Diese Klasse wird vom aufgeklärten Teile des preußischen Volkes aufs entschiedenste bekämpft; aber dieser Teil wird vom „liberalen" Bürgertum dabei schnöde im Stich gelassen, so daß die zwei Hauptprivilegien des Junkertums, Gutsbezirke und Dreiklassenwahl, noch unangetastet bestehen.

Die preußischen Junker sind bekanntlich ein verkehrsfeindliches Element und finden sich da leicht mit den Zentrumspfaffen zusammen. So haben sie durch ihren Einfluß Preußen zum stetigen Widerstand gegen wirklich zeitgemäße Eisenbahnreformen gebracht. Der Eisenbahnverkehr wird stets verteuert, und den süddeutschen Staaten werden die von ihnen eingeführten Verkehrserleichterungen wieder genommen. Die einfache Machtstellung Preußens gibt dabei den Ausschlag. Das erzeugt eine tiefe Mißstimmung in der Bevölkerung, auch wo sie nicht sozialdemokratisch denkt. Das Mißtrauen steigt. Man erinnere sich an die Reichstagsdebatte über das neue Bülowsche Programm. Da wurde doch sogar von nationalliberaler Seite aus Süddeutschland die Befürchtung ausgesprochen, durch das von Bülow in Aussicht genommene Vereins- und Versammlungsgesetz könnte die Freiheit, die einzelne Staaten in vorteilhaftem Gegensatz zu Preußen auf diesem Gebiete besitzen, beeinträchtigen. Die süddeutschen Nationalliberalen lassen gewiß nicht leicht etwas von „Reichsverdrossenheit" merken, aber manchmal geht man eben auch ihnen zu weit.

Man könnte noch eine Reihe solcher Tatsachen anführen, welche die „Reichsverdrossenheit" zu erklären geeignet sind. In neuerer Zeit sind es namentlich die von der preußischen Regierung geplanten Schiffahrtsabgaben auf Rhein und Elbe, welche die Mißstimmung steigern. Wenn die Einzelstaaten sich die preußische Auslegung des § 54 der Reichsverfassung nicht gefallen lassen und wenn dann von Preußen wirklich eine Abänderung des § 54 beantragt wird, so werden sich die Gegensätze noch mehr verschärfen.

Aber die Reichsverdrossenheit knüpft sich nicht etwa nur an einzelne direkte reaktionäre Benachteiligungen oder an einzelne Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. In Süddeutschland herrschen aber andere Traditionen wie im Norden. Das stammt zum Teil noch von den Nachwirkungen der französischen Revolution, resp. des ersten napoleonischen Kaiserreichs her. Ueber dieses urteilte und urteilt man im Volke der süddeutschen Staaten ganz anders als im ostelbischen Junkerparadies. Gewiß brachte das französische Regiment viele Lasten und Beschwerden mit sich. Aber es brachte auch viele Vorteile. Den Feudalismus hatten schon die Heere des Konvents auf dem linken Rheinufer vertrieben; dann kam unter dem Rheinbund die französische Gesetzgebung. Napoleon sorgte für viele Verkehrserleichterungen; er baute eine Menge von Straßen, darunter sehr große und wichtige und machte sich dadurch beliebt. Binnenzölle wurden mehrfach aufgehoben und nach Napoleons Sturze wieder eine kurze Zeit lang eingeführt. 1817 gab es in Preußen noch 60 verschiedene Zoll- und Akzisetarife. 1861 schwanden endlich die Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein, 1870 die auf der Elbe, und nun sollen sie wieder eingeführt werden!

Da klafft nun der große Gegensatz auf: In Süddeutschland ist man an mehr Erleichterungen im Verkehrswesen in diesem Sinne gewöhnt; in Preußen kann man sich dem Zuge der Zeit auch nicht entziehen, aber man schafft künstliche bureaukratische Verkehrserschwerungen, wo man es passend findet. Wer denkt da nicht auch an den Widerstand der preußischen Junker gegen den Mittellandkanal, wobei einer derselben erklärte, ein Kanal sei überhaupt kein Kulturwerk.

Holland und Oesterreich werden für Abgabenfreiheit auf den beiden Strömen eintreten. Ei, sieh dies Oesterreich! wird da mancher sagen. Man hat es als rückständig und verfault im Verhältnis zu dem modernen Preußen dargestellt; nun hat es sich inzwischen das allgemeine Wahlrecht zugelegt, während Preußen hartnäckig am Dreiklassenwahlsystem festhält; Oesterreich will auch den Schiffahrtsverkehr nicht mit Abgaben hemmen. Wir sind gewiß frei von jeder Sympathie für das Haus Habsburg und seine Politik; allein man kann begreifen, wenn solche Vergleiche gezogen werden.

So sieht man aus Preußen ein reaktionäres Experiment nach dem anderen kommen, und es entsteht bei der süddeutschen Bevölkerung insofern eine gewisse Beunruhigung, als man fürchtet, die preußische Politik werde uns den vormärzlichen Zuständen immer näher bringen. Der alte süddeutsche Partikularismus existiert nicht mehr und wird nicht wieder kommen; man hat ganz andere Empfindungen. In die Einheit, so mangelhaft sie ist, haben sich auch die gefunden, die noch widerstrebten, aber sie wollen dieselbe nicht als Zwangsjacke empfinden. Wir hörten jüngst noch jemanden sich darüber äußern, der meinte, wenn die Junker in Preußen noch lange das Heft in der Hand behielten, so würden die bureaukratischen Verkehrserschwerungen immer noch zunehmen und man werde schließlich auf das Paßwesen zurückkommen, so daß der Reichsbürger wieder bei den alten Polizeischerereien anlangen werde. Er wies darauf hin, daß in Berlin bei Verhängung des kleinen Belagerungszustandes 1878 auch gleich der Paßzwang eingeführt worden sei. Auch an der französischen Grenze habe ihn Bismarck eingeführt. Nun, der Mann ist mit dem Worte „Schwarzseher" nicht abgetan.

Wir sind nicht „zugleich" Agrarstaat und Industriestaat, wie Bülow einmal gesagt hat, sondern der Agrarstaat kämpft mit dem Industriestaat auf dem Gebiete des Verkehrswesens. Und der erstere hat zurzeit die Klinke der Gesetzgebung in der Hand.

Der Bauernaufstand in Rumänien.

Von den 6½ Millionen Einwohnern Rumäniens gehören etwa 5 800 000 (90 Proz.) zur bäuerlichen Bevölkerung. Vom anbaufähigen Boden aber, der sich auf etwa 4 Millionen Hektar beläuft, befinden sich vier Fünftel in den Händen von etwa 4000 Großgrundbesitzern, während sich der gesamte in den Händen der Bauern befindliche Grundbesitz auf ungefähr eine Million Hektar beläuft! Bei so ungesunden Zuständen ist es geradezu als ein Wunder zu bezeichnen, daß sich Rumäniens Bauernschaft nicht schon längst gegen seine Peiniger und Blutsauger erhoben hat.

Nun ließ die rumänische Regierung unter dem ersten Eindruck des sie packenden Schreckens die Nachricht verbreiten, sie beabsichtige der Kammer schleunigst ein Gesetz gegen die Pächtertrusts vorzulegen. Nachdem jetzt aber die Flinte geschossen, der Säbel gehauen und gestochen hat, vernimmt man einstweilen nichts weiter davon, so daß man zu der Ueberzeugung gelangen muß, daß die rumänischen Bauern in gutem von ihrer Regierung tatsächlich nicht das mindeste zu erwarten haben. Ist doch diese Regierung — ganz wie in Preußen — in den Händen der Junker, hat doch die Macht der konservativen Bojaren Rumäniens gerade in letzter Zeit der Politik des Landes ihren Stempel aufgedrückt. So darf man denn gewiß sein, daß die angekündigte Antitrust-Vorlage sich nicht gegen die Herren Großgrundbesitzer richten, sondern daß sie günstigstenfalls die ärgsten Auswüchse des Pachtsystems ein wenig beschneiden wird. Es würde diese Manipulation durchaus dem in unseren kapitalistischen, unseren Junkerstaaten auch sonst üblichen Verfahren entsprechen: die Regierung tut so, als ob sie Konzessionen macht, sie hängt sich das Mäntelchen der Volksfreundlichkeit, der Bauernfreundlichkeit um die Schultern, und sie düpiert zu gleicher Zeit das Ausland, dessen urteilsloses „Publikum" die Milde der „nachgiebigen" Regierung mit weit aufgerissenen Mäulern staunend bewundert.

Soweit sich aus den unzuverlässigen offiziösen Berichten ersehen läßt, scheinen die revolutionären Bauern nicht gut genug organisiert zu sein, um ihre gerechte Sache schnell und einheitlich zum Siege zu führen. In der Moldau (Nord-Rumänien) soll schon etwas „Beruhigung" eingetreten sein, in der Walachei (Süd-Rumänien) dauern die Unruhen noch fort — so heißt's nach den amtlichen Meldungen. Es wäre kein Wunder, wenn die Regierung das Kunststück fertigbrächte, den Bauernaufstand nach russischer Manier noch einmal niederzuknütteln.

Allerdings lassen einige Anzeichen den Schluß zu, daß die Soldaten, unter denen sich ja naturgemäß sehr viele Bauernsöhne befinden, nicht allenthalben im Lande blind Order parieren, sondern daß sie hier und da mit den Bauern „sympathisieren"! Da die Zeitungen streng zensuriert sind (zurzeit dürfen die Blätter der Hauptstadt nicht einmal in die Provinz gesandt werden!), so wird genaueres erst allmählich durchsickern, zumal da natürlich auch der rumänischen Postbehörde nicht zu trauen ist!

Nach allem kann es noch längere Zeit dauern, bis der Bauer Rumäniens so weit ist, diejenige Maßregel zu ergreifen, die ihn früher oder später zum Siege führen muß: sich mit dem Industrieproletariat zu verbrüdern. Dieses rumänische Industrieproletariat selber ist augenblicklich noch nicht mächtig genug, um mit Aussicht auf Erfolg in den Gang der Dinge eingreifen zu können. Vertritt das gesamte Proletariat Rumäniens aber erst einmal gemeinsam seine gemeinsamen Interessen, dann dürfte dem ausbeuterischen Regime der antisemitischen Mordspatrioten und der dreisten Bojaren Rumäniens bald ein Ende gemacht werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. März 1907.

Der „liberale" Ministerkandidat.

Ueber den neuen „liberalen" Ministerkandidaten Adickes, zurzeit Oberbürgermeister in Frankfurt a. M., entnehmen wir der „Leipz. Volksztg." (uns selbst ist leider infolge einer — wir wissen nicht wodurch verursachten — Betriebsstörung der Post die Frankfurter „Volksstimme" nicht zugegangen) folgende Charakteristik unseres Frankfurter Bruderorgans:

„Adickes als Nachfolger Studts — das würde der Berufung einen grotesk-komischen Anstrich geben. Das deutsche Volksschulwesen käme dabei vom Regen in die Traufe. Denn Adickes ist in Volksschulfragen mindestens ebenso reaktionär wie Studt. Denn als er 1890 hier dem als „Liberaler" ins preußische Ministerium berufenen und nachher als agrarischer Frondist abgehalfterten Miquel in die Oberbürgermeisterstelle aus seiner bescheideneren Altonaer Stadttätigkeit folgte, da hob jene zehnjährige Periode Frankfurter Volksschulverwaltung bis 1900 an, die sich durch die systematische Zurückstellung jeder Ausgabe für das Volksschulwesen traurig auszeichnete. Diese Vernachlässigung zeitigte so unglaubliche Mißstände an Klassenüberfüllung und mangelhaften Lehrergebnissen, daß wir heute noch darunter leiden. Adickes hat stets gegen die Einführung der Lehrmittelfreiheit, gegen die Beköstigung und Bekleidung armer Schulkinder aus städtischen Mitteln, gegen die segensreichen Waldschulen und jeden sozialdemokratischen Antrag entweder offene oder stille Gegnerschaft bekundet und größere Reformen nach jenen Richtungen mit Hülfe der bürgerlichen liberal-konservativen Paarungsmehrheit seines Stadtparlaments bisher glücklich verhindert. Dafür hat er sich liebevoll der Gründung und dem Ausbau Frankfurter Akademien gewidmet, deren Millionenkosten ausschließlich den Söhnen der herrschenden Klassen zugute kommen. Wie überhaupt stets sein Streben dahin ging, die Interessen der oberen Zehntausend wahrzunehmen. Darauf war seine Kommunalpolitik in Altona und noch mehr in Frankfurt a. M. zugeschnitten. Adickes ist ein ebenso ausgesprochener Verächter des Volkes wie das preußische Junkertum. Er hat sich bis jetzt ganz energisch dagegen gewehrt, daß das Zensuswahlrecht für das Frankfurter Stadtparlament beseitigt oder auch nur herabgesetzt wird. Ebenso trat seine Volksfeindschaft stets offen zutage, wenn irgend ein sozialdemokratischer Antrag zur Erweiterung oder Wahrung der Volksinteressen eingebracht wurde, was ihn freilich nicht hinderte, sich nach außen hin als großen Förderer der Sozialpolitik aufzuspielen. In Wirklichkeit war seine ganze Reformtätigkeit auf sozialem und anderen Gebieten nichts wie politische Schaumschlägerei. Auf seinem Spezialgebiete, demjenigen der städtischen Grund- und Bodenpolitik, ist er mit der Zeit zum bloßen finanziellen Plusmacher herabgeglitten und hat die sozialpolitische Verwertung der angesammelten Bodenreichtümer zur Hebung der traurigen städtischen Wohnverhältnisse völlig vermissen lassen. Als er mit seinem Enteignungsgesetz für Stadterweiterungen im preußischen Landtage fast ganz an dem Widerstande städtischer und ländlicher Agrarier gescheitert war, bekannte er sich im Juni 1904 auf einer Tagung rheinischer Kommunalpolitiker als „der müde Greis", der jeden Kampf aufgegeben habe. Der Gedanke und die erste Ausbildung der städtischen Wertzuwachssteuer in Deutschland stammen von ihm; aber sie ist anderswo schon weit besser durchgeführt worden als unter seinem eigenen Stadtregime, dessen Finanzwesen eine große Reihe drückender Gebühren für die Minderbemittelten aufweist. Nebenbei versuchte Oberbürgermeister Adickes im letzten Jahre ein paar kühne Ritte ins Gebiet der Justizreform: er empfahl die aristokratische englische Richterorganisation für Deutschland, aber mit geringem Erfolge."

Man sieht, wie wenig Ursache vorhanden ist, auf diesen „liberalen" Musterkandidaten irgend welche Hoffnungen zu setzen. Adickes dürfte nicht weniger enttäuschen als seinerzeit Herr Miquel! —

Das bewährte Dreiklassenwahlrecht.

Die „Post" bringt einen Artikel zur Verherrlichung des Dreiklassenwahlrechts. Dies Wahlrecht habe sich durchaus bewährt, habe es doch während der Konfliktsjahre den Beweis geliefert, daß sogar die „extremste Opposition" dabei zum Ausdruck kommen und die Stimmung im Lande widerspiegeln könne.

Wie in Wirklichkeit das preußische Dreiklassenwahlrecht aussieht, mögen einige Zahlen beweisen. Urwählerstimmen und Abgeordnete entfielen 1903 in Preußen auf

	Stimmen	Abgeordnete
Konservative	324 157	143
Freikonservative	47 975	59
Nationalliberale	256 220	79
Freisinnige Volkspartei	73 245	25
Freisinnige Vereinigung	16 735	8
Zentrum	251 958	97
Sozialdemokratie	314 149	00

Man sieht also, daß auf die Partei, die annähernd ebenso viel Stimmen erhielt wie die Konservativen, die sozialdemokratische Partei, nicht ein einziger Abgeordneter entfiel, während die Konservativen mit 143 Abgeordneten in den Landtag einziehen konnten.

Nicht uninteressant ist auch die Berufsstatistik der Mitglieder des Abgeordnetenhauses. Unter den 433 Mitgliedern befanden sich 14 Landräte im Dienst, 5 Landräte zur Disposition, 13 höhere Beamte, 45 höhere Justizbeamte, 10 Berufsoffiziere, 17 Geistliche, 21 Rechtsanwälte und Notare, 5 Aerzte, 111 Großgrundbesitzer, 50 Landwirte, 12 Kaufleute, 5 Kleingewerbetreibende, 12 Schriftsteller und Redakteure,

82 Rentner und kein einziger Arbeiter. Auch diese Zahlen beweisen, in wie unübertrefflicher Weise es das elendeste aller Wahlsysteme zuwege bringt, aus dem preußischen Abgeordnetenhaus alle Vertreter der Mehrheit des Volkes, der nichtbesitzenden Klasse, fernzuhalten!

Daß die „Post" gerade deshalb das preußische Dreiklassenwahlsystem für ein bewährtes, wenn nicht geradezu ideales erklärt, ist ja nur zu verständlich. Wohl aber wäre es die Pflicht der ja jetzt regierungsfähig gewordenen Liberalen, alle Energie einzusetzen, um endlich dieses vorsündflutliche Wahlsystem zu beseitigen. Unendlich viel wichtiger, als die Frage der geistlichen oder fachmännischen Schulaufsicht, ist die Frage des Wahlrechts selbst. Ohne das Dreiklassenwahlrecht wäre es ausgeschlossen gewesen, daß das Schulverpfaffungsgesetz überhaupt Annahme gefunden hätte! Das preußische Wahlsystem selbst ist der Urquell aller preußischen Reaktion, aller rückschrittlichen Gesetze in Preußen. Die unabweisbare Pflicht des Liberalismus ist es daher, nun endlich einmal mit dem Sturmlauf gegen dieses skandalöse Wahlunrecht ernst zu machen. Warten wir ab, was der Liberalismus beginnen wird! —

Deutsches Reich.

Die großen Redakteurgehälter am „Vorwärts".

Die Verschleuderung der Arbeitergroschen durch die Zahlung fürstlicher Gehälter an die Redakteure des „Vorwärts" läßt die „Berliner Neuesten Nachrichten" nicht schlafen. Sie wollen dem Genossen Bebel, der in der Sitzung des Reichstags vom 19. März festgestellt hat, daß der „Vorwärts" niedrige Redakteurgehälter zahle, nachweisen, daß seine Angaben nicht stimmen können. Zu diesem edlen Zwecke schreiben sie:

„Am 19. März sagte der Abg. Bebel im Reichstage nach dem „Vorwärts" vom 20. März, Nr. 67: „Der „Vorwärts" hat gegenwärtig 138 000 Abonnenten, und der bestbezahlte der zehn „Vorwärts"-Redakteure erhält 4500 M. und nicht 10 000 bis 16 000 M., wie manche bürgerlichen Chefredakteure." Wie stimmen diese Angaben mit denen überein, welche der Parteivorstand alljährlich im Druck seinen Genossen und — aller Welt unterbreitet?

Auf Seite 47 des Protokolls steht die Abrechnung des „Vorwärts" für 1905/06, also die, auf welche Bebel nur Bezug nehmen kann. Da finden wir unter „Ausgängen": Mitarbeiter: Politik, Gewerkschaftl. Versammlungen usw. 48 008 M., Redakteure, Korrektoren, Juristische Sprechstunde 69 483,10 Mark! Der höchstbezahlte Redakteur, sagt nun Bebel, erhält 4500 M., der Mann für die juristische Sprechstunde soll ebensoviel erhalten. Ein guter Korrektor bekommt monatlich 150 M. Mag er beim „Vorwärts" 200, also jährlich 2400 M. bekommen, so daß zwei Korrektoren 4800 M. erhalten. Das gäbe für diese vier Personen die Summe von 13 800 M., hoch gerechnet. Der Rest von den 69 483,10 M., also 55 683,10 M., muß demnach auf die übrig bleibenden neun Redakteure fallen, wenn die Angaben des Parteiprotokolls richtig sind. Dann aber kämen auf jeden Redakteur nicht weniger als 4500 M., sondern 6176 M. Wer hat nun geflunkert? Das Parteiprotokoll von 1906 in der „Vorwärts"-Abrechnung oder Bebel im Reichstag, denn beide Angaben können nicht richtig sein. Man kann aber daraus ersehen, wie notwendig es ist, in die Angaben der sozialdemokratischen Führer, die sie mit so großem Aplomb machen, Zweifel zu setzen und sie nachzuprüfen.

Um dem albernen Gerede des Scharfmacherblattes ein Ende zu machen, wollen wir ihm folgendes mitteilen: Unter den 69 483 Mark befinden sich nur rund 47 700 M. für Redakteurgehälter. Da aber der Jahresabschluß vom 1. Juli 1905 bis zum 1. Juli 1906 vorliegt, also gerade der Zeitraum, in dem der Redaktionswechsel im „Vorwärts" fiel, enthalten diese 69 483 M. nicht das Gehalt für neun Redakteure, sondern für **17 Redakteure.** Auf diese 17 Redakteure entfallen im ganzen 47 700 M. 17 Redakteure kommen deshalb heraus, weil der „Vorwärts", den Redakteur für die Unterhaltungsbeilage mitgerechnet, 11 Redakteure besitzt. Dazu kommen die 6 ausgeschiedenen Redakteure. Würde man 47 700 durch 17 dividieren, so käme ein Durchschnittsgehalt von 2800 M. heraus. Diese Durchschnittssumme ist aber zu niedrig, weil ein Teil dieser 17 Redakteure dem „Vorwärts" nur für einen Teil des Jahres angehörte. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß in diesem Betrage sich auch Ausgaben für die Vertretungen erkrankter Redakteure, für Ferien-Vertretung des verantwortlichen Redakteurs, sowie die Umzugskostenentschädigung für mehrere neu eingetretene Redakteure befinden.

Die übrigen 21 700 M. setzen sich aus folgenden Ausgaben zusammen: Gehalt für eine Stenotypistin 1500 M., Gehalt für 4 Korrektoren 10 700 Mk., Entschädigung für zwei Rechtsanwälte 3900 M., Gehalt für 2 Redaktionssekretäre 5600 M., in Summa also 21 700 M.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" sehen also, daß nicht Bebel „geflunkert" hat, sondern daß sie selbst auf Grund einer ohne jede tatsächliche Grundlage vorgenommenen Wahrscheinlichkeitsberechnung dem Genossen Bebel in der fahrlässigsten Weise einen ehrenrührigen Vorwurf gemacht haben. Scharfmachermoral! —

Gegen Posadowsky.

Die agrarischen und scharfmacherischen Blätter setzen ihren Kampf gegen den Grafen Posadowsky fort, nur betreiben sie in letzter Zeit die Anrempelungen etwas versteckter. So benutzt beispielsweise die „Deutsche Tageszeitung" die läppische Bemerkung einer hiesigen Korrespondenz, Graf Posadowsky werde bei der Vorbereitung zur Börsengesetznovelle Gelegenheit zur Beseitigung der Annahme finden, daß zwischen ihm und dem Reichskanzler nicht volle Uebereinstimmung herrsche, zu einem erneuten Flankenangriff auf den „Minister der Sozialpolitik".

„Diese Andeutungen", schreibt das Bündlerblatt unter Hinweis auf die Korrespondenz, „scheinen uns von einer falschen Voraussetzung auszugehen. Gewiß gehört die Reform des Börsengesetzes zu dem neuen Programme des Reichskanzlers. Es ist aber durchaus unrichtig, wenn man anzunehmen scheint, daß Graf Posadowsky dieser sogenannten Reform weniger geneigt sei als der Reichskanzler. Nach unserer Kenntnis der Verhältnisse und Stimmungen liegt die Sache vielmehr umgekehrt. Graf Posadowsky ist durchaus ein Freund der sogenannten Börsenreform, die er im Reichstage und in der Kommission mit großer Energie und Zähigkeit und bemerkenswertem Eifer gegen ihre Gegner vertreten hat, während der Reichskanzler selbst der Angelegenheit bisher verhältnismäßig wenig Interesse entgegenzubringen schien. Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß heute trotz seiner öffentlichen Erklärungen der Reichskanzler der ganzen Frage viel kühler gegenübersteht, als sein Stellvertreter. Wenn also die Börsenreform den Bundesrat und den Reichstag beschäftigen wird, dürfte Graf Posadowsky die Hoffnungen und Erwartungen der Börsenfreunde vermutlich erfüllen, nicht um seine volle Uebereinstimmung mit dem Fürsten Bülow in dieser Frage zu bekunden, sondern weil er von jeher ein entschiedener und überzeugter, ja ein etwas einseitiger Anhänger der sogenannten Reform war." —

Im Dienste des Kapitalismus.

Die Bergwerksdirektion Saarbrücken veröffentlicht im „Reichsanzeiger" eine Uebersicht über die ihr aus Anlaß des Redener Grubenunglücks für die Hinterbliebenen der Opfer zugegangenen Spenden und die vom Unterstützungsausschuß in Aussicht genommenen Unterstützungssätze. Der Gesamtbetrag der bisher eingelaufenen Summen stellt sich auf 660 000 M. Davon sind ausgegeben, nicht gerechnet die kleinen Spenden der verschiedenen Lokalkomitees, rund 40 000 M., und zwar 20 000 M. aus der Kaiserspende und die übrigen 20 000 M. aus dem Unterstützungsfonds.

„Die Kaiserspende wurde", wie es im Bericht heißt, „sofort verteilt, und zwar erhielt jede Witwe 140 M., jede Ganzwaise 60 M., jede Halbwaise 35 M.; für jeden Ledigen, der einziger Ernährer seiner Angehörigen war, wurden diesen 75 M. und, wo er es nur teilweise war, 50 M. gezahlt. In zahlreichen Fällen wurden auf Antrag alle bei der Beerdigung entstandenen Kosten ersetzt. Mit diesen vorläufigen Unterstützungen und dem von der Knappschaftsberufsgenossenschaft gezahlten Sterbegeld, dessen gesetzliche Höhe $^1/_{15}$ des Jahresarbeitsverdienstes beträgt, sollte der augenblicklichen Not vorgebeugt werden. Von den Mitgliedern des Unterstützungskomitees oder von deren Beauftragten wurden sämtliche Familien in ihren Wohnungen besucht; wo außer Geldspenden noch Hülfe not tat, wurde solche geboten. Erkrankte Kinder oder Familienangehörige wurden in ärztliche Behandlung gegeben, für zahlreiche Kinder und Mütter wurden regelmäßige Milchlieferungen bestellt; 15 Familien, deren Betten schlecht oder unzureichend waren, wurden neue Betten geliefert. Für 40 Kinder, die Ostern zur Konfirmation oder Kommunion gehen, wurde entsprechende Kleidung, Wäsche und Schuhwerk beschafft, verschiedene Kinder sind zur Aufnahme in das Bad Kreuznach, eine Lungenheilanstalt oder Ferienkolonie vorgemerkt oder bereits in Pflege gegeben. 15 Frauen und Mädchen wurden Nähmaschinen geschenkt. Außerdem wurden zahlreiche Familien mit Lebensmitteln, Kleidung und Wäsche unterstützt. 50 Wöchnerinnen erhielten Erstlingswäsche, zum Teil auch einen Kinderwagen. Inzwischen sind auch sämtliche Witwen- und Waisenrenten von dem Vorstand der Knappschaftsberufsgenossenschaft festgesetzt und gezahlt worden. Die Renten für die Aszendenten (Eltern) sind, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen, gewährt worden. Nur in 2—3 Fällen konnte die Entscheidung noch nicht getroffen werden, weil die zahlreichen und oft recht schwierigen Vorerhebungen noch nicht beendet sind. Das ist auch der Grund, weshalb mit der Hauptverteilung der Unterstützungssumme noch nicht begonnen werden konnte.

Nach Abzug der bisherigen, insgesamt etwa 40 000 M. betragenden vorläufigen Unterstützungen bleibt von den gesammelten Geldern eine Summe von etwa 620 000 M. zur Verfügung. Da mehrere Spender den Wunsch ausgesprochen haben, daß ihr Beitrag auch zur Linderung der Not in solchen Familien verwandt werden möchte, die ihren Ernährer nicht gerade bei dem großen Redener Unglück, sondern durch einen anderen Berufsunfall verloren haben, so soll mit ausdrücklichem Einverständnis der Spender eine Anzahl von Gaben im Gesamtbetrage von 200 000 M. von der ganzen Summe als besonderer Fonds abgezweigt werden, aus dem neben den Hinterbliebenen der Verunglückten vom 28. Januar d. J. auch die Hinterbliebenen anderer im Saarbergbau tödlich verunglückter Bergleute unterstützt werden können. Die nach Verausgabung von etwa 40 000 M. verbleibende Summe von etwa 420 000 M. soll also lediglich für die Redener Hinterbliebenen verwandt werden, die übrigen 200 000 M. sowohl für die Redener als auch andere.

Zur Beschlußfassung über die Art und Weise der Verteilung der Unterstützungen ist ein Ausschuß gebildet worden, der am 23. d. Mts. zu einer grundlegenden Beratung zusammengetreten ist. In dieser Sitzung wurden folgende Unterstützungssätze in Aussicht genommen: Jede Witwe eines bei dem Massenunglück ums Leben gekommenen Bergmanns erhält neben ihrer reichsgesetzlichen Witwenrente bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheiratung einen jährlichen Zuschuß von 150 M.; jede Halbwaise erhält neben der reichsgesetzlichen bis zum vollendeten 15. Lebensjahre zahlbaren Waisenrente eine Unterstützung von jährlich 75 M., welche noch ein Jahr länger, also bis zum vollendeten 16. Lebensjahre gezahlt wird. Jede Ganzwaise, von denen fünf vorhanden sind, erhält bis zum gleichen Zeitpunkt den doppelten Betrag."

Es ist sicherlich recht gut, daß wenigstens der äußersten Not der Hinterbliebenen vorgebeugt wird; eine Entschädigung für den im Dienste des Kapitalismus gefallenen Ernährer bieten den am Grabe stehenden Witwen und Waisen jedoch auch die höchsten Summen nicht und die Forderung, daß endlich durch eine berechtigten Ansprüchen genügende Schutzgesetzgebung die groben Mißstände im deutschen Bergbau abgeschafft und die Wiederkehr ähnlicher Katastrophen verhindert wird, wird durch alle nachträglichen Unterstützungsaktionen nicht im geringsten berührt. —

Vom gleichen Recht für alle. Aus Altenburg wird gemeldet:

In Nöbdenitz wurde kurz vor der Reichstagswahl eine sozialdemokratische Versammlung von Ordnungsleuten gesprengt. Unter Anführung eines Junkers Thümmel und eines Pastors machten sich die reichstreuen Bauern, die mit ihren Knechten herangerückt waren, des Hausfriedensbruches schuldig. Gegen die Urheber der Störung stellten unsere Genossen Strafantrag, nicht um eine Bestrafung zu erzielen, sondern um das vielgerühmte gleiche Recht einer Belastungsprobe auszusetzen. Die Staatsanwaltschaft Ronneburg aber hat die Einstellung des Verfahrens aus folgenden Gründen verfügt:

„1. Es steht fest, daß Sie lediglich der Einberufer der „öffentlichen Volksversammlung" gewesen sind, die am 23. Januar 1907 im Misselwitzschen Gasthof in Nöbdenitz stattfinden sollte. Es mag nun dahingestellt bleiben, ob ein Ueberlassen des Misselwitzschen Lokals an Sie mit der Befugnis zur Verfügung über den Saal überhaupt stattgefunden hat, und ob Sie, hingesehen auf den Umstand, daß die Versammlung eine öffentliche war und Ihnen die Leitung derselben nicht übertragen wurde, als berechtigter Inhaber des Lokals gegenüber den die Versammlung besuchenden Personen zu gelten hatten. Auf alle Fälle hat bei der Sachlage **den Beschuldigten das Bewußtsein von der mangelnden Befugnis zum Verweilen gefehlt.** 2. Daß die Beschuldigten ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm verübt haben, läßt sich nicht feststellen. Insbesondere stellt **die Absingung patriotischer Lieder einen ruhestörenden Lärm nicht dar.**"

Alles andere beiseite gelassen, schon um des salomonischen Ausspruchs willen: „. . . Insbesondere stellt **die Absingung patriotischer Lieder einen ruhestörenden Lärm nicht dar**" hat sich die Stellung des Strafantrags gelohnt. Wir möchten trotz dieses Ausspruchs indes unseren Genossen nicht raten, in gegnerischen Versammlungen ihre Parteilieder zu singen. Es ist wohl zu beachten, daß in dem Bescheid des Ronneberger Staatsanwalts nur von patriotischen Liedern die Rede ist! —

Ein preußisches Kulturbild.

In dem als amtliches Publikationsorgan benutzten „Bütower Anzeiger" findet sich folgende Notiz, auf die die „Rheinische Zeitung" durch einen Freund aufmerksam gemacht wurde:

„Lauenburg, 17. März. Ein herrliches Leben, um welches sie die Schuljugend Alldeutschlands beneiden wird, führen die Schulkinder im Dorfe Bergensin, Kreis Lauenburg in Pommern: seit einem halben Jahre sind sie vogelfrei und besuchen keine Schule! Diese Kulturblüte aus Hinterpommern ist sehr einfach zu erklären. Unterrichtszimmer und Wohnzimmer des Bergensiner Schulpalastes sind derart verfallen, daß sie ohne Gefahr für Kinder und Lehrer nicht mehr bewohnt werden können. Die Räume sind amtlich geschlossen schon vor sechs Monaten, aber Abhülfe ist nicht geschaffen worden. Die Tagelöhner des Dorfes sind leistungsunfähig, sie können also nicht gezwungen werden, als Schulväter die zum Bau notwendige Summe aufzubringen. Der Patron — Gutsbesitzer — ist nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht verpflichtet, die Reparaturen auszuführen. Und die Regierung kann nichts tun, um die in Betracht kommenden Personen des Dorfes zu zwingen. Die Schulen der benachbarten Dörfer Uhlingen und Roschütz (je drei Kilometer entfernt) sind bereits so überfüllt, daß die Schulkinder aus Bergensin auch hier keinen Unterricht erhalten können. Der unverheiratete Lehrer, der selbstredend sein Gehalt bezieht, ist auf Reisen gegangen, da das Wohnen im Hause ja nicht gestattet! Seit sechs Monaten fährt er nun umher, von Verwandten zu Freunden, bis in B. einmal wieder wird ein bewohnbares Schulhaus sein. Und das wird nicht so bald geschehen."

Jedes Wort der Kritik wäre eine Verschwendung. —

Ordnungsparteiliche Wahlfälschungen.

Wegen Verletzung des § 108 des Strafgesetzbuches ist, wie das „Leipz. Tageblatt" meldet, gegen 15 Stadtverordnete der Stadt Bublitz sowie zahlreiche Magistratsmitglieder das strafrechtliche Verfahren eingeleitet worden. Es handelt sich um Unregelmäßigkeiten bei der im Januar vollzogenen Wahl des Stadtverordnetenkollegiums.

Der § 108 des Strafgesetzbuches sagt:

„Wer in einer öffentlichen Angelegenheit mit der Sammlung von Wahl- oder Stimmzetteln oder -zeichen oder mit der Führung der Beurkundungsverhandlung beauftragt, ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu drei Jahren bestraft.

Wird die Handlung von jemand begangen, welcher nicht mit der Sammlung der Zettel oder Zeichen oder einer anderen Verrichtung bei dem Wahlgeschäft beauftragt ist, so tritt Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren ein.

Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden."

Es müssen also schöne Sachen in der Stadt Bublitz vorgekommen sein. Als mildernder Umstand darf dabei vielleicht angerechnet werden, daß Bublitz in Pommern liegt, wo die Wahlfälschungen seit je gedeihen!

Edle Motive!

In Halle a. S. fand dieser Tage eine Gerichtsverhandlung statt, über die man uns berichtet:

Die Halloren, Mitglieder einer alten Salzwirkerbrüderschaft, schicken bekanntlich alljährlich zu Neujahr eine Deputation nach Berlin, die dem Kaiser und dem Kanzler gratuliert. Als die Deputierten am 6. Januar mit großer Begeisterung über den Empfang in Berlin hier in ihrem Vereinslokale Bericht erstatteten, bemerkte der Hallore Max Frosch zu seinem Entsetzen, wie aus der Ueberziehertasche des Hallorenbruders Max Riemer eine Mitgliedskarte des sozialdemokratischen Vereins herauslugte. Er nahm das Ding, zerriß es und steckte die Fetzen in den Ofen. „Bruder Riemer" war damit nicht einverstanden und erstattete gegen Frosch Anzeige wegen Sachbeschädigung. Als Frosch nun vor dem Schöffengericht stand, erklärte er, er habe sich mit Recht entrüstet, denn wohin sollte es denn führen, wenn sich sogar ein alter Hallore zur Sozialdemokratie bekenne. Das Gericht nahm an, daß Frosch nicht aus unedlen Motiven gehandelt habe und verhängte gegen ihn eine Geldstrafe von 3 M.

Wir haben selbstverständlich durchaus nichts gegen die milde Bestrafung des Herrn Frosch einzuwenden. Aber etwas überrascht sind wir durch diese Milde doch. In ähnlichen Fällen haben deutsche Richter nicht selten sogar Diebstahl für vorliegend erachtet! Aber wir haben sicherlich nichts dagegen, daß Frosch mit 3 M. wegen Sachbeschädigung davonkommt und daß ihm das Gericht edle Motive attestiert. Wir würden es sogar für einen sehr erfreulichen Fortschritt in der deutschen Rechtsprechung erachten, wenn sie politische Motive bei Strafsachen allemal als edle Motive anerkennen wollte. Das würde natürlich erfordern, daß auch die Vernichtung der Mitgliedskarte eines Ordnungsvereins durch einen Sozialdemokraten als aus nicht unedlen Motiven erwachsen beurteilt würde. Ob wir damit freilich von den Richtern im Klassenstaat nicht mehr Objektivität fordern, als sie beim besten Willen aufbringen können? Es bleibt abzuwarten! —

Gegen die Zeugnisfolter. Der Mannheimer Journalisten- und Schriftstellerverein faßte gegen das Zeugniszwangsverfahren gegen Genossen Geck einstimmig folgende Resolution:

„Die heutige Mitgliederversammlung des Mannheimer Journalisten- und Schriftstellervereins erklärt, daß die Weigerung des Herrn Redakteurs Oskar Geck, über den ihm in Ausübung seines Berufes bekannt gewordenen Namen des Verfassers eines Zeitungsartikels Angaben zu machen, den Geboten des journalistischen Standes hin entspricht. Sie legt deshalb gegen die über Herrn Oskar Geck verfügte Zwangsmaßregel als mit dem öffentlichen Rechtsbewußtsein im Widerspruch stehend entschieden Verwahrung ein und erhebt aufs neue die Forderung an die gesetzgebenden Faktoren, den Redakteuren und dem übrigen Personal der periodischen Presse die Befugnis zur Verweigerung des Zeugnisses über Verfasser und Einsender von Preßartikeln einzuräumen."

Zugleich wurde einstimmig beschlossen, die Resolution dem Justizministerium zur Kenntnis zu bringen.

Wahltrompeter des Ordnungsblocks. Die „Sächsische Arbeiterzeitung" veröffentlicht nachträglich folgende hübsche Geschichte von der Reichstagswahl: Das Wahlkomitee für den Mischmaschkandidaten Hanisch in Schandau hat zu einem originellen Mittel gegriffen, die säumigen Wähler aufzuschrecken und zur Urne zu treiben, wie folgendes Schreiben des Schandauer Stadtrats zeigt, das für sich selbst spricht:

An das Wahlkomitee für die Wahl des Herrn Hanisch
z. H. des 2. Vorsitzenden Hahse, Schandau.

Das hiesige Wahlkomitee des 8. Sächsischen Reichstagswahlkreises für die Wahl des Herrn Otto Hanisch in Pirna beabsichtigt morgen Freitag, den 25. Januar 1907, von nachmittags 3 Uhr ab, die Wahlsäumigen durch Trompetensignale zur Wahlurne rufen lassen. Hierzu wird Genehmigung erteilt.

Schandau, am 24. Januar 1907.

Der Stadtrat.
Dr. Voigt, Bürgermeister.

Ob wirklich geblasen worden ist, ist uns nicht bekannt, auch nicht, durch welchen Lockruf der Ordnungstrompeter von Schandau die schlafmützigen Wähler aufgeschreckt hat. Originell ist die Geschichte aber. Ob Sozialdemokraten auch die Genehmigung bekommen hätten, wenn sie auch Neigung gehabt hätten, mit solchen Reisignalen zu operieren? —

Zum polnischen Schulstreik. Wie die „Münchener Allgemeine Zeitung" meldet, sind die Gesuche mehrerer der im Zusammenhang mit dem polnischen Schulstreik von preußischen Gymnasien verwiesenen Schüler um Aufnahme in bayerischen Gymnasien von den zuständigen Stellen abschlägig beschieden worden. —

Fürther Freisinn. Vom Schöffengericht zu Fürth wurde ein Schweinemeister Köhler wegen Hausfriedensbruchs und groben Unfugs mit 25 und 5 M. Geldstrafe belegt. Er hatte am Abend des Hauptwahltages eine Versammlung der Freisinnigen besucht, in der das Wahlresultat verkündet wurde. Die Freisinnigen hatten durch Inserate und Plakate Gegnern den Zutritt verboten. Köhler hat sich geärgert, als er einen freisinnigen Agitator in seiner Rede sagen hörte, Fürth sei die Schande erspart, daß Segitz, der wüste Klassenvertreter, in den Reichstag ziehe. Darob ließ Köhler sich zu Zwischenrufen hinreißen. Darauf, erklärte er vor Gericht, habe er hinausgehen wollen, als man ihm dabei „Raus! raus!" zugerufen, habe er erwidert: „Ihr Fleischverteuerer! Ihr Brotwucherer!" Die Anzeigen und Plakate habe er nicht gelesen. Der Vorstand der freisinnigen Partei hatte sich nicht gescheut, den Mann dem Gericht zu denunzieren, und obgleich ein Schutzmann, der die Versammlung überwachte, als Zeuge meinte, „die Leute, die in nächster Nähe Köhlers saßen, hätten sich über sein Benehmen gar nicht geärgert; es sei wie beim Salvator gewesen", erfolgte die Verurteilung. Der Freisinn hat also seinen von ihm erwünschten Triumph, zugleich auch eine gerichtliche Bestätigung seines — entschiedenen Liberalismus!

Ausland.

Frankreich.

Caillaux' Wirtschaftspolitik.

Am 24. März hielt der Finanzminister Caillaux in Lyon eine bemerkenswerte Rede, in der er die leitenden Gedanken seiner Wirtschaftspolitik darlegte. Er sagte u. a.: **Das fast ausschließliche Uebergewicht der indirekten Steuern bedeute eine große Gefahr; diese Abgaben ständen im umgekehrten Verhältnis zu dem Reichtum. Man müsse daher stufenweise die indirekten Steuern vermindern und die direkten Steuern befestigen.** Man müsse sie der Familie jedes Bürgers entsprechend berechnen, und ihnen den Charakter von Progressivsteuern geben. Er wünsche einen Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten eines liberaleren Wirtschaftsregimes, als das gegenwärtige sei.

Der Minister sprach dann die Hoffnung aus, daß die Völker wegen der Ausschreitungen der Trusts und Kartelle, die sich fortdauernd zum Schaden der Konsumenten vermehrten, **auf wirtschaftlichen Nationalismus verzichten** werden, um **die Zollpolitik vermittels internationaler Abkommen herabzusetzen,** gleich dem, das in Brüssel betreffend die Abgaben auf Zucker getroffen worden sei. Er besprach darauf die Lage jeder einzelnen Kategorie von Steuerpflichtigen und fuhr fort: „Dem Privilegium von Besitzern von französischen oder ausländischen Staatsfonds: keine Einkommensteuer zu bezahlen — muß ein Ende gemacht werden! Nicht nur Preußen und die übrigen deutschen Staaten, sondern alle großen Völker Europas wandeln seit dreißig Jahren ihr Steuersystem im Sinne der Einkommensteuer um. Der Einkommensteuerentwurf der Regierung ahmt die Systeme des Auslandes nicht sklavisch nach, sondern trägt den französischen Ueberlieferungen und Gesinnungen Rechnung."

Caillaux erklärt weiter, er sei bereit, Einzelheiten des Entwurfs gemeinsam mit der Kammer einer Revision zu unterziehen. Die Einkommensteuer werde die Armen entlasten und die Reichen treffen, sie sei also eine gerechte und logische Reform. Er verteidigte sich schließlich gegen den Vorwurf, daß er dem Kollektivismus in die Hände arbeite, und forderte das Bürgertum auf, in seinem eigenen Interesse einige Opfer zu bringen; es müsse gute Politik getrieben werden, die Zeit sei gekommen, wo die notwendigen Umwandlungen durchgeführt werden müßten. —

Italien.

Eine Diätenvorlage.

Die chronische Leere des italienischen Parlaments hat den Abgeordneten Chimienti bestimmt, einen Gesetzentwurf einzureichen, der den Deputierten Taggelder sichern soll. Für jede Sitzung, der die Abgeordneten beiwohnen, sollen sie 30 Lire erhalten. Dafür soll die Arbeit in den Kommissionen, für die heute Präsenzgelder bezahlt werden, künftig unentgeltlich sein. Ein Deputierter, der vom Staate angestellt ist, kann zwischen seinem Gehalt und den Diäten wählen. Allmonatlich gelangen die Taggelder zur Auszahlung; gleichzeitig soll eine Liste, die die Teilnahme der einzelnen Deputierten an den Sitzungen vermerkt, zur Verlesung gelangen.

Das Projekt wird nach den Ferien zur Diskussion gelangen.

Dänemark.

Die Kommunalwahlen in Kopenhagen, die am Dienstag stattfanden, haben wie im vorigen Jahre wieder zum Siege der sozialdemokratisch-radikalen Kandidatenliste geführt. Die Antisozialisten hatten diesmal überhaupt keine Kandidaten aufgestellt, also von vornherein eingesehen, daß sie für eine verlorene Sache kämpfen würden.

Die Gemeindevertretung Kopenhagens besteht nun aus 18 Sozialdemokraten, 13 Radikalen und 11 Antisozialisten. Falls nicht das Proportionalsystem für die Kommunalwahlen eingeführt wird, kann man darauf rechnen, daß die Antisozialisten in absehbarer Zeit ganz und gar aus der Gemeindevertretung der Hauptstadt verschwinden. Gleichwohl haben unsere Genossen nichts gegen die Einführung des Proportionalsystems einzuwenden, sie verlangen jedoch, daß dann das Wahlrecht auch allgemein gemacht werde und nicht mehr an ein Steuereinkommen von mindestens 1000 Kronen gebunden sei.

Durch den günstigen Ausfall der diesjährigen Wahl ist, unter anderen wichtigen Reformen, auch die Uebernahme der Straßenbahnen durch die Stadt, die im August 1908 erfolgen kann, gesichert. —

Finnland.

Die Wahlen.

In Nylandslän (Helsingforser Bezirk) sind die Endresultate bereits bekannt: 8 Sozialdemokraten sind hier gewählt worden, darunter Genosse Walpas und beide Perttiläs, sowie die Genossinnen Müna Sillanpaa und Maria Laine. In Tammsforer wurden die Genossen Dr. af Ursin und Yrjö Sirola gewählt.

Wenn die noch fehlenden Stimmen in demselben Verhältnis abgegeben sind, so wird die Sozialdemokratie von den 200 Sitzen 80—85 Plätze einnehmen. — Die bürgerlichen Parteien sind in ihren Hoffnungen schmählich enttäuscht. Sie hatten jede für sich auf mehr als 100 Plätze gerechnet, nun müssen sie sich mit 30—40 begnügen. —

Amerika.

Zur Auswanderungsfrage. In New York und in anderen Großstädten im Osten der Union ist in letzter Zeit die Einwanderung von russischen Juden der Gegenstand lebhafter Erörterung in den Kreisen der wohlhabenden Juden gewesen. Gewisse Viertel in den Städten, besonders in New York, leiden an Ueberfüllung, und die Einwanderer kommen auch wirtschaftlich in große Bedrängnis. Im Jahre 1905 kamen 98 000 und im Jahre 1906 kamen 154 000 russische Juden nach Amerika; von diesen blieben 70 Prozent in den großen Städten im Osten. Nun ist eine Bewegung im Gange, diese Einwanderer nach dem Westen, hauptsächlich aber nach dem Süden zu locken, denn die Südstaaten verlangen dringend nach Einwanderern. Wenn die armen Einwanderer aber nach den Südstaaten gehen, kommen sie vom Regen in die Traufe; denn die Verhältnisse liegen im allgemeinen dort noch viel ungünstiger als im Norden: Die Arbeiter werden schlecht bezahlt und schlecht behandelt.

Am 1. Juli treten die neuen Bestimmungen über die Einwanderung in Kraft. Nach diesen ist Japanern, die ohne Pässe kommen, die Landung nicht mehr gestattet. Die Kopfsteuer für alle Einwanderer wird von zwei auf vier Dollar erhöht. Im übrigen sind die alten Bestimmungen verschärft. Für naturalisierte Amerikaner, die sich im Auslande befinden, ist es von Interesse, zu wissen, daß der Kongreß zugleich ein Gesetz angenommen hat, nach welchem jene als Ausländer angesehen werden können, wenn sie dauernd ihren Wohnsitz in dem Staate ihrer Herkunft aufschlagen oder sich nach fünfjährigem Aufenthalt im Auslande nicht bei einem amerikanischen Konsul registrieren lassen. —

* * *

San Francisko, 28. März. (W. H.) Die amerikanische Einwanderungsbehörde hat aus Washington die Anweisung erhalten, das Einwanderungsgesetz auf die Japaner vorläufig nicht anzuwenden.

Marokko.

Durch den Beschluß, zum Protest gegen die Ermordung des Dr. Mauchamp die an der Grenze Algiers gelegene Stadt Udschda zu besetzen, hat die französische Regierung die leidige Marokkofrage, die eine Zeitlang wenigstens aus dem Vordergrunde der öffentlichen Erörterung zurückgetreten war, wieder zum Thema weltpolitischer Diskussionen gemacht.

Die Erinnerung an die Konflikte der letzten Jahre wird wach, jene Konflikte, die sich so zuspitzten, daß ja nicht viel gefehlt hätte — und deutsche Söhne wären zum Kampfe gegen französische marschiert! Die Erinnerung an das französische Gelbbuch wird aufgefrischt, und uns fällt wieder ein, wie Deutschlands Diplomatie im vorigen Jahre nicht gerade gut abschnitt, als ihr nachgewiesen wurde, daß sie eine Politik treibt, die sich an Winkelzügen und gefährlichen Experimenten aller Art kaum genugzutun weiß.

Daß auch Frankreichs „hohe" Politiker nicht immer einwandsfrei operiert hatten, war damals durchaus nicht verschwiegen worden, und doch kann man den Männern nicht unrecht geben, die vor drei Tagen in der französischen Kammer wieder darauf zu sprechen kamen, daß Deutschlands Regierung ein gerüttelt Maß Schuld daran tragen, daß die Situation in Marokko nicht längst in befriedigender Weise gelöst ist. Die Quertreibereien der Diplomaten haben ja auf jeden Fall die Möglichkeit unterbunden, diejenigen Reformen in Marokko zu schaffen, die diesem Lande hätten dienlich sein können und keiner der beteiligten europäischen Mächte zu schaden brauchten.

Nicht seit heute und gestern geschieht französischen Staatsangehörigen in Marokko Unbill. Die Regierung Frankreichs hat in den letzten sechs Jahren, in denen sich Attentate auf Franzosen häuften, oft genug Gnade vor Recht ergehen lassen: sie ist den Marokkanern nicht sonderlich scharf zu Leibe gegangen. Seit der Marokko-Konferenz hat sich die Konstellation für Frankreich ganz außerordentlich verbessert, und wenn es jetzt schärfere Töne anschlägt, so ist dabei sicherlich der Glaube an seine stark gefestigte Position im Konzert der Weltmächte mit im Spiele. Um so mehr Grund haben alle beteiligten Faktoren, kaltes Blut zu bewahren und sich nicht etwa in eine Aufregung hineinzureden, die den Völkern Europas zum Unheil ausschlagen könnte.

In der französischen Kammer hat Pichon der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß in Marokko bald friedliche Beziehungen zwischen den verschiedenen europäischen Staatsangehörigen geschaffen werden möchten, und der „Gemäßigte" Ribot drückte dem Beschlusse der Kammer, durch den der Regierung das übliche Vertrauensvotum ausgesprochen wurde, den Stempel einer friedlichen Kundgebung auf durch die ausdrückliche Verwahrung gegen eine Eroberungspolitik in Marokko.

Deutsche Ueberchauvinisten stehen schon wieder auf der Lauer; ihnen wäre es am liebsten, wenn um Marokkos willen ein neuer Brand aufloderte. Wäre der Reichstag nicht gerade in Ferien, so müßte die Regierung den Volksvertretern Auskunft geben über ihre Stellung in der neuerlichen Phase der marokkanischen Ereignisse; sie vergäbe sich nichts, wenn sie in einem ihrer offiziösen Organe, die sonst um die nichtigsten Dinge von der Wilhelmstraße aus bemüht werden, die Erklärung abgäbe, daß sie diejenige auswärtige Politik zu treiben gedenkt, die das deutsche Volk von ihr verlangt: die Politik der Friedlichkeit, der Besonnenheit.

* * *

Wir lassen die wichtigsten Telegramme folgen:

Paris, 28. März. (W. T. B.) Im heutigen Ministerrat teilte der Minister des Aeußern, Pichon, mit, daß keine ausländische Regierung bei der Bekanntgabe des Entschlusses Frankreichs, Udschda zu besetzen, irgend einen Einwand erhoben habe. Pichon verlas sodann ein Schreiben, das er durch Regnault dem marokkanischen Minister des Aeußern hat zustellen lassen und das die Beschwerden Frankreichs gegen die marokkanische Regierung und die Genugtuung, die Frankreich beansprucht, zusammenfaßt.

Madrid, 28. März. (W. T. B.) Der Minister des Aeußern hat an die Presse eine Mitteilung ergehen lassen, welche besagt, es sei sehr erklärlich, daß die französische Regierung bestrebt sei, den Attentaten gegen ihre Staatsangehörigen in Marokko ein Ende zu bereiten. An Mohammed el Torres sei die Aufforderung ergangen, zu veranlassen, daß der Sultan das Reglement der Polizei gutheiße und daß diese ohne Aufschub in Tätigkeit trete. Das erscheine um so mehr begründet, als die spanische Regierung selbst gegenwärtig beim Machsen Schritte unternehme, damit das internationale Polizeikorps gebildet werde und seine Tätigkeit beginnen könne. Die Note bemerkt noch, die spanische Regierung könne nur wünschen, daß Frankreich Genugtuung erhalte, und sie werde auch in diesem Sinne dem Machsen Mitteilung zukommen lassen.

Oran, 28. März. (Meldung der Agence Havas.) General Lautey ist hier angekommen und wird zur Ueberwachung der Truppenbewegungen nach Lalla Marnia gehen. Die Zusammenziehung der Truppen bei Lalla Marnia muß binnen 48 Stunden beendet sein. Die Besetzung von Udschda soll friedlich sein und nicht den Charakter eines feindlichen Schrittes gegen Marokko tragen. Die in Udschda wohnenden Europäer haben die Stadt verlassen und ihre Möbel und ihre Habe in den Häusern verschlossen. Udschda ist ruhig. Die Eingeborenen haben von der bevorstehenden Besetzung noch keine Ahnung.

Von Ferien zu Ferien.

Rom, 25. März. (Eig. Ber.)

Die kurze Arbeitsperiode, die sich unliebsam zwischen Weihnachts- und Osterferien einschiebt, ist zu Ende, und die Kammer hat 40 Tage Zeit, um sich von einer nicht ganz vierzigtägigen Session zu erholen. Das Bedürfnis nach Erholung war diesmal in der Mehrheit ebenso lebhaft, wie die Arbeitslust matt und schlaff gewesen war. Bei dem bloßen Gedanken daran, die Ferien schon am 9. anstatt am 23. April abzubrechen, entstand eine Art Tumult in der Kammer. Als sich bei der zweiten Abstimmung (die erste hatte gezeigt, daß das Haus nicht beschlußfähig war) nicht einmal 15 Abgeordnete fanden, um die Forderung auf namentliche Abstimmung zu unterstützen, da ward es gar zu deutlich, daß die Partei der Ferienfreunde sich über alle Bänke der Kammer ausdehnte; von der äußersten Rechten bis zu den Sozialisten!

Welcher Art sind nun die Ursachen dieser Feriensucht der gesetzgebenden Körperschaft in einer Zeit, in der die Elastizität des Budgets sowie das Vorhandensein einer großen ministeriellen Mehrheit und die wachsenden Bedürfnisse des Landes eine intensive und fruchtbare parlamentarische Tätigkeit fordern und ermöglichen? Was die Mehrheit betrifft, so hat der Abgeordnete Pantano in der letzten Sitzung ein grelles Schlaglicht auf die Gründe ihrer parlamentarischen Indolenz geworfen, als er ironisch vorschlug: dem Ministerpräsidenten Giolitti auf 6 Monate die Befugnisse der Kammer und alle Vollmachten zu erteilen! Ministerpräsident und Mehrheit fühlten sich durch Pantanos Hieb nicht wenig getroffen; denn in der Tat sind ja die letzten Monate des jetzigen Ministeriums nichts anderes als eine verschleierte Diktatur. Der Ministerpräsident hat es ja verstanden, jede politische Gruppenbildung, jedes politische Programm im Keime zu ersticken, indem er nach dem in Italien bewährten Muster die Bühne des politischen Lebens hinter die Kulissen der Kammer verlegte. Es handelt sich einfach darum, die Abgeordneten aus Vertretern der Nation in Vertreter ihrer Wahlkreise zu verwandeln. Es bedarf bei diesem famosen System keiner Abstimmungen, keiner Reden im Parlament — ein freundschaftliches Tete-a-tete zwischen Abgeordnetem und Minister genügt und eindringlichem Ersuchen winkt freundliches Gewähren. So werden Brückenbauten, Bahnanschlüsse, Versetzungen von Beamten, Auflösungen von Kommunalverwaltungen, hie und da auch wohl Begnadigungen Verurteilter, Vertagungen von Prozessen bis zur Verjährung erbeten und gewährt, ohne daß das Parlament in Frage käme! Nur der Preis dieser Vergünstigungen, die den einzelnen Abgeordneten seinen Wählern empfehlen, wird im Parlament bezahlt in einer bedingungslosen Annahme aller ministeriellen Vorschläge. Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß die so geschaffene Mehrheit keinen Wert auf lange Tagungen legt. Wozu auch? Sie kann in den Verhandlungen nichts sehen als eine Formalität, und sie erspart gern die Mühe, im Parlament Reden zu halten über Dinge, die zwischen Kabinett und Mehrheit längst abgekartet sind.

Man könnte nun meinen, daß die Indolenz der Mehrheit bei der Opposition gerade kritischen Eifer und Kampfeslust entfesseln müsse. Aber die Aussichtslosigkeit jedes Angriffs, die innere Uneinigkeit und die geringe Autorität der Führer lähmt alle Energien der konstitutionellen und der antikonstitutionellen Opposition, die doch Persönlichkeiten von hohem Werte einschließen. Bei der Ueberzahl der Ministeriellen ist jede ordnungsmäßige Schlacht, bei ihrer Wachsamkeit jeder Ueberfall aussichtslos. Dazu kommt, daß natürlich die beiden Flügel der Opposition, die äußerste Rechte und die äußerste Linke, nicht leicht zusammengehen können, von dem Widerstreit zwischen Sonninianern und den Parteigängern Rudinis ganz zu schweigen.

Was die Führer der Opposition betrifft, so galt Sonnino als der Mann der Vorsehung, bis er sich während seiner dreimonatigen Regierung um sein Ansehen brachte durch seine zaudernde Taktik, seine Geringwertigkeit als Redner und seine beispiellose Ungeschicklichkeit im parlamentarischen Kampfe. De Rudini, der sich auch gern als Führer der Opposition ausgibt, ist persönlich hochgradig unsympathisch, und ihm wird es wohl auch auf Lebenszeit anhängen, daß er während der blutigen Repressalien in Mailand Ministerpräsident war. Nach einem anderen Führer schaut man aber auf den Bänken der Opposition vergebens aus.

Der reformistische „Tempo" hat nun zwar die Augen auf den Abgeordneten Pantano als auf den Führer der Opposition geworfen, aber er steht mit diesem Vorschlag wohl ganz allein da. Pantano war bis zum vorigen Jahre Republikaner und einer der tätigsten Deputierten seiner Fraktion. Um in das Ministerium Sonnino einzutreten, zerschnitt er damals die in der letzten Zeit schon sehr mürbe gewordenen Bande, die ihn an seine Partei fesselten.

Wen kann er heute hinter sich haben? Die Republikaner sicher nicht, höchstens die Kandidaten und die sozialistische Fraktion, die nur aus Reformisten besteht. Was will er mit dieser Gesellschaft gegen eine Mehrheit wie die Giolittis?

Was schließlich die Sozialisten betrifft, so hat ihr beständiges Fehlen im Parlament mancherlei Gründe. Soweit sie wirtschaftlicher Natur sind, müssen sie unbedingt als „mildernde Umstände" gelten; denn viele sozialistische Abgeordnete sind mittellos und müssen, da sie keine Diäten erhalten, auch in den Tagungsperioden des Parlaments ihrem Berufe nachgehen! Aber diese persönlichen Gründe haben die Fraktion allezeit in ungefähr gleichem Maße beeinflußt, ohne daß je die Abwesenheit von neun Zehnteln der sozialistischen Abgeordneten die Regel gewesen wäre. Die heutige Apathie hat mehr ihre Ursache in der gänzlichen Entmutigung unserer Genossen, die im Parlament „positive Arbeit" leisten wollen und dazu keinen Boden finden. Die Regierung bedarf ihrer nicht und fürchtet sie nicht; fortschrittliche Gesetze gehen ohne die Parteifraktion, reaktionäre trotz ihrer glatt durch. Daher fühlen sich unsere Abgeordneten überflüssig im Parlament, und sie vergessen oft auch jene kritische, negative Arbeit, die das Proletariat von ihnen erwartet.

So haben wir denn Apathie hüben und drüben, während Giolittis Diktatorenfaust die Gesetze, die er für nötig hält, in den Hafen lenkt. Eine kleine Entlastung der Lokalverwaltungen war nötig; sie ist verwirklicht worden — zum Vorteil der großen Kommunen vor allem: das am 22. d. Mts. vom Senat angenommene Gesetz entbindet die Städte von einem Teil der ihnen bisher obliegenden Ausgaben für den öffentlichen Sicherheitsdienst. — Auch eine Abgabenverminderung war nicht gut länger aufzuschieben. Man hat als Versuchsobjekt das Petroleum auserlesen und den Zoll von 48 auf 24 Lire für den Hektoliter herabgesetzt — eine Verminderung, die zwar im Detailhandel kaum fühlbar sein wird, die aber dem Ministerium das Recht gibt, von dem „Beginn der Abgabenreform" zu reden! Die parlamentarische Mehrheit hätte wohl noch nicht einmal das wenige gefordert, aber Giolitti kennt sie zu gut, um in irgend einer Weise in ihr die Vertreterin des Willens und der Bedürfnisse des Landes zu sehen. Er schätzt sie als das ein, was sie ist: als Staffage.

* * *

Rom, 28. März. (W. T. B.) Die Ermäßigung des Petroleumzolles wird am 1. April d. J. in Kraft treten.

Gewerkschaftliches.

Aus der bürgerlichen Lügenfabrik.

Bei jedem wirtschaftlichen Kampf kann man die Erfahrung machen, daß die bürgerliche Presse mit unkontrollierbaren Sensationsmeldungen den Arbeitern in den Rücken fällt. Da sich der Schwindel gewöhnlich nicht feststellen läßt, weil genauere Angaben fehlen, gehören die Sensationsmeldungen nachher zum eisernen Bestand der Verleumdungshelden gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

Die „Neue Zeit" in Charlottenburg wollte vielleicht das Material des Reichslügenverbandes ebenfalls bereichern; sie war aber so ungeschickt, positive Angaben zu machen und da war der Schwindel schnell enthüllt. Das Blatt brachte in seiner Nr. 72 vom 26. März folgende Mitteilung:

Ein wüster Exzeß wurde gestern vormittag von streikenden Ziehleuten gegen einen hiesigen Fuhrherrn verübt. Der Fuhrherr Emil Müller aus der Pestalozzistr. 76 hatte einen Möbeltransport nach dem Hause Suarezstr. 2 unternommen. Als er mit dem Abladen der Sachen beschäftigt war, fielen plötzlich sechs ausständige Ziehleute über ihn her und mißhandelten ihn derartig, daß er, u. a. auch durch Schläge mit einem Bierseidel erhebliche

Verletzungen erlitt. Herr Müller wurde in einer Droschke nach seiner Wohnung gebracht. Drei der Exzedenten konnten polizeilich festgestellt werden.

Der Bericht ist in allen seinen Teilen frei erfunden, wurde aber natürlich fleißig kolportiert. Der benannte Herr Müller bemühte sich zur Redaktion der „Neuen Zeit" und verlangte eine Berichtigung, die das Blatt notgedrungen in folgender Form veröffentlicht:

Ein wüster Exzeß. Der Fuhrherr Herr Emil Müller aus der Pestalozzistr. 88b teilt uns mit, daß er nicht von streikenden Ziehleuten am Montagvormittag in der Suarezstraße überfallen und mit einem Bierseidel geschlagen wurde, auch nicht in einer Droschke nach Hause gebracht worden ist. Herr Müller befindet sich im Gegenteil wohl und munter. Er hat am Montagvormittag in der Zeit zwischen 7 und 10 Uhr am Hause Suarezstr. 49 eine Möbelfuhre aufgeladen. Von einer Ausschreitung in der Suarezstraße ist ihm nichts bekannt. — Die gestrige Mitteilung war uns von einer Seite zugegangen, die sich bisher als zuverlässig gezeigt hatte.

Der letzte Satz verdient Berücksichtigung.

Aus vielen Kreisen wird darüber geklagt, daß die „Neue Zeit" sehr oft unwahre Mitteilungen bringt. Der Bericht über Müller soll von einem Möbelträgern „rühmlichst" bekannten Manne ausgehen.

Nette Gesellschaft!

Berlin und Umgegend.

Die Linoleumleger und Teppichnäher reichten den Arbeitgebern im Januar Forderungen ein, welche bei der Erneuerung des am 6. April ablaufenden Tarifs berücksichtigt werden sollten. Gefordert wurde die Herabsetzung der 9stündigen Arbeitszeit auf 8½ Stunden, Erhöhung des Stundenlohnes von 70 auf 80 Pf. und entsprechende Aufbesserung des Akkordtarifs. Die Arbeitgeber haben die Forderungen der Arbeiter in einer Zuschrift an deren Kommission für unannehmbar erklärt. Eine persönliche Aussprache, die hierauf zwischen Vertretern beider Seiten stattfand, ließ eine Verständigung hoffen, schließlich kam es aber doch nicht zur Verständigung, die Arbeitgeber vertraten den Standpunkt, daß sie auf dem von ihnen vorgeschlagenen Tarif beharren werden. Dieser Tarif der Unternehmer will an der Arbeitszeit und am Lohn nichts ändern, auch die Akkordsätze sollen in den meisten Positionen so bleiben, wie sie bisher waren, ja bei verschiedenen Positionen sind sogar Verschlechterungen vorgeschlagen. Die Vertrauensmänner der Arbeiter haben daraufhin beschlossen, den Tarif der Arbeitgeber nicht anzuerkennen, sondern den gegenwärtigen Vertrag ablaufen zu lassen und dann ohne Vertrag zu arbeiten. — Am Mittwoch beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung der Linoleumleger und Teppichnäher mit dieser Angelegenheit. Nach eingehender Diskussion wurde eine von den Vertrauensmännern empfohlene Resolution angenommen. Sie lautet:

Die Versammlung erklärt nach Kenntnisnahme der Antwort des Vereins der Linoleumhändler und Umgegend, auf keinen Fall den von diesen aufgestellten Tarif anzuerkennen. Als erste Vorbedingung eines gedeihlichen Vertragsverhältnisses muß verlangt werden, daß über Tarifabänderungen, die in Zukunft Platz greifen sollen, eine beiderseitige Verhandlung stattzufinden hat. Da uns durch das brüske Ablehnen jeglicher Verhandlung die Möglichkeit genommen ist, eine Verständigung beider Teile herbeizuführen, so ziehen die Versammelten an Stelle des angebotenen Vertrages eine vertragslose Zeit dem vor, indem sie sich gleichzeitig verpflichten, für vollste Innehaltung der bisher bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen.

Der Streik der Möbeltransportarbeiter ist als beendet zu betrachten. In einer Vertrauensmännerversammlung am Donnerstagmorgen hielt man es nach den eingelaufenen Berichten für geraten, den Streik abzubrechen. Die Zahl der Arbeitswilligen mehrte sich plötzlich in einem unerwarteten Maße und von dem ungeduldig werdenden Publikum konnte man auch nicht länger eine Rücksichtnahme auf die Streikenden erwarten. Die Masse der kleinen Leute mußten die Wohnungen in den nächsten Tagen räumen, und die Unternehmer sahen ruhig der wachsenden Bedrängnis der Leute zu. Von Knauer wurde erzählt, daß er gesagt habe, er ließe sich eher die Finger abhacken, als daß er einen Vertrag mit dem Zentralverband unterschriebe. Die Nachricht von dem plötzlichen Abbruch des Streikes erregte unter allen, die bis zum äußersten auszuharren gewillt waren, die größte Erregung.

Der Streik in der Salomo-Mühle wird energisch fortgeführt. Es ist Herrn Salomo nicht gelungen, genügend Arbeitswillige heranzuziehen, trotzdem er sich die größte Mühe gab und einen Mann nach Küstrin sandte, um von dort Leute zu holen. Er beherbergt auch die Arbeitswilligen in einem Teile des Mühlengebäudes. Die Bodenmeister haben aber schon erklärt, daß sie mit den unfähigen Leuten nichts ausrichten können. Ihre Unfähigkeit zeigte sich auch, als sie ans Werk gingen, um Kähne auszuladen. Vier Kähne sind vom Inselspeicher zurückgekommen und liegen an der Salomo-Mühle, wo sie natürlich schweres Liegegeld kosten. Um die Streikenden zu verblüffen, hat Herr Salomo ihnen die Papiere geschickt, damit sie sich als entlassen betrachten.

Da Herr Salomo Lieferant für die Genossenschaftsbäckerei in Berlin und auch für die Hamburger Großeinkaufsgenossenschaft ist, hat sich der Zentralverband um Unterstützung in diesem Kampfe bereits an jene Stellen gewandt. Die Arbeiterschaft wird auch aufmerksam darauf gemacht, daß Salomo für die Bäckerei von Handke (täglich 90 Sack) und für die Bäckerei von Albrecht, Boxhagenerstraße 16 (täglich 30 Sack), Mehl liefert. Auch von diesen Stellen aus könnte auf Herrn Salomo eingewirkt werden. — Den Streikposten ist es schon gelungen, manchen Arbeitswilligen eines Besseren zu belehren und zum Abzug zu bewegen.

Achtung, Friseurgehülfen! Wegen der Freigabe der drei 2. Feiertage, die von den Arbeitgebern anerkannt worden ist, werden die Kollegen hiermit aufgefordert, sich am 2. Osterfeiertag in der Zeit von 9—12 Uhr zu melden. Die Kollegen haben daher zu diesem Zwecke in der vorgeschriebenen Zeit als Ausweis dafür, daß sie nicht arbeiten, zur Kontrolle auf dem Nachweisbureau, Dircksenstraße 46, Restaurant Wegner, zu erscheinen. Zuwiderhandlungen werden mit Ausschluß geahndet.

Der Vorstand. Baumgart.

Deutsches Reich.

Zur Schneiderbewegung.

Auf den Beschluß der Arbeitgeber, den wir in Nr. 72 des Blattes mitteilten, hat der Vorstand des Schneiderverbandes folgende Antwort nach München gesandt:

„Ihr Schreiben vom 25. d. M. haben wir sofort einer außerordentlichen Sitzung unseres Vorstandes unterbreitet und habe ich den Auftrag, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Wenn wir den Wunsch ausgesprochen haben, daß Sie uns Vorschläge zur Beilegung der Differenzen machen möchten, so haben wir dabei vorausgesetzt, daß Sie von der bedingungslosen Aufnahme der Arbeit zu den von Ihren Ortsgruppen unseren Mitgliedern vorgelegten Tarifen Abstand nehmen würden. Wir haben Ihnen bereits früher mitgeteilt, daß wir unseren Filialen bezüglich Annahme der Tarife vollständig freie Hand gelassen haben, während Sie verlangen, daß wir unsere Mitglieder zur Anerkennung dieser Tarife zwingen sollen. Das ist deswegen schon unmöglich, weil wir so weitgehende Befugnisse gar nicht haben, auf unsere Mitglieder in dieser Beziehung aber auch nicht einwirken können, weil sie bei der Aufstellung der Tarife gar nicht gehört wurden und vor der Arbeitsaufnahme auch nicht gehört werden sollen, sondern sich Ihren Beschlüssen bedingungslos zu unterwerfen haben.

Aus diesen Gründen ist Punkt 1 Ihrer Bedingungen für uns nicht nur unannehmbar, sondern auch undurchführbar. Punkt 2 würde seine Erledigung finden, sobald eine Einigung über die Tarife erzielt ist.

Punkt 3 ist in der von Ihnen vorgeschlagenen Fassung undurchführbar, könnte aber die Grundlage für eine Verständigung abgeben, wenn Sie denselben dahin erweitern, daß diesbezügliche Abänderungsvorschläge unserer Filialen Ihren Ortsgruppen übermittelt werden können. Dies ist daher notwendig, weil es sich nicht nur um einige Unebenheiten handelt, sondern weil einige Tarife eher eine Erniedrigung als eine Erhöhung der bisher bezahlten Löhne bedeuten würden. Würden die Tarife in Wirklichkeit überall eine Erhöhung der bisherigen Löhne in sich schließen, dann würde der Einführung derselben seitens unserer Mitglieder doch kein solcher Widerstand entgegengesetzt werden. Wir könnten Ihnen mit einer ganzen Reihe von Beispielen dienen, wo bei den Grundpreisen der einzelnen Stücke ein Aufschlag erfolgt ist, während bisher bezahlte Extraarbeiten in dem von Ihrer Ortsgruppe ausgearbeiteten und vorgelegten Tarif gestrichen worden sind. Wie ist es nun wohl möglich, diese Unebenheiten durch die Zentralvorstände zu regeln, oder, wie Sie schreiben, diesbezügliche Abänderungsanträge Ihnen zu übermitteln, während Sie dieselben den betreffenden Ortsgruppen zur Würdigung überweisen werden. Wie diese Würdigung ohne Mitwirkung unserer Filialen dann ausfallen wird, dafür geben Sie uns doch gar keine Garantie, sondern wollen es anscheinend vollständig allein Ihren Ortsgruppen überlassen. Ferner ist es unmöglich, die Klasseneinteilung der Geschäfte in zirka 20 Orten durch die Zentralvorstände zu regeln. Die Punkte 4 und 5 hängen mit den vorhergehenden eng zusammen; erfolgt eine Verständigung über die strittigen Punkte, dann wird selbstverständlich auf die Anwendung bezw. weitere Anwendung von Machtmitteln verzichtet und es steht der Arbeitsaufnahme nichts mehr im Wege.

Hochachtend

H. Stühmer."

Dem Verband ging darauf folgendes Telegramm zu:

„Infolge der Ablehnung unserer Vorschläge wurde unsererseits gemäß Beschluß des Hauptvorstandes Generalaussperrung verfügt. Ihre Auslegung des Punktes drei entspricht nicht unserer Auffassung, da wir gegen Aussprache zwischen Ihren Filialen und unseren Ortsgruppen nach allerorts erfolgter Wiederaufnahme der Arbeit unter den in unseren Vorschlägen eins, zwei, vier und fünf enthaltenen Voraussetzungen keine Einwendung machten.

Zentralvorstand A. D. A.-V. München."

Die Schneider sollten also die Arbeitgebertarife bedingungslos anerkennen, binnen 10 Tagen festlegen und am 2. April, morgens 8 Uhr überall die Arbeit aufnehmen. Dann sollte es ihnen gestattet sein, dem Arbeitgeberverband etwaige Abänderungsanträge zu unterbreiten, welcher dieselben seinen Ortsgruppen zur Würdigung überweisen wird. Zur Erzwingung bezw. Durchführung dieser Aenderungen sollten die Gehülfenverbände aber auf die Anwendung irgend welcher Machtmittel verzichten. Der schlaue Plan der Unternehmer dürfte an der Konsequenz und Energie des Verbandes scheitern.

Achtung, Zigarettenarbeiter Deutschlands!

Die Zigarettenarbeiter der Firma Morris u. Cie. in London, welche ihr Hauptabsatzgebiet in Deutschland hat, befinden sich wegen brutaler Behandlung durch die Firma seit dem 15. März im Streik. Der Zuzug von Zigarettenarbeitern nach London ist daher streng zu meiden.

Deutscher Tabakarbeiterverband. Zahlstelle Berlin.

Kleinmeisterliche Scharfmacher.

Wie der „Vorwärts" vor mehreren Tagen berichtete, hat in Duisburg und Umgegend das Kleinmeistertum im Maler- und Anstreicher-, Glaser- und Tapezierergewerbe unter Führung einiger größerer Firmen (die natürlich am Ende der Tragikomödie die Kleinen „schlucken" werden) einen Feldzug gegen die Organisationen der Arbeiter inszeniert, indem dieser famose Auch-Arbeitgeberverband von der Gehülfenschaft bei Strafe sofortiger Entlassung nicht nur den Austritt aus der Organisation verlangte, sondern auch die Unterschrift einer Erklärung in dem Sinne, daß die Gehülfen **weder die christlichen noch die freien Gewerkschaften finanziell oder moralisch unterstützen** würden. Und obwohl nun diese kleinen Gernegroße annähernd **200 Gehülfen**, die sich weigerten, die schmachvolle Erklärung zu unterschreiben, **ohne weiteres auf die Straße warfen**, wagt man es dennoch, in der sogenannten „Ordnungspresse" an das Publikum zu appellieren, es möge mit der Lage der Meister Rücksicht nehmen und nicht auf Fertigstellung der übernommenen Arbeiten drängen. Auch wird ganz ungeniert gefordert: **denjenigen Meistern, die sich vom Arbeitgeberverband abgesondert hätten, keine Arbeit zu übertragen!** Dreist in den Tag hinein lügt der Arbeitgeberverband das Publikum an, daß die Gehülfen „ohne Grund die Arbeit niedergelegt" hätten und daß daher der Arbeitgeberverband **„zum Schutze der Betroffenen genötigt gewesen sei, sämtliche organisierte Gehülfen auszusperren!"** — So wird's gemacht. Es ist geradezu unerhört, in welcher Frechdachsmanier hier die Wahrheit mit Füßen getreten wird. Die Herren Meister scheinen ihr terroristisches Treiben ganz in der Ordnung zu finden. Da bereits mehrere den Arbeitgeberverband in seinem gemeingefährlichen Treiben nicht unterstützende Meister sowohl schriftlich wie mündlich erklärt haben, daß sie die auf der schwarzen Liste stehenden Gehülfen trotz Bedürfnis an Arbeitskräften nicht annehmen dürften, so soll gegen den Vorstand dieses kleinmeisterlichen Arbeitgeberverbandes Strafanzeige erstattet werden. Man darf gespannt sein, wie die Staatsanwaltschaft die Sache auffassen wird.

Zur Aussperrung der Hamburger Schauerleute.

Eine von über 4000 ausgesperrten Schauerleuten besuchte Versammlung nahm am Donnerstagvormittag zu den vom Hafenbetriebsverein in Vorschlag gebrachten Lohn- und Arbeitsbedingungen und zu der als Schlußbestimmung stipulierten „Wohlfahrtseinrichtung" (Zwangsunterstützungskasse) Stellung. Der Wochenlohn soll bei zehnstündiger Arbeitszeit 30 M. betragen; für Nacht- und Sonntagsarbeit soll 1 M. pro Stunde bezahlt werden. Es ist in Aussicht genommen, gesonderte Tages- und Nachtschichten einzurichten. Im Laufe eines Monats wird der Arbeiter nicht mehr als zwei Wochen lang, die aber nicht aufeinander folgen dürfen, zu Nachtschichten herangezogen. Auch den in der Nachtschicht beschäftigten Arbeitern wird unter allen Umständen ein Mindestlohn von 30 M. pro Woche garantiert. Außerdem sieht der Tarif erhöhte Positionen für Spezialarbeiten vor. Mit diesen Bestimmungen erklärten sich die Arbeiter einverstanden, dagegen wandte man sich scharf gegen die „Wohlfahrtseinrichtung", aus der die Schauerleute in Krankheits- und Sterbefällen Unterstützungen erhalten sollen. Zu dieser „Sparkasse", der jeder Schauermann angehören muß, sind Beiträge bis zu 3 M. pro Woche zu leisten. Eine Grenze für die Höhe der Garantiesumme ist nicht festgesetzt, sondern unbeschränkt; Zinsen werden erst gezahlt, wenn die Einlage 200 M. beträgt. Das Guthaben kann, soweit es den Betrag von 200 M. nicht übersteigt, zugunsten der Kasse verfallen: a) wenn der Arbeiter ohne Erlaubnis die Arbeit verlassen hat; b) wenn der Arbeiter ohne triftigen Grund nicht zu einer bestellten Arbeit kommt; c) wenn derselbe in Krankheitsfällen oder bei anderen dringlichen Anlässen nicht spätestens bis Mittag Anzeige gemacht hat; d) wenn derselbe ohne triftigen Grund den gewährten Urlaub überschreitet; e) wenn er sich Widersetzlichkeit, ungebührlichen Betragens, Trunkenheit während des Dienstes, des Diebstahls, der Hehlerei, des Betruges, der Unterschlagung oder anderer unehrenhafter Handlungen schuldig macht. In all diesen Fällen kann außer der Entlassung die Einziehung der geleisteten Beiträge bis zu der genannten Höhe erfolgen. Gegen diese Sklavenordnung, wie sie mit Recht genannt wurde, und die einen tiefen Einblick gewährt in den Ballinschen Zukunftsstaat, der jede freie Regung der modernen Arbeitssklaven unmöglich machen würde, ist doch an den Austritt aus der famosen Kasse eine einjährige Kündigungsfrist geknüpft, wurde einstimmig Protest erhoben. Außerdem wurde gegen die Streikbrecheragententätigkeit des italienischen Generalkonsulats in Hamburg Einspruch erhoben und das Verhalten der Staatsbehörde kritisiert, die, wie in der Sitzung des Hamburger Parlamentes vom Mittwochabend selbst von bürgerlicher Seite mißbilligend hervorgehoben wurde, von dem mit Staatsmitteln subventionierten Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft verlangt hat, er solle ihr ausgesperrte Leute überhaupt nicht zuschicken. Genosse Stolten nahm das parteiische Verhalten dieser Staatsbehörde beim Schopf und verlangte Unparteilichkeit von den Hamburger Staatsbehörden.

Nach reger Aussprache gelangte folgende Resolution mit allen gegen drei Stimmen zur Annahme:

„Die ausgesperrten Schauerleute erklären sich mit den Bekanntmachungen des Hafenbetriebsvereins insofern einverstanden, als sie einen Tagelohn von 5 M. und für Ueberstunden 1 M. für sämtliche Schauerleute anerkennen. Die Versammlung erklärt unter diesen Umständen den Beschluß vom 28. Mai 1906, nicht länger als bis 10 Uhr zu arbeiten, für aufgehoben und erwartet, da hiermit die Ursache der Aussperrung beseitigt ist, die Beendigung derselben. Doch lehnt sie es ganz entschieden ab, ein kontraktliches Verhältnis mit Kündigung einzugehen und eine vom Hafenbetriebsverein eingerichtete Spar- und Unterstützungskasse anzuerkennen. Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, dem Hafenbetriebsverein diesen Beschluß mitzuteilen, und erhält die Vollmacht, die Gesamtheit der Schauerleute in den Verhandlungen, welche zur Erledigung notwendiger Formalitäten unbedingt stattfinden müssen, zu vertreten."

Des weiteren wurde beschlossen, daß nur nach stattgehabter Verhandlung die Arbeit aufgenommen werden darf.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Opfer des Verkehrs.

Ein Unfall, der eine unbeschreibliche Aufregung hervorrief, ereignete sich gestern abend zwischen 8 und 9 Uhr vor dem Hause Brunnenstr. 95 gegenüber dem Humboldhain. **Ein 10jähriger Knabe war dort von einem Straßenbahnwagen überfahren worden.** Der Aermste schrie jämmerlich. **Alle Bemühungen, den Knaben aus seiner Notlage zu befreien, waren, obgleich hunderte und noch mehr Personen bereit waren, zu helfen, vergeblich.** Man rief deshalb nach der Feuerwehr. Diese erschien mit drei Löschzügen und befreite den kleinen Jungen. Er hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er sofort nach dem Lazarus-Krankenhause in der Bernauerstraße geschafft werden mußte. Hoffentlich gelingt es der Kunst der Aerzte, den Knaben am Leben zu erhalten.

Einigungsverhandlungen.

Lausanne, 28. März. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die Fabrikanten haben eingewilligt, **mit der Arbeiterorganisation zu verhandeln.** Die Verhandlungen werden morgen stattfinden.

Weiteres vom Aussperrungsfieber.

Reichenberg i. Böhmen, 28. März. (W. T. B.) Die nordböhmischen Tuchindustriellen beschlossen, wegen der am Osterdienstag erfolgenden Betriebseinstellung sämtlicher Webereien auch **alle übrigen Arbeiter ihrer Betriebe vom 6. April an auszusperren. Die Aussperrung betrifft mehrere Tausend.**

Das Aussperrungsfieber.

Bremen, 28. März. (W. T. B.) Infolge von Lohndifferenzen mit den Schmieden wurden heute nachmittag 4 Uhr **sämtliche Arbeiter der Werft Aktiengesellschaft Weser, ungefähr 4000, ausgesperrt.**

Dem Vernehmen nach beabsichtigt die **Norddeutsche Armaturenfabrik**, am Sonnabend, jedenfalls wegen der Lohndifferenzen mit den Schmieden, **ihre Arbeiter auszusperren.**

Streik in der Nahrungsmittelindustrie.

Paris, 28. März. (W. H.) 2500 Bäckergesellen hielten heute in der Arbeitsbörse eine Versammlung ab und beschlossen, **wegen der ungerechten Anwendung des Gesetzes über den wöchentlichen Ruhetag schon morgen in den Ausstand zu treten.** Man befürchtet, daß sich die Angestellten **der übrigen Lebensmittelbranchen den Streikenden anschließen werden.**

Opfer der Arbeit.

Girgenti, 28. März. (W. H.) Infolge Explosion in einer Schwefelmühle stürzte das Gebälk zusammen und begrub **zahlreiche Arbeiter unter sich.** Bisher wurden **3 Tote** und mehrere Verletzte unter den Trümmern hervorgezogen.

Die Arbeitslosenfrage vor der Duma.

Petersburg, 28. März. Reichsduma. (W. T. B.) (Schluß.) Im weiteren Verlaufe der Debatte über die beschäftigungslosen Arbeiter erklärt Handelsminister Philossoffow, die Regierung halte die Einsetzung einer Duma-Kommission für die Frage der beschäftigungslosen Arbeiter für nützlich, **aber sie sei gegen Untersuchungen von Dumamitgliedern an Ort und Stelle, da solche gesetzwidrig seien.** Dies bedürfe gar keines Beweises, das wisse die Linke auch sehr wohl. Die Regierung versichere, daß die Angaben über die beschäftigungslosen Arbeiter übertrieben seien; sie sei bereit, die Arbeiter, die Opfer wirtschaftlicher Krisen geworden seien, zu unterstützen, aber man könnte nicht verlangen, daß sie denjenigen helfe, die den politischen Streik predigen und die Arbeiterklasse desorganisieren. Die Regierubng hoffe, daß die Duma die von der Linken ausgehenden Appelle nach ihrem wahren Wert einzuschätzen wissen werde, wie sie das ja schon bei den Debatten über die Hungersnot-Kommission bewiesen habe. (Beifall rechts.) Der Präsident bringt nun einen von den Kadetten gestellten Antrag zur Abstimmung auf Einsetzung einer Kommission für die Arbeitslosen, die Opfer einer industriellen Krisis seien, mit der Aufgabe, Mittel zur Unterstützung dieser Arbeitslosen ausfindig zu machen und Informationen über die Frage zu sammeln.

Die Sozialdemokraten bringen ein Amendement ein, in dem Antrag der Kadetten die Worte „Opfer einer industriellen Krisis" zu streichen. Der Präsident läßt über das Amendement der Sozialdemokraten abstimmen. Es stimmen 205 für und 204 gegen das Amendement. Hierauf wird noch einmal abgestimmt; die Deputierten verlassen den Saal durch zwei verschiedene Türen. In der Abstimmung wird das Amendement mit **223 gegen 202 Stimmen** angenommen. (Beifall auf der Linken.) Der Präsident läßt hierauf darüber abstimmen, ob die Duma die Frage der Untersuchungen an Ort und Stelle für **geklärt erachte** oder nicht. Die Duma **verneint diese Frage** mit 249 gegen 156 Stimmen. Der Antrag betreffend die Untersuchungen an Ort und Stelle wird in der nächsten Sitzung besonders beraten werden. Die anderen Teile des Antrages der Kadetten werden angenommen. Hierauf wird die Sitzung geschlossen. (S. a. russische Revolution.)

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die russische Revolution.

Die Beschäftigungslosigkeit der Arbeiter.

Ueber die Donnerstagssitzung der Reichsduma verbreitet Wolffs Telegraphen-Bureau folgende Mitteilung:

Petersburg, 28. März. Mehrere Gruppen beantragen, die Debatte, betreffend die beschäftigungslosen Arbeiter, zu vertagen. Bei der Abstimmung ergibt sich ein völlig unerwartetes Resultat. Die Polen, Sozialisten und die Mehrzahl der Kadetten stimmen für sofortige Besprechung, die Rechte und die Minderzahl der Kadetten, unter ihnen einige Führer, wie Fürst Dolgorukow, Teslenko und Maklakow, stimmen für Vertagung. Es wird sofortige Beratung beschlossen. Die Sozialdemokraten halten lange Reden, in denen sie bekannte Tatsachen anführen. Viele Deputierte verlassen den Saal, da die Diskussion wenig Interesse bietet.

Im weiteren Verlaufe der Debatte beschuldigt Djaparidse, der Führer der Sozialdemokraten, die Regierung und den Verband wahrhaft russischer Leute, daß sie an allen Leiden des Landes schuld seien. Purischkewitsch ruft: „Ich bin Vizepräsident des Verbandes wahrhaft russischer Leute und kann solche Angriffe auf diese Partei nicht dulden“. Djaparidse erwidert: „Sie haben Jollos getötet!“ Präsident Golowin ruft den Redner zur Ordnung und sagt, es sei noch nicht erwiesen, daß Jollos' Mörder dem Verbande wahrhaft russischer Leute angehört. Djaparidse fährt mit seinen Ausführungen fort und erklärt schließlich: das Heil Rußlands sei in der Ausbreitung der Revolution. Präsident Golowin unterbricht den Redner und sagt, die Duma sei eine gesetzgeberische Einrichtung und habe nichts mit der Revolution zu tun. Djaparidse verläßt die Tribüne mit dem Rufe: **„Ich fordere Euch auf, die Exekutivgewalt an Euch zu reißen!“** Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung und fügt hinzu: „Die Reichsduma wird stets nur legislativ tätig sein und nie eine Einrichtung der Exekutive werden.“ Djaparidse hat sich inzwischen nach seinem Platze begeben und ruft, die Worte des Präsidenten seien unzutreffend. (Unruhe.) Die Diskussion wird fortgesetzt; es beteiligen sich an der Debatte der Vizepräsident der Reichsduma Berefine und der ehemalige Minister Kutler.

Nach einstündiger Pause nimmt die Duma die Sitzung wieder auf. Roditschew besteigt die Tribüne und richtet mit bewegter Stimme folgende Worte an die Versammlung: „Wir haben die Nachricht von dem Tode des Mitgliedes der ersten Duma, Jollos, erhalten. Ich darf wohl annehmen, daß die ganze Duma meiner Aufforderung Folge leisten und sich erheben wird zum Ausdruck ihrer Ehrerbietung für das Andenken des Verstorbenen.“ Alle Mitglieder der Duma, auch der Justiz- und Handelsminister, erheben sich von ihren Plätzen. Nach einem längeren Schweigen nimmt die Sitzung ihren Fortgang. Der Zwischenfall ist insofern bemerkenswert, als man erwartete, daß die Rechte sich nicht erheben werde, da Jollos nicht Mitglied der zweiten Duma war.

Wolffs Telegraphen-Bureau sollte sich bemühen, die Tatsachen möglichst objektiv zu übermitteln. Urteile zu fällen, das mag es den Redaktionen und den Lesern überlassen. Daß z. B. der russischen Regierung jede Rede der Sozialdemokraten in der Reichsduma zu „lang“ und alle Tatsachen, die jene anführen, längst „bekannt“ sind, das weiß man in Westeuropa, auch ohne daß es von Petersburg in alle Lande „gedrahtet“ wird.

Das Vordringen der Japaner.

In und um Petropawlowsk sowie auf etwa 200 Kilometer landeinwärts errichten die Japaner in fieberhafter Eile Läden, Verkaufsbuden, Kontore usw. und knüpfen einen Tauschhandel mit den Eingeborenen an. Die Konkurrenz mit den Japanern gestaltet sich für die Russen so schwierig, daß sie vielfach die Flinte ins Korn werfen, ihr Geschäft aufgeben und sich nicht selten in den Dienst der Japaner stellen, wodurch allmählich der ganze Handel in die Hände der Japaner übergeht. Selbst die von der russischen Regierung und den zuständigen russischen Behörden unterstützte Kamtschatkaer handelsindustrielle Gesellschaft, die zur Hebung des russischen Handels in jener Gegend ins Leben gerufen worden ist, kann trotz aller Privilegien nichts gegen die Japaner ausrichten, da diese den Kamtschadalen einerseits ungewöhnlich niedrige Preise für Lebensmittel abnehmen, andererseits ihnen für Pelze usw. hohe Preise zahlen, so daß die Kamtschadalen einen doppelten Vorteil haben und daher sowohl ihren eigenen Bedarf bei den Japanern decken als auch diesen die besten Pelz- und sonstigen Waren abgeben, überhaupt die Geschäftsbeziehungen zu den Russen abbrechen und neue Verbindungen mit den Japanern anknüpfen.

An den Sünden seiner Regierung wird das russische Volk noch schwer zu tragen haben. —

Der „Dank“ des Vaterlandes.

Das Elend der russischen Krieger, die als Krüppel aus der Mandschurei zurückgekehrt sind, ist so groß, daß sich die Militärverwaltung entschlossen hat, da ihr die nötigen Mittel nicht zur Verfügung stehen, die lächerlich geringen Invalidenunterstützungen durch einen amtlichen Schein zum Betteln zu ergänzen! Zu diesem Zwecke sind besondere Formulare fertiggestellt worden, welche die vielsagende Aufschrift: „Swidjetelstwo na prawo nischtschenstrowat“ („Zeugnis zum Anrecht auf Betteln“) tragen und mit den üblichen Emblemen eines amtlichen Papieres versehen sind! Aber selbst dieses für die russischen Vaterlandsverteidiger so bedeutungsvolle Papier wird zunächst nur auf dem flachen Lande und auch dort nicht einem jeden Krieger erteilt. Um in den Besitz des Bettelscheines zu gelangen, muß man nämlich erst den Nachweis erbringen, daß man in der Mandschurei auch tapfer gekämpft und einen lebenslänglichen Denkzettel davongetragen hat.

Für den Zaren und seine Sippe, für Spitzelfonds und dergleichen mehr ist Geld vorhanden. Die zerschossenen Krüppel erhalten die Erlaubnis, zu betteln oder den Leierkasten zu drehen. Und da sagt man noch, daß Rußland von seinen westlichen Nachbarn nichts gelernt habe! —

Tatjana Leontieff vor den Geschworenen.

Thun (Schweiz), 28. März. (Telegraphischer Bericht.

Der Andrang zu der heutigen Sitzung ist fast beängstigend. Es werden wahre Kämpfe um einen Platz im Sitzungssaal ausgefochten. Die Angeklagte zeigt heute denselben Gleichmut wie am ersten Tage der Verhandlung. Charakteristisch für sie ist, daß sie ihrem Verteidiger Dr. Brüstlein angedroht hatte, sie würde ihm, falls er für ihre Unzurechnungsfähigkeit plaidieren würde, ins Wort fallen.

Der Vertreter der Familie Müller, Rechtsanwalt Dr. König, dankt in seiner Replik zunächst namens seiner Partei dem Verteidiger für die Teilnahme, die er in seinem Plaidoyer an dem Schicksal der Familie Müller zum Ausdruck gebracht habe. Diese Teilnahme habe seine Partei wohltuend empfunden im Gegensatz zu der Erklärung der Angeklagten, die es nicht bedauert habe, einen Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaft getötet zu haben. Die Geschworenen müßten unbeeinflußt von den in der Tat unhaltbaren Zuständen Rußlands die Tat der Angeklagten allein nach den schweizerischen Landesgesetzen beurteilen. Es sei ganz und gar unzulässig, die russische Revolution und die Frage der Berechtigung politischer Morde vor einem Schweizer Gericht zum Austrag zu bringen.

Bezirksprokurator Dr. Kummer polemisiert in längeren Ausführungen ebenfalls gegen die Rede Dr. Brüstleins. Er wirft die Frage auf, welche schwere Folgen eine Freisprechung der Angeklagten nach sich ziehen würde: Die Schweiz würde zu einem Tummelplatz russischer Revolutionäre werden, auf dem diese ungestraft ihre politischen Gegner töten dürften. Der Staatsanwalt hält die Klage wegen Mordes aufrecht; denn die Tat sei wohl überlegt und mit Vorbereitung geschehen, nicht im Affekt.

Der Verteidiger tritt nochmals für Freisprechung ein und bittet die Geschworenen, höchstens die Schuldfrage nach Totschlag zu bejahen, da doch auf jeden Fall bei der Angeklagten der Vorsatz, den Rentier Müller zu töten, nicht vorhanden war.

Unter großer Spannung nimmt hierauf **Tatjana Leontieff** selbst das Wort zu einer

längeren Schlußrede.

Sie spricht leidenschaftslos in französischer Sprache. Sie schildert, wie sie nach Lausanne aufs Mädchengymnasium kam, ihre vornehme Erziehung und ihren Wissensdrang. Sie wollte Lehrerin werden. Als sie aus der Schweiz in ihre Heimat zurückkam, habe sie das Volk in Unwissenheit vorgefunden und bei den höheren Gesellschaftskreisen, in denen zu verkehren sie Gelegenheit hatte, bedenklichste moralische und staatliche Korruption. Sie habe diesem System Todfeindschaft geschworen, wenn sie vom Sozialismus an sich auch noch gar keine Ahnung hatte. Nachdem sie in Petersburg verhaftet, aber bald wieder frei gelassen worden war, kehrte sie nach der Schweiz zurück, um Medizin zu studieren. Hier befaßte sie sich zum ersten Male eingehend mit den sozialistischen Idealen. Ein Herr, der die gleiche Pension in Lausanne bewohnte wie sie, habe ihr Bebels „Frau“ in die Hand gegeben, und mit wachsendem Interesse habe sie dieses Buch gelesen. Sie habe sich dann weiter sozialistische Bücher verschafft und sei durch sie überzeugt worden, daß das Heil des russischen Volkes wie aller Völker allein im Sozialismus liege. Sie habe daraufhin das Medizinstudium aufgegeben und sich der Heilung der sozialen Zustände in Rußland gewidmet, da sie zu der Ueberzeugung gelangt war, daß der russische Volkskörper sozial kränker sei als körperlich! Sie habe von da ab ausschließlich in sozialistischen Kreisen verkehrt.

Die Angeklagte schildert sodann die schrecklichen Vorgänge in Rußland, gegen die sie sich aufgelehnt habe, weswegen sie in Petersburg verhaftet worden sei. Nach ihrer Freilassung, die sie „bessern“ sollte, wurde sie erst recht revolutionär gesinnt. Wiederholt habe sie die Genossen aufgefordert, ihr Aufgaben zuzuweisen, da sie bereit sei, alles für die Sache des russischen Volks zu opfern. Die Genossen antworteten aber immer ausweichend, sie mißtrauten ihr offenbar. Und als sie in der Folge sah, daß die russische sozialdemokratische Partei keinen ernsten Kampf gegen den Absolutismus führe, da habe sie sich der extremsten Gruppe der Revolutionäre, der „Organisation de combat sozialiste-revolutionaire maximaliste“ angeschlossen. In diese Zeit fielen gerade die Niedermetzelungen vieler russischer Intellektueller, die Verschickung zahlreicher Professoren und Studenten nach Sibirien, die zahllosen Hinrichtungen von Bauern und Arbeitern, die Pogrome gegen die Juden und die Folterungen der politischen Gefangenen, die den Launen der betreffenden Offiziere und Polizisten überliefert waren. „Das trieb mich in die Reihen derjenigen Kämpfer um Rußlands Freiheit, die auch den politischen Mord für erlaubt halten. Und so lege ich denn auch an dieser Stelle erneut

mein politisches Glaubensbekenntnis

ab: Ich gehöre mit allen Fasern meines Herzens den revolutionären Sozialisten an. Wir kämpfen in Rußland gegen die Autokratie, aber nicht für eine bürgerliche Republik, sondern für eine Republik auf sozialistischer Grundlage. Zur Durchführung dieses großen Ideals greifen wir auch zu Mordtaten, weil sie die einzige Waffe sind, die uns in unserem Kampfe zu Gebote steht.“ (Anhaltende Bewegung.)

Eine Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden ist im schweizerischen Prozeßverfahren nicht vorgesehen, und so zogen sich die Geschworenen sofort nach dieser Rede um 12 Uhr mittags zur Beratung zurück. Nach kaum 15 Minuten erschienen sie wieder im Saale. Unter atemloser Spannung verkündete ihr Obmann, daß die Geschworenen die auf Mord lautende Schuldfrage bejaht hätten. (Anhaltende Bewegung). Dagegen hätten sie bei der Angeklagten verminderte Willensfreiheit angenommen und ihr daher mildernde Umstände zugebilligt.

Staatsanwalt Dr. Kummer beantragte daraufhin gegen die Angeklagte eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren. Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Brüstlein bittet um eine mildere Strafe. Hierauf zog sich um 1 Uhr der Gerichtshof zur Beratung zurück. Um 1½ Uhr verkündete Präsident Dr. Streiff

das Urteil:

Die Angeklagte Tatjana Leontieff wird nach dem Wahrspruch der Geschworenen wegen Mordes unter Annahme verminderter Willensfreiheit zu einer **Zuchthausstrafe von 4 Jahren** verurteilt, wovon **6 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt** gelten. Außerdem wird sie **auf die Dauer von zwanzig Jahren aus dem Kanton Bern verwiesen.** Sie hat ferner **die Kosten des Verfahrens zu tragen** und eine **Entschädigung an die Hinterbliebenen** des von ihr getöteten Rentiers Müller zu zahlen.

Die Angeklagte nimmt das Urteil mit großer Ruhe auf. Sie wird unter großer Bewegung der Zuhörer in ihre Zelle abgeführt.

Rechnungsergebnisse der Unfall-Berufsgenossenschaften.

Auf dem Gebiete der Schädenheilung (Unfall-Krankenversicherung) droht ein Rückschritt; denn die Konservativen laufen Sturm gegen die kleinen Renten. Glückt der saubere Plan, dann gibt es für den überwiegenden Teil der Unfallverletzten überhaupt keine Rente mehr! Des ferneren werden von der Plusmachergesellschaft die Schutzvorrichtungen bekämpft, und schließlich soll es der für die Entwickelung der Krankenkassen so überaus segensreichen Selbstverwaltung an den Kragen gehen. —

Nun ist man aber auf dem Gebiete der vorbeugenden Maßnahmen zum Schutze für Gesundheit und Leben über die ersten schüchternen Versuche überhaupt nicht hinausgekommen. Das liegt sichtbar jedem vor Augen, der sehen will. Man nehme nur die Unfallstatistik zur Hand. Nach den dem Reichstage kürzlich zugegangenen Nachweisen der Berufsgenossenschaften erlitten **entschädigungspflichtige Unfälle**

	insgesamt	davon mit tödlichem Ausgang	auf 1000 Versicherte überhaupt	auf 1000 Versicherte mit tödlichem Ausgang
1886—1901	1 032 054	98 692	4,19	0,40
1902	119 901	7 842	6,28	0,41
1903	129 375	8 370	6,64	0,43
1904	137 673	8 752	7,00	0,44
1905	141 121	8 928	7,04	0,44

Insgesamt sind seit 1886 über **1½ Millionen** schwere Unfälle gemeldet, und **132 584 Unglücksfälle** mit tödlichem Ausgang sind ermittelt worden. Die Krüppelzahlen wachsen absolut und relativ; ununterbrochen vermehrt sich das Heer der Verstümmelten. Keine Feder ist imstande, die Summe von Jammer, Not, Elend und Qual zu schildern, die diese Massenvernichtung für die Opfer selbst und deren Angehörige im Gefolge hat. Und in die obigen Zahlen sind die Opfer nur zu einem Teil eingeschlossen. Noch nicht eingerechnet sind die Verstümmelten, die keine Rente erhalten. Unter diesen befinden sich Leute, denen **ganze Glieder** fehlen; die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften haben bei ihnen einfach eine Erwerbsverminderung **nicht konstatiert.**

Unfälle überhaupt gelangten zur Kenntnis — **nicht alle** Unfälle werden gemeldet —

	überhaupt	pro 1000 Versicherter
1899	443 313	23,83
1900	454 341	24,05
1901	476 200	25,24
1902	488 707	25,61
1903	530 507	27,25
1904	583 965	29,30
1905	**609 160**	**30,09**

Allein in den letzten fünf Jahren haben zusammen **2⅔ Millionen Menschen Unfälle** erlitten. Auch diese Tabelle zeigt ein fortgesetztes Anwachsen der absoluten und der relativen Unfallziffern. Dasselbe Resultat ergibt sich bei der Berechnung der Unfallhäufigkeit nach Vollarbeitern, das heißt, wenn für je 300 geleistete Arbeitsschichten eine Person eingestellt wird. Eine Zusammenstellung nach diesem Modus gibt folgendes Zahlenbild:

	Auf je 1000 Vollarbeiter entfielen entschädigungspflichtige Unfälle: 1898	1901	1904	1907
Gewerbl. Unfallversicherung*)	8,18	9,16	9,32	**9,39**
Berufsgenossenschaften	8,22	9,25	9,49	**9,55**
Ausführungsbehörden	6,82	7,24	7,19	**7,42**

Selbstverständlich ist die Unfallhäufigkeit in gewerblichen und in landwirtschaftlichen Betrieben sehr verschieden und in den gewerblichen Anlagen gehen die Unfallziffern nach den verschiedenen Gruppen ebenfalls wieder weit auseinander. Nachfolgend geben wir zunächst eine Gegenüberstellung der Unfälle in Industrie und Landwirtschaft:

Jahr	Gewerbliche Berufsgenossenschaft Unfälle: überhaupt	pro 1000 Versicherte	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Unfälle: überhaupt	pro 1000 Versicherte
1899	49 175	7,39	51 287	4,58
1904	65 205	8,81	66 003	5,90
1905	68 360	8,34	66 335	5,93

Relativ sind die Unfälle in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften stärker gestiegen, als in den gewerblichen versicherungspflichtigen Anlagen.

Für sämtliche Unfälle beträgt die Steigerung von 1899 auf 1905 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften **39 Proz.**, bei den landwirtschaftlichen **29 Proz.**, nach dem Verhältnis der Arbeiterzahl berechnet, ergibt sich jedoch bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften eine Steigerung von **12,85 Proz.**, und bei den landwirtschaftlichen eine Zunahme um **29½ Proz.** Diese unheimliche Zunahme der Unfälle in den landwirtschaftlichen Betrieben macht die Abneigung der Agrarier gegen Rentenzahlungen erklärlich. Auch eine vermehrte Vorsorge zum Schutze gegen die Unfallgefahren ist den Junkern in tiefster Seele verhaßt, sie wollen im Gegenteil die jetzt geltenden Vorschriften noch rückwärts revidieren. Was aus den Opfern feudaler Rücksichts- und Gewissenlosigkeit nachher wird, ist den Edelsten gleichgültig.

Ein besonderes Kapitel beansprucht die Unfallstatistik der Jugendlichen.

Es erlitten entschädigungspflichtige Unfälle:

	1901	1902	1903	1904	1905
Kinder unter 16 Jahren, männliche	3518	3437	3819	3961	**4056**
„ „ 16 „ weibliche	800	746	816	866	**895**

Und mit den Unfallziffern der Kinder stehen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wiederum an erster Stelle. Es verunglückten zum Beispiel:

	in gewerblichen Betrieben 1904	1905	in landwirtschaftlichen Betrieben 1904	1905
	jugendliche Personen.			
männliche	2026	2105	1910	1918
weibliche	211	272	654	**620**

In den landwirtschaftlichen Betrieben verunglückten im letzten Jahre mehr als doppelt so viel weibliche Kinder, wie in den gewerblichen Betrieben.

Zu welcher beängstigenden Höhe die Unfallziffern angewachsen sind, läßt recht deutlich noch erkennen die nachfolgende Zusammenstellung nach einzelnen Gewerbegruppen:

	Auf 1000 Vollarbeiter kommen entschädigungspflichtige Unfälle: 1904 überhaupt	1904 tödl.	1905 überhaupt	1905 tödl.
Bergbau	9,32	1,84	9,39	1,93
Steinbrüche	14,46	1,44	15,53	1,50
Glas, Töpferei, Ziegelei	6,56	0,54	7,02	0,58
Eisen und Stahl	11,25	0,59	10,99	0,53
Metall, Feinmechanik, Musikinstrumenten	6,36	0,17	6,84	0,15
Chemie	8,65	0,61	8,71	0,72
Gas- und Wasserwerke	6,78	0,64	6,44	0,67
Textilindustrie	3,00	0,13	3,07	0,13
Papier und Buchdruck	4,57	0,17	5,05	0,24
Leder, Bekleidung	3,93	0,17	3,63	0,08
Holz	12,68	0,49	13,05	0,41
Nahrungsmittel, Fleischerei, Tabak	5,07	0,16	4,98	0,15
Müllerei, Zucker, Molkerei, Brennerei, Stärkeindustr., Brauerei u. Mälzerei	12,39	0,99	12,19	1,01
Bauwesen (Privatbetriebe)	11,70	0,98	11,48	0,97
Private Bahnbetriebe	6,69	0,74	7,07	0,79
Lagerei, Fuhrwesen	14,31	1,31	15,56	1,33
Binnenschiffahrt	15,02	3,20	14,31	2,96
Seeschiffahrt (Privatbetriebe)	6,72	1,51	6,50	1,69
Marine und Heeresverwaltung	5,35	0,44	4,48	0,37
Oeffentliche Baubetriebe	7,19	0,62	6,54	0,51
Staatseisenbahn, Post u. Telegraph	7,35	1,17	7,87	1,27
Staatsbetriebe für Schiffahrt usw.	12,56	1,38	14,53	0,98

Und angesichts solcher Ziffern, angesichts der letzten erschrecklichen Massenkatastrophen im Bergbau wagen es die Scharfmacherparteien, wagt es die Regierung, den so dringend notwendigen Arbeiterschutz zu versagen.

So ist Deutschland in der Sozialpolitik „voran“!

*) Ohne die Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften, der Tiefbau-Berufsgenossenschaften und der See-Berufsgenossenschaften.

Aus der Partei.

Aus der französischen Partei.

Die Fortschritte der geeinigten sozialistischen Partei in den letzten Monaten haben die Hoffnungen der französischen Genossen durchaus erfüllt. Der Bericht, den der Generalsekretär Genosse Dubreuilh in der Versammlung des Nationalrats am letzten Sonntag erstattete, sowie die Mitteilungen der Delegierten zeigen fast überall ein Gedeihen der Organisation und eine überaus rege Propaganda. Von den Beschlüssen der Versammlung sind folgende hervorzuheben:

Eine Resolution, die das Internationale sozialistische Bureau auffordert, angesichts der „internationalen Friedenskonferenz" der Diplomatie ein Manifest herauszugeben, das dem Willen des Proletariats zum Frieden Ausdruck verleiht. Das internationale Bureau wird aufgefordert, diesen von den französischen Delegierten eingebrachten Vorschlag allen anderen Sektionen der Internationale zur Kenntnis zu bringen.

Eine Erklärung zugunsten des Proportionalwahlrechts. Der Nationalrat wird gemeinsam mit allen Anhängern dieser Reform eine kräftige Kampagne zu ihrer Durchsetzung eröffnen.

Eine Resolution zugunsten der „Humanité". Die Föderationen werden aufgefordert, ihr möglichstes zur Verbreitung des täglichen Parteiorgans zu tun, insbesondere auch zur Zeichnung von Aktien beizutragen. Sie werden überdies eingeladen, der Administration der „Humanité" die Listen ihrer Mitgliedschaften und der Abonnenten ihrer Wochenblätter zur Verfügung zu stellen. — Aus dem Berichte Revelins ist der Hinweis auf die steigende Auflage des Blattes und auf die Ersparnisse zu erwähnen, die 50 000 Fr. jährlich betragen.

Der Nationalrat beschloß ferner, den sozialistischen Abgeordneten zur russischen Duma seine brüderlichen Grüße zu übermitteln, als den Vertretern der russischen Arbeiterklasse, die die furchtbarste Gegnerin der Autokratie ist.

Die Föderation von Gouadeloup, die bisher „unabhängig" war, hat sich mit ihrem Deputierten Legitimus zum Eintritt in die Partei gemeldet. Das Ansuchen wurde der Verwaltungskommission der Partei überwiesen.

Bezüglich der 1200 Fr., die von der Parteisteuer der Deputierten der Zentralkasse überwiesen werden sollen, wurde beschlossen, daß sie der Nationalrat in einem besonderen Propagandafonds anlegen soll. Die Administrativkommission soll ein Budget zu diesem Zweck ausarbeiten, worin sie die Bedürfnisse der verschiedenen Föderationen berücksichtigt.

Das Vordringen der sozialistischen Idee, das sich aus den Berichten im Nationalrat ergibt, wird auch durch einige Wahlergebnisse bestätigt. So hat in dem industriellen Ort Ricamarie bei St. Etienne in den Gemeindewahlen am Sonntag die Kandidatenliste der geeinigten Partei mit 987 Stimmen gegen 937 einer Koalition der Reaktionären, Radikalen und „unabhängigen Sozialisten" gesiegt. Der Sieg ist um so bedeutungsvoller, als das Loire-Departemnt als ein Bollwerk der „Unabhängigen" angesehen wurde. Die Parteiföderation ist dort erst seit Briands Eintritt ins Ministerium geschaffen worden und bei den Kammerwahlen war sie noch zu schwach, um sich am Kampfe zu beteiligen.

Nicht ein Sieg der Partei, aber ein nicht minder deutliches Zeichen der Ausbreitung der sozialistischen Ideen ist das Ergebnis der Nachwahl für den Wahlkreis Château-Thierry. Bei den allgemeinen Wahlen war der jüngst verstorbene Radikale Morlot gegen einen Reaktionären mit 9800 gegen 4800 Stimmen gewählt worden. Diesmal versuchten einige im Wahlkreise zerstreute Genossen zunächst eine Parteikandidatur aufzustellen, mußten aber angesichts der unzureichenden Organisation und der fehlenden Geldmittel davon abstehen. Darauf stellte ein ehemaliger Landwirt seine Kandidatur als „Sozialist" auf. Sie bedeutete nicht ein klares, wirklich sozialistisches Programm, sondern nur einen Protest des Kleinbauerntums gegen den ausbeuterischen Kapitalismus. Der „unabhängige sozialistische" Kandidat erhielt aber auf einen Schlag 2475 Stimmen, die teils dem Radikalsozialisten, einem Industriellen, teils dem Reaktionär verloren gingen. Die Kleinbauern haben, wie man sieht, die Scheu vor dem Wort Sozialismus verloren, und sie werden sich des Klassengegensatzes gegen das Kapital bewußt. —

Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Frankfurt a. M. beschäftigte sich in drei Versammlungen, deren letzte vergangene Woche stattfand, mit dem Thema: Die Lehren der Reichstagswahl. Der Referent Hüttmann fand, daß die Wahlen erfreulicherweise eine scharfe Klassenscheidung herbeigeführt haben. Es hat sich gezeigt, daß alle bürgerlichen Parteien und Klassen eine reaktionäre Masse bilden. Zu dieser Einigung aller bürgerlichen Klassen hat die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung wesentlich beigetragen. Das Spießbürgertum ist durch die stete Erstarkung der Arbeiterbewegung, die Partei der Nichtwähler durch die skrupellose Hetze des Reichslügenverbandes, durch die nationale Phrase und durch das „rote Gespenst" aufgepeitscht worden. Die früheren Nichtwähler sind zum größten Teile Gegner jeglichen Fortschritts, darum haben sie sich den Parteien angeschlossen, die unsere Gegner sind. Es ist nicht zutreffend, daß die Dresdener und andere Auseinandersetzungen zum Teil an unserem Mißerfolg schuld sind. Auf das Verlangen, unsere Taktik zu ändern, mehr positiver zu arbeiten, können wir nicht eingehen, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen. Unsere Organisation, die Verbreitung der Parteipresse müssen größer werden, wir müssen tiefer in die Massen dringen. Die Indifferenten müssen für unsere Ziele, für unsere Organisationen gewonnen werden. Der wissenschaftliche Sozialismus soll mehr in die breiten Massen getragen werden; wir müssen Bildungs- und grundsätzliche Aufklärungsarbeit verrichten.

Die Ausführungen der hauptsächlichsten Diskussionsredner bewegten sich in demselben Rahmen. Genosse Dr. Quarck betonte im besonderen, daß jetzt wohl jene Genossen, die in der Demokratie den Verfechter liberaler Anschauungen erblickten, gründlich kuriert sein werden. Daß es trotzdem noch Leute, wie Bernstein, Calwer und Jaurès, gebe, die dem Zusammengehen mit dem Liberalismus das Wort predigen, beweise, daß diese entweder, wie Jaurès, die Verhältnisse nicht kennen, oder den Klassencharakter unseres politischen Lebens verkennen. Von einem Liberalismus, der sich mit den Konservativen paart, habe das deutsche Volk nichts zu erwarten. Genosse Dittmann hob hervor, daß wir unsere prinzipiellen Forderungen in den Vordergrund stellen müssen, unsere Werbekraft wäre dann um so größer. Die tätigen Genossen könnten oft nicht leisten, was sie möchten, weil ihnen die Arbeit über den Kopf wachse. Wir müßten aber genügend Kräfte zur grundsätzlichen Aufklärung haben. In der Presse müsse mehr an den Tagesereignissen die Richtigkeit unserer Grundsätze dargelegt werden. — In Gegensatz zu sämtlichen Rednern stellt sich Genosse Arbeitersekretär Heiden. Er ist der Ansicht, daß die ablehnende Haltung der Fraktion bei Abstimmungen über sozialpolitische Gesetze uns bei der Wahl geschadet habe. Man könne sehr wohl, ohne Abbruch der prinzipiellen Stellung, dem Erreichbaren zustimmen. Nationale Fragen seien ein Moment, auf die in Zukunft mehr Gewicht gelegt werden müsse, und unsere Stellung dazu müsse mehr präzisiert werden. Glatte Ablehnungen verstehe das Volk nicht. Das in Dresden hervorgerufene gespannte Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft und die Art, wie Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, habe eine Menge uns nahestehender Leute abgestoßen.

In einer Delegiertenversammlung der Landesorganisation Hamburgs, die am Dienstagabend im Gewerkschaftshause tagte, wurde der Antrag auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge von 30 auf 40 Pf. pro Monat lebhaft erörtert. Im Namen der Vorstände der drei Parteivereine begründete Genosse Arbeitersekretär Grosse den Antrag, wobei er unter anderem bemerkte, daß die aus dem Ausgange der verflossenen Reichstagswahlen resultierenden größeren Aufgaben der Partei hinsichtlich der mündlichen und schriftlichen Agitation wie der Organisation ganz andere Mittel erheischten, zumal ja auch der Reichskanzler erklärt habe, das nächste Mal werde die Regierung noch mehr ihre „Pflicht" tun. Nach der alten Schablone dürfe nicht mehr gearbeitet werden, deshalb müsse auch im Rahmen des Hamburger Staatsgebietes reformiert werden. In vielen Parteiorten Schleswig-Holsteins bestehe seit Jahren der 40 Pf.-Beitrag, so daß man eigentlich die Frage ventilieren müßte, ob nicht ein Beitrag von 50 Pf. eingeführt werden solle. Der Beitrag für weibliche Mitglieder (10 Pf.) solle nicht erhöht werden, ebenso solle der Beitrag für die in den Landgemeinden vorhandenen Mitglieder (30 Pf.) bestehen bleiben. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag angenommen. Es hat noch eine Urabstimmung unter den Mitgliedern stattzufinden. Falls diese dasselbe Resultat ergeben sollte, tritt der erhöhte Beitrag am 1. Juli d. J. in Kraft. — Die diesjährige Maifeier soll, wie bisher, durch größtmöglichste Arbeitsruhe und durch einen Festzug usw. begangen werden.

Wieder eine Reichsverbandslüge.

Unter der Stichmarke: „Ein Abkommen mit der Sozialdemokratie" brachte dieser Tage die Ordnungspresse einen Artikel angeblich aus dem Fürstentum Reuß j. L., in welchem behauptet wird, die Geraer Vereinsbrauerei habe mit der Parteileitung der Geraer Sozialdemokratie ein Abkommen getroffen, wonach die erstere verpflichtet sei, von jedem Hektoliter Bier, der die Konsumtionsziffer von 14 000 Hektoliter übersteigt, je 2 M. in die sozialdemokratische Parteikasse abzuführen. Die sozialdemokratische Führerschaft ihrerseits habe sich anheischig gemacht, es durchzusetzen, daß tunlichst in allen Fabrikkantinen nur Vereinsbier verzapft werde. Dann heißt es weiter:

„Die Nachricht ist zuverlässig verbürgt und findet auch schon praktisch ihre Betätigung durch die Tatsache, daß bereits in einer großen Anzahl von Etablissements die sozialdemokratische Arbeiterschaft an die Fabrikleitungen mit der Forderung herangetreten ist, an Stelle des bisherigen Kantinenbieres, das auf einmal ihren Wünschen nicht mehr entspricht, Vereinsbier einzuführen."

Die ganze Meldung ist, wie die „Reußische Tribüne", unser Geraer Parteiorgan, mitteilt, erfunden. Tatsächlich hat die Parteileitung der Sozialdemokratie mit der Vereinsbrauerei kein Abkommen getroffen, überhaupt nicht das geringste zu tun.

Zum Konflikt in Nordhausen teilen uns die Preßkommission und die Vertreter der sozialdemokratischen Ortsvereine des Wahlkreises mit, daß die Beschlüsse betreffs des Romanabdrucks nicht von der Preßkommission, sondern von der Versammlung der Delegierten der Ortsvereine gefaßt wurden, an die sich die Preßkommission beschwerdeführend gewandt hatte. „Die Preßkommission hatte vorher nur beschlossen, daß der laufende Roman täglich in 6 halbseitigen Spalten und mit möglichster Kürzung zum Abdruck kommen solle. Erst als die Redaktion diese Beschlüsse vollständig ignorierte, wurde von der Delegiertenversammlung der weitergehende Beschluß gefaßt, das Verfügungsrecht über den laufenden Roman der Redaktion zu entziehen. Die verantwortliche Zeichnung des Romans wurde einem Preßkommissionsmitglied übertragen, um das „literarische Gewissen" der Redaktion zu schonen." Genosse Schildbach, der entlassene Redakteur, behauptet dagegen in einer Erklärung, deren Aufnahme in die Nordhauser „Volkszeitung" ihm verweigert wurde, ein Beschluß, daß der Roman in sechs halbseitigen Spalten zum Abdruck kommen sollte, sei nicht gefaßt worden; lediglich ein Wunsch sei in dieser Hinsicht und zwar vom Genossen Dr. Schultes (dem Vorsitzenden der Preßkommission) geäußert worden.

Die Redaktion habe aber in der Preßkommission die Erklärung abgegeben, daß der Abdruck des laufenden Romans möglichst beschleunigt werde, sobald die Parlamentsferien beginnen. Mit dieser Zusage habe sich die Preßkommission zunächst zufrieden gegeben. Das Versprechen sei von der Redaktion erfüllt worden. Genosse Schildbach bestreitet auch, daß angebliche Mißgriffe bei der Auswahl der Romane Schaden angerichtet hätten. Der fortgesetzte Abonnentenzuwachs beweise jedenfalls das Gegenteil. Zum Schluß meint Genosse Schildbach, daß er den Instanzenweg nicht hätte einhalten können, da der Beschluß, der den Eingriff in die Redaktionsbefugnisse bedeutet, sofort ausgeführt worden sei. Wir können diesen Grund nicht anerkennen, können vielmehr unsere in unserer ersten Notiz ausgesprochene Meinung und unser Bedauern über die Zuspitzung des Konflikts lediglich wiederholen. Soweit die Parteipresse sich bis jetzt äußerte, vertrat sie denselben Standpunkt wie der „Vorwärts".

Unsere Toten. In Nürnberg starb der Metallarbeiter Christian Grünewald, wieder einer von der alten Garde, der die ganze Entwickelung der Partei mitgemacht hat. Er gehörte zu dem kleinen Häuflein derer, die Mitte der 60er Jahre, als die Nürnberger Arbeiterschaft noch der Fahne der Fortschrittspartei folgte, in dem fortschrittlichen Arbeiterverein unter dem selbstgewählten Namen der „Pioniere" die radikale Richtung repräsentierten und sich 1867 absplitterten, um den Arbeiterbildungsverein zu begründen, auf dem sich nach dem Nürnberger Arbeitertage 1868 die sozialdemokratische Partei aufbaute. Unter dem Sozialistengesetz leistete er wertvolle Dienste und erfreute sich dafür der liebevollen Aufmerksamkeit der Polizei, die ihn beständig mit erfolglosen Haussuchungen beglückte.

Soziales.

„Ein solcher Mann hat für mich keinen Wert mehr."

Für ländliche Arbeitsverhältnisse, die soziale Liebestätigkeit mancher Pfarrer und die Ausübung der Gerechtigkeit gleich kennzeichnend ist eine in ihrer Art typische Verhandlung vor dem Danziger Schöffengericht, über die uns folgender Bericht zugeht:

Bei dem Pfarrer Michalek in Junkeracker in Westpreußen war der Arbeiter Borowski als „dritter Mann" im Dienst. Nach der Reichstagswahl entließ der Pfarrer den Borowski, weil dieser sich am Wahltage im Wahllokale aufgehalten hatte, um „Schummeleien" zu verhindern. Borowski mußte als „dritter Mann" auch das Füttern des Viehes besorgen. Diese Arbeit verlangte der Pfarrer nun von dem Arbeiter Degen, der als Kutscher und „zweiter Mann" ebenfalls beim Pfarrer im Dienst stand. Degen fühlte sich der Arbeit aber nicht gewachsen; sie fiel ihm besonders schwer, weil er Krampfadern in den Beinen hat, die ihm Schmerzen verursachen. Außerdem war Degen der Ansicht, daß ihm das Viehfüttern gar nicht zukäme. Trotzdem fütterte er das Vieh eine Zeit hindurch. Als dann aber immer noch kein Ersatz zur Stelle war, verließ Degen den Dienst. Gegen einen Strafbefehl von 10 M. „wegen unberechtigten Verlassen des Dienstes" legte Degen Berufung ein. Vor dem Danziger Schöffengericht trug Degen den von uns geschilderten Sachverhalt vor. Hervorgehoben zu werden verdient, daß der Vorsitzende des Gerichts den Angeklagten anfänglich mit „Du" anredete und erst im Verlaufe der Verhandlung sich dazu verstand, dem 20 Jahre alten Manne das eigentlich selbstverständliche „Sie" zu bewilligen. Der Pfarrer, der als Zeuge vernommen wurde, gab zu, daß er den Borowski nach der Reichstagswahl entlassen habe, weil dieser „sich im Interesse der Sozialdemokratie bewegt hätte". „Ein solcher Mann," so sprach des Herrn Jünger, „hat für mich keinen Wert mehr." Mögen ihm die Sozialdemokraten Arbeit geben. Ueber Degen könne er des Dienstes wegen nicht klagen. Jedoch habe derselbe am Tage vor seinem Weggange seinen Lohn um 15 M. überhoben. Wenn Degen darüber klage, daß er zum Füttern des Viehes zu schwach sei, so möchte er, der Pfarrer, bemerken, daß Degen — schrecklich — eine Braut habe, die er des Nachts häufig aufsuche. Degen erklärte hierzu, daß er abends nicht immer zu seiner Braut gegangen sei, sondern oft im Krug eingekehrt sei, um sich satt zu essen, weil der Pfarrer „seinen Leuten" wenig und schlechtes Essen gäbe. Dieser Behauptung trat der Pfarrer entgegen; niemals hätte sich jemand bei ihm des Essens wegen beschwert. Ein weiterer Zeuge, der Arbeiter Klage, meinte, das Essen beim Pfarrer sei „gerade nicht schlecht". Der entlassene „dritte Mann", Borowski, war auch als Zeuge erschienen. Vor der Vernehmung dieses Zeugen meinte der Vorsitzende des Gerichts: „Sollen wir den „Wahlinspektor" Borowski auch noch vernehmen?" Als der Angeklagte auf den Zeugen nicht verzichtete, fragte der Vorsitzende den Borowski spöttisch: „Na, Sie müssen Wahlen inspizieren?" Zur Sache bestätigte Borowski, daß es beim Pfarrer wenig und schlechtes Essen gegeben habe. Um satt zu werden, mußte er, Borowski, sich oft Fleisch kaufen. Weisheitsvoll meinte der Vorsitzende hier wieder zu Borowski: „Sie müssen doch guten Verdienst gehabt haben, wenn Sie sich noch Fleisch kaufen konnten." Recht scharf legte sich der Amtsanwalt ins Zeug, der natürlich Bestrafung des Degen forderte. Häufig brächten Arbeiter bei Streitigkeiten mit ihren Dienstherren als Argument hervor, daß sie schlechtes Essen bekommen hätten. Fast immer aber seien derartige Behauptungen erlogen und erfunden. Mit der Verurteilung des Degen zu 10 M. oder 3 Tagen Haft endete die mehr als merkwürdige Verhandlung.

Industrie und Landwirtschaft.

Eine Dividende von 15 Proz. wird laut Generalversammlungsbeschluß an die Aktionäre der Firma Heye, A. G., Glasfabrik Gerresheim, verteilt. Es ist dieses die bekannte Firma, welche mit Hülfe der Polizei russische Zustände in ihrem Betrieb eingeführt und in Gerresheim das Versammlungsrecht der Arbeiter illusorisch gemacht hat. In der Generalversammlung wurde erklärt, daß der Gewinn noch um ¼ Million Mark größer gewesen wäre, wenn man nicht die Arbeitslöhne um 10 Proz. hätte erhöhen müssen. Ein Gutsbesitzer von Hymen, der Aktionär des Werkes ist, forderte, daß in Zukunft keine Lohnerhöhung mehr vorzunehmen sei, weil dadurch die Landwirtschaft, welche die hohen (!) Löhne nicht zahlen könne, zu leiden hätte und nicht mehr existenzfähig bleibe. Auch solle die Verwaltung fremde Arbeiter einstellen, weil diese billiger arbeiten; eine Betriebserweiterung wünschte der Agrarier nicht.

Die Anträge wurden zurückgewiesen. Denn, so ging aus den Aeußerungen der Direktoren hervor, nur der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, habe man die Lohnerhöhung vorgenommen. Man habe keine geschickten Glasarbeiter mehr erhalten können und habe es im Interesse der Gesellschaft gelegen, mehr zu zahlen. Es würden keine 15 Proz. Dividende verteilt werden, wenn die Verwaltung anders gehandelt hätte. Die Landwirtschaft sei zu bedauern, doch sei die Lohnerhöhung eine Notwendigkeit gewesen.

Die Löhne der Glasarbeiter sind trotz der zehnprozentigen Erhöhung noch sehr miserabel: Einträger erhalten zirka 2 M. pro achtstündige Schicht, und müssen die Arbeiter, wenn sie existieren wollen, Ueberschichten machen. Dem Herrn Agrarier sind die Löhne aber zu hoch, weil er dadurch gezwungen wird, einige Pfennige Lohn auf seinem Gute mehr zu zahlen. Die 15 Proz. Dividende von dem industriellen Unternehmen für die mühevolle Arbeit, Aktien zu besitzen, steckt er gern ein, doch grollt er über die Löhne, die ihn zu höheren Ausgaben zwingen. Eine „nationale" Schmach ist die agrarische und industrielle Mißhandlung der national wertvollsten Ware, der Arbeitskraft.

Ein ärztlicher „Brauch".

Der Arzt Dr. Forschelen aus Hukingen bei Düsseldorf hatte auf Kosten einer Krankenkasse Medikamente aus einer Apotheke bezogen und diese Sachen nicht für Mitglieder der Kasse verwendet. Die Leute, auf deren Namen die Rezepte lauteten, befanden sich gar nicht in ärztlicher Behandlung. Der Arzt, welcher sich wegen der Handlungen vor Gericht zu verantworten hatte, bestritt nichts, sondern erklärte einfach, dies sei vielfach Brauch bei den Aerzten auf dem Lande. Wohl bestritt der Angeklagte, daß er die Medikamente (Tokayer, Sanatogen usw.) für seine Angehörigen verwandt habe, die Arzneien hätten Versuchszwecken dienen sollen.

Das Urteil fiel gelinde aus: 80 M. Geldstrafe. Der auf dem Lande übliche „Brauch" wurde vom Gericht also doch nicht anerkannt.

Den Vorständen der Krankenkassen kann unter den obwaltenden Umständen eine sorgfältige Nachprüfung der Apothekerrechnungen nur empfohlen werden.

Aus Industrie und Handel.

52 Prozent Gewinnsteigerung.

Eine Jammeriade über das Emporschnellen der Bergarbeiterlöhne stimmt auch die Verwaltung der „Konkordia" Bergbau-Aktiengesellschaft in Oberhausen an. Die stattgefundenen Lohnsteigerungen beanspruchten eine Mehrausgabe von über 900 000 M. im Jahre. Wer es so hört, könnte beinahe Mitleid empfinden. Aber woher stammen die Lohnerhöhungen? Daß man mit größerem Recht von einer Mehrbelastung der Arbeit zugunsten des Kapitals reden kann, illustrieren folgende Angaben:

Die Zahl der Arbeiter stellte sich im letzten Jahre auf 5175 gegen 4832 im Jahre 1905. In derselben Zeit nahm die Förderung zu von 1 139 495 Tonnen auf 1 420 893 Tonnen, die Kokserzeugung von 180 828 auf 266 667 Tonnen, die Teergewinnung von 1 212 840 Kilogramm auf 4 425 530 Kilogramm und die Ammoniakherstellung von 860 000 Kilogramm auf 2 020 000 Kilogramm. Die Fabrikation von Ziegelsteinen ging relativ etwas zurück, absolut ist die Erzeugung von 4 479 300 Stück auf 4 662 700 Stück gestiegen. Aber nicht nur der Menge nach, sondern auch dem Verkaufswerte nach zeigen die Ergebnisse eine Hinaufentwickelung. Es schwoll z. B. an der Betriebsgewinn von 2 647 821 M. auf 4 025 416 M. und anstatt 12 Proz. Dividende wie für 1905 erhalten die schwergeprüften Papierinhaber für das letzte Jahr 22 Proz. Dividende. Was im letzten Jahre im Vergleich zu 1905 aus der einzelnen Arbeitskraft herausgeholt wurde, zeigt folgende Zusammenstellung. Es entfallen auf den Kopf der Belegschaft:

Leistung		1905	1906	Gewinne	1905 M.	1906 M.
Schichten		258,1	290,7	Bruttogewinn	660,9	904,1
Kohlen	Tonnen	235,8	274,6	Betriebsgewinn	548,0	777,9
Koks	„	37,4	51,5	Reingewinn	332,1	497,0
Teer	Kilogr.	251,0	855,2	Dividende	223,5	332,6
Ammoniak	„	178,0	390,3	Tantieme	11,8	23,6

Leistungen pro Kopf der Beschäftigten, sowie die pro Paar Hände erzielten Ueberschüsse sind mithin ganz erklecklich gestiegen. Aber das Plus ist nicht lediglich der erhöhten Schichtenzahl zu danken. Pro Mann und Arbeitsschicht ergeben sich nämlich folgende Resultate:

	Produktion				Gewinn	
	Kohlen	Koks	Teer	Ammoniak	Bruttoerträgnis	Reinüberschuß
	To.	To.	Kilogr.	Kilogr.	M.	M.
1905	0,91	0,14	0,97	0,68	2,56	3,11
1906	0,94	0,17	2,94	1,34	1,28	1,70

Wenn den Aktionären im laufenden Jahre weiter nichts die Stimmung verdirbt, als die „unbefriedigende Lohnentwickelung", dann dürfen sie im nächsten Frühjahr nochmals sich einer um 50 bis 100 Proz. gesteigerten Dividende erfreuen.

Rütgerswerke-Aktiengesellschaft. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 9½ Proz. auf das um drei Millionen erhöhte Gesellschaftskapital für das Geschäftsjahr 1906 (gegen 8½ Proz. für das Vorjahr) vorzuschlagen. Der Bruttogewinn pro 1906 (einschließlich 45 291 M. Gewinnvortrag) beträgt 8 084 559 M. gegen 2 470 207 M. (einschließlich 37 672 M. Gewinnvortrag) im Vorjahre, der Reingewinn pro 1906 beträgt 1 393 429 M. gegen 940 297 M. im Vorjahre.

Vom amerikanischen Eisenmarkt. Das Fachblatt „Ironmonger" meldet aus Philadelphia: Das Vertrauen ist durch den Beschluß der Eisenbahngesellschaften, möglichst große Sparsamkeit in den nächsten zwei oder drei Monaten walten zu lassen, erschüttert. Wahrscheinlich ist die außerordentliche Lebhaftigkeit des letzten Jahres an ihrem Ende angelangt. Eisen für Lieferung im zweiten Jahresviertel ist noch fest, darüber hinaus aber die Nachfrage schleppend. Die Schwäche für alle Fertigerzeugnisse schreitet fort. Die Aussichten sind jedenfalls düster. Es wäre ja möglich, daß gute Nachrichten über die Aussichten der Ernte auf die Geschäfte bessernd einwirken könnten; aber die Ansicht bleibt doch vorherrschend, daß die Lage des Geldmarktes alles verwirre. Die „K. V.-Ztg." bemerkt dazu: „Dieser recht ungünstige Bericht über den amerikanischen Eisenmarkt verdient um so mehr Beachtung, als bisher gerade der „Ironmonger" am unentwegtesten die größte Zuversicht zur Schau trug.

Ein Riesendampfer. Der Norddeutsche Lloyd hat bei der Werft der Aktiengesellschaft Weser einen großen Passagier- und Frachtdampfer in Auftrag gegeben. Der Dampfer soll ein Deplacement von 27 000 Tonnen, eine größte Länge von 186 Metern und Maschinen von 15 000 Pferdekräften erhalten. Durch große Breite soll eine besondere Geräumigkeit der für 500 Kajüts- und 3000 Zwischendeckspassagiere sowie 400 Mann Besatzung berechneten Wohnräume erzielt werden. Die Fahrgeschwindigkeit des Dampfers soll 17 Knoten betragen.

Bodengesellschaft Kurfürstendamm. Die Generalversammlung beschloß, aus dem 750 000 M. betragenden Ueberschuß sofort 300 Mark pro Aktie zurückzuzahlen.

Leonhard Tietz Akt.-Ges. in Köln. Bei 1 163 311 M. (1905 752 906 M.) Abschreibungen stellt sich der letztjährige Reingewinn auf 1 105 923 M. (907 242). Die Dividende wird in Höhe von 7 Proz. (6 Proz.) vorgeschlagen.

Ueberschüsse der preußischen Staatsbahnen.

Der Ueberschuß der preußischen Staatseisenbahnen nach Verzinsung der Eisenbahnschuld betrug in Mill. Mark:

1882 . . .	42,4	1895 . . .	259,0
1883 . . .	35,8	1896 . . .	306,5
1884 . . .	45,5	1897 . . .	330,0
1885 . . .	35,2	1898 . . .	351,2
1886 . . .	67,6	1899 . . .	384,2
1887 . . .	109,0	1900 . . .	396,3
1888 . . .	133,1	1901 . . .	356,7
1889 . . .	156,0	1902 . . .	387,4
1890 . . .	115,5	1903 . . .	465,7
1891 . . .	99,1	1904 . . .	492,6
1892 . . .	118,8	1905 . . .	503,5
1893 . . .	162,8	1906 . . .	565,2
1894 . . .	171,5		

Von 1882 bis 1906 beläuft sich der Ueberschuß auf 6080,7 Millionen Mark.

Konkurrenzkämpfe der Reeder.

Wie englische Blätter berichten, stehen Konkurrenzkämpfe zwischen englischen und deutschen und zwischen englisch-amerikanischen und deutschen Schiffsgesellschaften bevor. Es handelt sich erstens um den atlantischen Passagierverkehr und zweitens um den amerikanisch-australischen Frachtverkehr. In den atlantischen Konkurrenzkampf sollen die englische Cunard-Gesellschaft und die deutsche Hamburg-Amerika-Linie eintreten. Der Hafen der Cunard-Linie und der White-Star-Linie war bislang Liverpool, während die deutsche Linie Southampton benutzte, wo letztere aus dem englisch-amerikanischen Passagierverkehr große Vorteile zog. Die White-Star-Linie (englisch-amerikanisch) beschloß vor einiger Zeit, ihre Dampfer nach Southampton zu übertragen, und jetzt will ihr auch die Cunard-Linie (englisch) mit zwei neuen Prachtdampfern, „Lusitania" und „Mauretania" nach Southampton folgen, um auf diese Weise den deutschen Linien den englisch-amerikanischen Passagierverkehr zu entziehen. Für Passagiere nach und von London ist Southampton entschieden besser wie Liverpool. Herr Ballin soll aus diesen Gründen mit einer Herabsetzung der Fahrpreise gedroht haben. Es scheint, daß die englische Regierung Maßregeln ergreifen wird, um beim Ausbruche des Reederkrieges den englischen Linien beizustehen und ihren Verkehr wenigstens in britischen Häfen zu sichern.

Dann steht ein Frachtkrieg zwischen den englisch-amerikanischen Linien einerseits und der Hansa-Gesellschaft und der deutsch-australischen Gesellschaft andererseits um den englisch-australischen Frachtverkehr bevor. Dieser Verkehr wird gegenwärtig von einigen englisch-amerikanischen Linien von New York nach Australien 84 mal im Jahre besorgt. Die englischen Linien haben 19 Touren, die amerikanischen 15. Nun verlangen die beiden genannten deutschen Linien je 4 Touren. Eine der englischen Linien, die Tyzer-Gesellschaft, schloß sich nun den deutschen Linien unter der Firma „United Tyzer Line" (Vereinigte Tyzer-Linie) an und ihr Dampfer „Trautenfels" soll am 20. April von New York nach Australien in See gehen. Selbstredend hat die neue Firma die Frachten herabgesetzt und die englisch-amerikanischen Linien werden ihr darin folgen müssen. Die Kosten werden die englischen Kaufleute zu tragen haben, da die amerikanisch-australischen Frachten billiger sein werden als die englisch-australischen.

Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Für den Wahlverein des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises waren am Dienstag 11 Versammlungen einberufen worden, in denen die Wahl der Delegierten für die Generalversammlung von Groß-Berlin erfolgte.

Der Besuch der Versammlung der 1. Abteilung, die bei Obligo in der Schwedterstraße stattfand, ließ leider zu wünschen übrig. Ueber „Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im roten Hause" referierte der Genosse Schubert. Redner kritisierte nach einem Rückblick auf die Geschichte unserer Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen die Klassenwahleinteilung und das Hausbesitzerprivileg und schildert darauf das Wirken der Vertreter der Arbeiterschaft, besonders auf dem Gebiet der Volksschule, des Armenwesens, der Waisenverwaltung, des Krankenhauswesens und der Verkehrspolitik. Nicht nur im Reich, sondern auch in der Kommune haben wir jederzeit positiv mitgearbeitet. Unsere nächste Aufgabe müsse sein, alles daranzusetzen, damit die ganze dritte Wählerklasse in unsere Hände komme. Mit den Worten von Marx: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!" schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. — In der Diskussion, an welcher sich die Genossen Giebel, Howe, Alt, Thiede, Cohn und Schwarz beteiligten und welche sich im Sinne des Referats bewegte, wurde u. a. auch der flaue Versammlungsbesuch kritisiert. Nach Bekanntgabe des Wahlresultats wurde die Versammlung geschlossen.

Um 9 Uhr eröffnet Genosse Garn die mäßig besuchte Versammlung der 2. Abteilung. Nachdem die Wahlen der Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung erfolgt, erhielt Genosse Th. Fischer das Wort zu seinem Referat. Redner streift die letzte Reichstagswahl in kurzen Zügen und charakterisiert an der Hand der während derselben gewonnenen Einsicht von der Wankelmütigkeit des Freisinns dessen Haltung im roten Hause. Auch hier zeigt sich der wahre Charakter des Freisinns, dessen Taktik auch in der Kommune nur die sei, die schon begüterten Klassen vor allzuvielen Steuerlasten zu schützen und diese auf die besitzlose Masse, die schon genug Steuern zu tragen habe, abzuwälzen. Ist doch erst kürzlich die Wertzuwachssteuer, die nur eine gerechte Steuer darstelle, von der Mehrzahl der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden, während man über die Petitionen der städtischen Arbeiter um Aufbesserung ihrer Lage nur mit laxen Reden hinweggegangen sei. Die Fürstenempfänge haben im Laufe der Zeit der Stadt Berlin 4—4½ Millionen Mark gekostet. Hier könne die Berliner werktätige Bevölkerung sehen, wozu die Steuergroschen, die doch zu allererst von ihr aufgebracht werden, verwandt werden. Für die Armenunterstützung seien gegen das Vorjahr 211 000 M. weniger in den Etat eingestellt. Hier spare man an den Aermsten der Armen. Redner weist an der Hand von Zahlen nach, wie sogar bei der Waisenverwaltung der freisinnige Sparsinn sich betätige. Eine Aenderung sei nur von der Abschaffung des jetzt bestehenden Kommunalwahlrechts zu erwarten, an dessen Stelle das allgemeine, gleiche und geheime direkte Wahlrecht zu treten habe. Redner entrollt dann ein Bild der Tätigkeit der Sozialdemokratie im roten Hause und wie der Freisinn hier jedem kulturellen Streben reaktionär gegenüberstände. — An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Halfter und Fiedler. Letzterer fordert zum Austritt aus der Landeskirche auf. Nach einem Schlußwort des Genossen Garn erfolgt Schluß der Versammlung.

Die Versammlung der 3. Abteilung wurde bei Groterjahn in der Schönhauser Allee abgehalten. Der Vertreter des 35. Kommunalwahlbezirks, Genosse Wurm, referierte über die Tätigkeit im roten Hause. Redner schilderte die ungerechte Vertretung in diesem Parlament. Der Redner stellte ferner die sogenannte Selbstverwaltung ins rechte Licht. Charakteristisch ist die Tatsache, daß sozialdemokratische Vertreter in alle Verwaltungen gewählt werden, nur in die Schulverwaltung hat ein Sozialdemokrat kein Recht gewählt zu werden. Nachdem Redner die kapitalistische Interessenpolitik gekennzeichnet, folgte Schluß des beifällig aufgenommenen Vortrages. In der Diskussion wendete sich Genosse Metzke gegen die wirtschaftliche Knebelung der Arbeiter. Genosse Hohenstein stellte den Eifer der Polizeibehörde in bezug auf Schutz der Arbeitswilligen fest. Nachdem der Vorsitzende das Resultat der Delegiertenwahl mitgeteilt hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bei Wilke in der Brunnenstraße referierte Genosse Leid. Der Umfang der städtischen Verwaltung sei ein so bedeutender, daß man bei einer Berichterstattung über die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Roten Hause sich nur auf einige bestimmte Gebiete beschränken müsse. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liege in den Verwaltungsdeputationen, Kuratorien und Ausschüssen, in denen eine intensive Arbeit geleistet werden müsse. Auf allen Gebieten des kommunalen Lebens sei es die Sozialdemokratie, die die Mehrheit in der Erfüllung sozialer Aufgaben vorwärts dränge und ihr schon manche Konzessionen abgerungen, also auch schon erhebliche positive Arbeit geleistet habe; man könne ein Gebiet nehmen, welches man wolle: das Gesundheitswesen, das Schulwesen, Armenwesen usw. So wichtig nun auch die kommunale Tätigkeit sei, so dürfe sie nie vergessen werden, daß sie geübt werden müsse vom Standpunkt des sozialdemokratischen Programms. Man dürfe nicht um Erringung eines kleinen Vorteils willen etwa unsere Prinzipien verwässern lassen. Diskussion fand nicht statt. Zum Schluß erfolgte die Bekanntgabe der gewählten Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin.

Die Mitglieder der 5. Abteilung nahmen bei Mothes den Bericht des Genossen A. Bernstein über „Die Tätigkeit unserer Fraktion im roten Hause" entgegen. Anknüpfend an die letzten Debatten der Stadtverordnetensitzung entrollte der Redner ein interessantes Bild über die positiven Bestrebungen unserer Genossen speziell auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung, der Eindämmung der Kindersterblichkeit, der Schularztfrage, des Krankenhauswesens, der Waisen-, der Fürsorge-Erziehung usw. Ueberall aufzeigend, wie die Sozialdemokratie bestrebt sei, auf allen diesen Gebieten für durchgreifende Verbesserungen zu sorgen, aber auch wie geringfügig die Erfolge seien. Redner führte dies auf die Zusammensetzung der Stadtverordneten, auf das Dreiklassenwahlsystem zurück. Selbst wenn man in bürgerlichen Kreisen von der Notwendigkeit bestimmter Forderungen überzeugt sei, so verschanze man sich hinter der finanziellen Unmöglichkeit. Und dieser wäre doch abzuhelfen, wenn man nur den ernstlichen Willen hätte, die starken, leistungsfähigen Schultern zu belasten und gewisse Institutionen wie die Straßenbahn zu verstadtlichen. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion im Sinne des Referats, in der auch namentlich die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Schulen verlangt wurde. Nach der Aufstellung von zwanzig Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins ermahnte der Vorsitzende Matschke zum weiteren Ausbau der Organisation und zur Agitation für unsere Presse. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die nicht übermäßig besuchte Versammlung geschlossen.

In der Norddeutschen Brauerei fand die Versammlung für die 6. Abteilung statt, die sich zuerst mit der Wahl der Delegierten zur Groß-Berliner Generalversammlung, deren die Abteilung 20 zu wählen hat, beschäftigte. Alsdann hielt Genosse Borgmann einen Vortrag über: „Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im roten Hause." In seinem, vielfach von Beifall unterbrochenem Vortrag gab der Redner in kurzen Umrissen ein Bild von der umfangreichen Tätigkeit, die unsere Vertreter im Stadtparlament entwickelt haben und weiter entwickeln werden. Er zeigte dabei, welche gemeine Lüge es ist, wenn behauptet wird, die Sozialdemokratie treibe nur negierende Politik, während es die Regierung selbst sei, die eine positive Mitarbeit unserer Vertreter verhindert. Auch zeigte Redner, welche erbärmliche Rolle der Freisinn im Stadtparlament spielt, wo er nur die Interessen einer kleinen Gruppe von Hausbesitzern und Unternehmern vertritt, welche dank der Städteordnung in der Stadtverordnetenversammlung die stärkste Vertretung haben. Am Schlusse seines interessanten Vortrages berührte Redner auch die bevorstehende Ersatzwahl im 39. Kommunalbezirk und betonte, daß es jetzt darauf ankomme, den Einfluß, den die Sozialdemokratie im roten Hause habe, zu erhalten und zu vermehren. Es folgte nun die Aufstellung des Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl, wozu, wie schon gemeldet, Genosse Adolf Ritter vorgeschlagen und einstimmig gewählt wurde. In seiner Ansprache dankte Genosse Ritter für das Vertrauen, das ihm entgegengebracht worden und versprach, falls er gewählt würde, die sozialdemokratischen Forderungen mit allem Nachdruck im Stadtparlament zu vertreten. Nachdem der Vorsitzende Genosse Dahms die Anwesenden zu reger Mitarbeit bei der jetzigen Wahl aufgefordert hatte, schloß er die gutbesuchte Versammlung mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Die Mitglieder der Abteilung 7 hatten sich in Peters „Gesellschaftssälen", Moabit, versammelt. Bevor zum 1. Punkt der Tagesordnung geschritten wurde, fand der 3. Punkt seine Erledigung insoweit, als die Kandidatenlisten zur Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins eingesammelt wurden. Zu diesem Zwecke wurde die Versammlung auf fünf Minuten vertagt. Nach Wiedereröffnung erhielt der Genosse Stadtverordneter P. Dupont zum 1. Punkt der Tagesordnung als Referent das Wort: Daß die Begeisterung zu den Stadtverordneten-Wahlen nicht eine solche sei wie zu den Reichstagswahlen, läge daran, daß die Partei jahrzehntelang den Stadtverordneten-Wahlen ebenso gleichgültig gegenüberstand wie den Landtagswahlen. Und doch seien in der Gemeindeverwaltung wichtige Aufgaben zu erledigen. Die Grenze zwischen Berlin und seinen Vororten müsse fallen. Je mehr Berlin Kaufmanns- und Industriestadt würde, in um so größerem Maße werde das Proletariat nach den Vororten gedrängt. Das zwinge uns, für die Eingemeindung der Vororte einzutreten. Redner schilderte dann die sanitären Verhältnisse im besitzenden Westen und in dem armen Osten. Auch die Besitzlosen hätten ein Recht auf gesunde Wohnungen. Nachdem der Referent sich längere Zeit über den Bodenwucher verbreitet hatte, beleuchtete er die kürzlich in der Gemeindevertretung diskutierte Wert- und Umsatzsteuer. Auch die Schulverhältnisse müssen noch bedeutend andere werden, wenn auch anerkannt werden soll, daß sich vieles verbessert hätte. Zum Schluß streifte Genosse Dupont noch das Verhalten der Stadt Berlin zu ihren Arbeitern. Es müsse ebenso wie für die Beamten der Stadt auch für die Arbeiter viel mehr gesorgt werden. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. Zur Diskussion wünschte niemand das Wort. — Nunmehr verlas der Vorsitzende, Genosse Vieth, die gewählten Delegierten für Groß-Berlin und schloß die Versammlung nach einem längeren Schlußwort und appellierte an die Genossen, auch die Wahlvereinsversammlungen recht rege zu besuchen.

Die in der Beusselstraße bei Kirschkowsky abgehaltene Versammlung der 8. Abteilung war sehr gut besucht. Genosse Richter machte bei Eröffnung den Vorschlag, gleich zur Wahl der Delegierten zu schreiten, um während des Referates die Auszählung der Stimmen vorzunehmen, was auch ohne Widerspruch angenommen wurde. Dem Vortrag des Genossen Ewald folgten die Anwesenden mit großem Interesse, und wurde vom Referenten die reaktionäre Majorität des roten Hauses in scharfer Weise kritisiert. An der Hand von wohlgesichtetem Material zeigte Genosse Ewald, in welcher Weise die zirka 66 Proz. der Hausbesitzer, welche zum größten Teil zu Gegnern der Wertzuwachssteuer zu rechnen sind, es verstanden haben, in allen Fällen nur ihre Interessen zu vertreten. Auch die Armenpflege, die im Etat um 211 000 M. heruntergesetzt ist, wurde vom Referenten erörtert. Die weiter vom Referenten gemachten Ausführungen zeigten, daß es unbedingt notwendig ist, bei der demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahl dafür zu sorgen, daß die reaktionäre Majorität verschwinden muß. Das nunmehr verkündete Resultat ergab die Wahl von 24 Delegierten.

In der Versammlung der 9. Abteilung im Cösliner Hof referierte Genosse Hintze. Derselbe führte aus, daß der Etat der Stadt Berlin in Einnahme und Ausgabe auf 270 Millionen balanziere und somit die Tätigkeit der Stadtverordneten eine immerhin erhebliche sei. Er kritisierte die Stellungnahme der freisinnigen Mehrheit im roten Hause, die für eine wirkliche soziale Fürsorge nach keiner Richtung hin etwas übrig habe; dies zeige sich namentlich beim Armenetat in der durchaus ungenügenden Festsetzung der Beträge für Almosenempfänger und der Pflegegeldsätze für Kinder, des weiteren in der Verweigerung der Mittel für Entsendung von Lungenkranken in Heilstätten. Ferner wies der Redner auf die ungenügende Bezahlung der im Dienste der Stadt beschäftigten Arbeiter hin, sowie auf die Zustände unserer Krankenhäuser, auf die notorische Schulnot, welche der Kommunal-Freisinn verschuldet, und schloß unter dem Beifall der Versammelten mit der Aufforderung, für die Wahl sozialdemokratischer Vertreter im roten Hause mehr wie bisher tätig zu sein. Genosse Bringmann äußerte sich im Sinne des Referenten. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Arbeiter-Sängerbund. Aus der letzten Ausschußsitzung ist mitzuteilen, daß die Vereine, welche sich am Provinzial-Sängerfest in Brandenburg (Havel) zu beteiligen gedenken, ihre diesbezüglichen Meldungen mit der Angabe, ob die Vereine des Abends oder des Morgens zu fahren gedenken, an Sangesbruder Bartel, Berlin N., Brunnenstraße 95, schnellstens zu übermitteln haben. Gesungen werden in Brandenburg folgende Lieder: „Festgesang" (Kurz), „Mutterherz" (Handwerg), „Dem Lenz entgegen", „Nun leb' wohl du kleine Gasse", „Frühlingsstürme", „Marseillaise". — Bezüglich des Sängerfestes in Weißensee beschließt der Ausschuß außer dem Gesamtchor auch einzelne kleinere Chöre, zusammengesetzt aus Vereinen, die denselben Dirigenten haben, zur Mitwirkung zuzulassen und sind die dementsprechenden Meldungen in der nächsten Ausschußsitzung mit Angabe von je zwei Liedern dem Vorstand zur Kenntnis zu bringen. Der Gesamtchor singt folgende Lieder: „Nicht verzagt", „Sturm", „Arbeitsmann", „Marseillaise", „Untreue"; letzteres Lied wird den Vereinen demnächst zugestellt werden. — Der Ausschuß macht wiederholt darauf aufmerksam, daß er an dem Beschluß: „Bundesvereine dürfen mit den dem Arbeiter-Sängerbunde nicht angehörenden Vereinen nicht zusammen singen", unbedingt festhält und haben die dem entgegenhandelnden Vereine die Konsequenzen zu tragen. — Eine längere Aussprache zeitigte die vor kurzem von privater Seite gegründete „Chorführer-Schule" resp. die von dem Leiter derselben arrangierten „Prüfungs"-Konzerte. Hierbei wurde verschiedentlich mißfällig auf das Geschäftsmäßige dieses Unternehmens hingewiesen und der Wunsch geäußert, sich demgegenüber reservierter zu verhalten. — Vereinigt haben sich die Vereine „Waldkapelle", „Bleibtreu" und „Urban" zu einem Verein, der den Namen „Union" führt. Ebenso die Vereine „Frohsinn II" und „Freiheit II" (Adlershof), diese führen jetzt den Namen „Frohsinn II" (Adlershof).

Aus der Frauenbewegung.

Die Einführung des kommunalen Frauenwahlrechts in Dänemark scheint nun sicher bevorzustehen. Zwar wird die allgemeine Reform des kommunalen Wahlrechts, die u. a. den Frauen das Wahlrecht bringen soll, in dieser Session des Reichstags nicht mehr zustande kommen, doch haben die reaktionären Parteien des Landsthings ihren Widerstand gegen das Frauen- und Dienstbotenwahlrecht aufgegeben. Nur ein Landsthingsmann, der achtzigjährige frühere Minister Estrup kämpft noch immer dagegen an.

Daß die kommunale Wahlrechtsreform in diesem Punkt soweit gediehen ist, das ist nicht das Verdienst der Regierungspartei und ihrer Minister. Der Minister war bereit, sich mit Erwägungen über das Frauen- und Dienstbotenwahlrecht zu begnügen. Als die Sozialdemokraten dagegen protestierten, wurde ihnen vorgeworfen, sie wollten nur der ganzen Wahlrechtsreform Hindernisse bereiten. Nun zeigt es sich, daß das prinzipientreue Festhalten unserer Genossen an der Forderung des Frauen- und Dienstbotenwahlrechts doch zum Erfolge führt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf-Ost. Mittwoch, den 3. April, 8½ Uhr, bei Gründer, Hoppestraße 24, Vortrag des Fräulein Regina Krauß über: „Die Frau im Erwerbsleben".

Eingegangene Druckschriften.

Berger. Sozialhygienischer Rückblick und Ausblick 1907. B. Konegens Verlag, Leipzig.

Jahresbericht des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftskartells für Bielefeld und Umgegend 1906. 48 Seiten. Selbstverlag.

Uneheliche Mütter. Von Dr. med. Max Marcuse. („Großstadt-Dokumente".) Preis 1 M. Verlag von Hermann Seemann Nachfolger, Berlin NW. 87.

Die entblößte Schande der gelben Gewerkschaft im Bäckergewerbe und ihrer Väter und Ammen aus dem Innungslager von Karl Heyschold. 100 Seiten. Verlag: O. Allmann, Hamburg, Besenbinderhof 57.

Werde Gesund! Zeitschrift für Volksgesundheitspflege. Herausgeber: Dr. med. G. Liebe. 3. Heft. Monatlich ein Heft. Vierteljährlich 75 Pf. Verlag: Th. Krische in Erlangen.

Karl Bleibtreu: Preußen gegen Europa, Friedrich der Große 1757. 3,50 M. Verlag von Georg Stilke, Berlin NW. 7.

Christus, seine Person und seine Lehre. Von Ernst Oswald Uhlmann sen. Verlag: Ernst Uhlmann, Dresden, Bettinerstraße 35. Preis 1 Mark.

Generalvertreter für Berlin:
Alfred Hirsch, W. 30, Augsburgerstr. 1.
Telephon Amt VI, No. 5737.

Achtung! Achtung!
Maurer! Zimmerer! Bauhülfsarbeiter!

Den Mitgliedern der hier angezogenen Organisationen zur Kenntnis, daß auf Grund gegenseitiger schriftlicher Vereinbarung zwischen dem Verband der Baugeschäfte einerseits und obigen Organisationen andererseits der bisherige Tarifvertrag über den 1. April 1907 hinaus solange in Gültigkeit bleibt, bis entweder die Verhandlungen zum definitiven Abschluß eines neuen Tarifvertrages geführt haben, oder bis die Verhandlungen von einer der Parteien schriftlich für abgebrochen erklärt worden sind.

Wir ersuchen die Mitglieder, streng nach den bisher geltenden tariflichen Bestimmungen zu handeln. 254/9

Zentralverband der Maurer. Z. A.: **Emil Thöns.**
Zentralverband der Zimmerer. Z. A.: **W. Witt.**
Zentralverband der baugewerbl. Hülfsarbeiter. Z. A.: **W. Kribow.**
Verein der Zimmerer Berlins u. Umgegend. Z. A.: **A. Juppenlatz.**

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser treues Mitglied, die Kartonarbeiterin

Berta Radnick
geb. Bielicke

am 26. März verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Karfreitag, den 29. d. Mts., nachmittags 1/2 1 Uhr, auf dem Friedhof der Bartholomäus-Gemeinde in Weißensee, Falkenbergerstraße, statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
23/8 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Friedrich Schulz
(Memelerstraße 68)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Wilhelmsberg aus statt.
243/13 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Otto Kirchhoff

am Dienstag, den 26. März, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 30. März, nachmittags 2 1/4 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
83/17 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeigen.

Am 24. d. M. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

Bruno Meusel,
Rostockerstr. 42.

Am 26. d. M. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

Max Müller,
Prenzlauer Allee 40.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung des Genossen Meusel findet heute, Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Lichtenberger Friedhofes aus statt.

Die Beerdigung des Genossen Müller findet heute, Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes in Weißensee aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse Pankow.

Montag, den 8. April 1907, im Restaurant **Roczycky** zu Pankow, Kreuz-Straße 3—4:

Allgemeine Versammlung.

Tages-Ordnung:
Wahl der Delegierten für die Periode 1907/09 (§ 51 des Statuts).
a) 100 Kassenmitglieder,
b) 50 Arbeitgeber.

Die Wahl findet getrennt für Kassenmitglieder und Arbeitgeber und zwar:
für die Kassenmitglieder von 7 bis 10 Uhr abends und
für die Arbeitgeber von 9 bis 10 Uhr abends
statt.

Zu dieser Versammlung werden sämtliche Kassenmitglieder und Arbeitgeber, soweit dieselben großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, eingeladen. Die Kassenmitglieder haben sich durch Vorlegung ihres vom Arbeitgeber abgestempelten Quittungsbuches, die Arbeitgeber, soweit sie nicht persönlich bekannt, durch Vorlegung der letzten Beitragsnota zu legitimieren.

Pankow, den 25. März 1907.
Der Vorstand 271/17
der Orts-Krankenkasse Pankow.
Hoffrichter, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. **Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3.** **Hauptbureau:** Hof III. Amt 3, 1987.

Dienstag, den 2. April (3. Osterfeiertag), vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Drahtarbeiter Berlins u. Umgegend
in **Graumanns Festsälen,** Naunynstr. 27.

Tages-Ordnung:
1. **Beschlußfassung über unsere weitere Stellungnahme.**
Referent: Kollege **Handke.**
2. Diskussion.

Da mit dem 1. April unser bisheriger Tarif abläuft, so müssen wir uns über unser weiteres Verhalten schlüssig werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Drahtarbeiters, nach der Versammlung zu kommen. Ob alt oder jung, keiner darf fehlen.
115/19 **Die Ortsverwaltung.**

Stukkateure.

Gestern früh 10 3/4 Uhr verschied nach längerem Leiden unser Kollege

Julius Pfeifer
im 67. Lebensjahre. 173/13

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 1. Osterfeiertag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Pius-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen, Berlinerstraße 31/32, aus statt.

Um zahlreiche Teilnahme ersucht
Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin des Zentral-Verbandes der Stukkateure.

Den früheren Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege

Max Müller

am Dienstag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Karfreitag, nachmittags 4 1/2 Uhr vom Georgenkirchhof in Weißensee, Röllestraße aus statt.

Die Kollegen und Kolleginnen der Piano-Mechanikfabrik H. Beetz.

Verein der Droschkenführer
Berlins und Umgegend.
Mitgliedschaft IV des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Ernst Schultze

am Montag, den 25. März verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung desselben findet heute, Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee aus statt. 71/3

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg u. Berlin
(E. H.-K. 115.)

Sonntag, den 7. April 1907, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Hrn. Obst (Tunnel), Meiningerstr. 8:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Statutenberatung. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht 288/12*
Der Vorstand.

Verband der Isolierer u. Steinholzleger
Berlins und Umgegend.

Abteilung I: **Isolierer.**

Freitag, den 29. März (Karfreitag), nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15:

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 288/17
1. Wie stellen sich die Kollegen zur Siebenten Konferenz der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands? Wahl der Delegierten.
2. Wie verhalten sich die Kollegen den Unternehmern gegenüber betreffs unseres Arbeitsnachweises?
3. Verbandsangelegenheiten.

Der hochwichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gastwirts

Bernhard Jarosch

sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises sowie dem Verbande der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands meinen herzlichen Dank.

25115 **Emilie Jarosch.**

Danksagung.

Für die innige Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters, des Zimmerers

Rudolf Behm

sagen wir allen Verbandsgenossen und Arbeitskollegen sowie allen Bekannten unseren tiefgefühltesten Dank. 2491b
Witwe Behm und Sohn.

Verein der Droschkenführer
Berlins und Umgegend.
Mitgliedschaft IV des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Wilhelm Eckloff

am Montag, den 25. März d. J., verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung desselben findet heute, Freitagnachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
71/4 **Die Ortsverwaltung IV.**

Tischler-Verein zu Berlin.
(E. H. 89.)

Sonnabend, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Vereinsangelegenheiten. **Der Vorstand.**

Sonntag, 31. März (1. Osterfeiertag), in **Kliems Festsälen,** Hasenheide 13/15:

Familien-Unterhaltungsabend.
Konzert, Theater, Ball. Anfang 6 Uhr.

Billetts à 30 Pf. bei den Herren Lippke, Solmsstr. 39, Ide, Brangelstraße 94, Kühn, Gräfestr. 70, und allen Vorstandsmitgliedern zu haben.

Um rege Beteiligung ersucht (198/8) **D. O.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes

Franz Wieland

sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen vom Zithrhern **Erpel,** dem Rauchklub „Osten I", dem Verein deutscher Kutscher und dem Verein Berliner Droschkenführer meinen aufrichtigen und herzlichen Dank.

Wwe. Pauline Wieland
43872 geb. **Seidel.**

Hierdurch erfüllen wir die traurige Pflicht, das heute morgen nach schwerem Todeskampf im 77. Lebensjahre erfolgte Hinscheiden unseres unvergeßlichen Vaters, Großvaters und Schwiegervaters, des Webermeisters und Fachschullehrers 2523b

Hermann Wolff

mit der Bitte um stille Teilnahme anzuzeigen.

Berlin, Lindenstraße 84, den 27. März 1907.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 30. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee aus statt.

„Segler-Schloß" — Hankels Ablage.

Bahnstation **Zeuthen.** Besitzer: **W. Heinrich.**

Zur bevorstehenden Sommersaison halte ich mich werten Vereinen, Fabriken, Schulen usw. bei Zusicherung aufmerksamster Bedienung bestens empfohlen. — **3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badeanstalt. — Boote und Beinstigungen aller Art.**

29072* Hochachtungsvoll **W. Heinrich.**

Jeder Herr!!
ist verpflichtet, mein Angebot zu prüfen!

S. Littmann
Zentrale für Herren- u. Knaben-Moden

nur No. 2 Oranienstraße nur No. 2
nahe Station Hochbahn Oranienstraße.

Kein Kaufzwang. Kein Kaufzwang.

Ich offeriere:

Feine Sommer-Paletots	von Mk.	11,50 an
Elegante Herren-Anzüge	„ „	10,50 „
Feine Herren-Anzüge	„ „	12,00 „
Solide 1- und 2reihige Herren-Anzüge	„ „	14,50 „
Elegante Kammgarn-Anzüge	„ „	16,50 „
Hochfeine Rock-Anzüge, 1- u. 2reihig	„ „	22,50 „
Hochfeine Einsegnungs-Anzüge	„ „	10,75 „
Elegante Stoff-Jacketts	„ „	5,50 „
Feine Burschen-Anzüge	„ „	5,75 „
Elegante Herren-Stoffhosen	„ „	2,50 „
Schöne Knaben-Anzüge für jedes Alter	„ „	3,50 „
Elegante Radfahr-Anzüge	„ „	12,50 „

Anzüge sowie Paletots für extra korpulente Herren in großer Auswahl vorrätig von 18,50 Mk. an.

Dieses Inserat wird beim Einkauf von 10 M. für 50 Pfg. in Zahlung genommen.

Bestellungen nach Maß sowie **Reparaturen** werden **sauber** und **billig** ausgeführt.

Prinzip: Großer Umsatz — Kleiner Nutzen.

S. Littmann, Zentrale für Herren- und Knaben-Moden
nur No. 2 Oranienstraße nur No. 2.
Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten!

Diese Woche
verkaufen wir soweit Vorrat, daher seltenste Gelegenheit für Herren jeden Standes, zu Preisen wie solche **enorm**
billig
aus feinsten Massstoffen gefertigte letzter Saison, zurückgesetzte, moderne hochvornehme Herren-
Anzüge Paletots
deren sonstiger Massprei 40—70 M. ist, jetzt 18—38 M.
Gehrockanzüge, Hosen, Regenmäntel spottbillig.
Täglich, Sonntag geöffnet.
Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1 Treppe.*

Lichtenrade 20 Pf.-Tour!
R 20 M. verkauft Eigentümer **Paris,** Berlin, Graunstr. 27, Ecke Gleimstr. Auch bei monatl. Raten von 40—50 M.

Oster-Rabatt 5 Proz. extra!

Großer Oster-Serien-Verkauf!!
zu nie dagewesenen billigen Preisen, weit mehr als die Hälfte unter regulärem Wert
in **neuester, modernst schickster,** einfach b. eleg. **Damenkonfektion.**

Sehr reichhaltige Auswahl, herrliche Piecen, wahre Prachtstücke für alle, auch allerstärkste Figuren.
Orig. Modelle, Reisemuster und Cop. in Frauenmänteln, Kostümen, Jacketts, Röcken, Blusen, Lift Bojs, Einsegnungskleidern etc. in feinster Ausführung, besten Stoffen und Zutaten.

Tailor made Abteilung.

Bitte die verehrlichen Damen, meine Auslagen über neueste Moden bei außergewöhnlich billigen Preisen zu besichtigen. Es lohnt sich diese kleine Mühe durch bedeutende Geldersparnis.
Ich lege Wert auf
großen Umsatz — kleinen Nutzen.

Serie:	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
früher bis	M. 30	M. 45	M. 60	M. 75	M. 100	M. 150	M. 200	M. 250
jetzt:	M. 12.50	M. 20	M. 27.50	M. 35	M. 47.50	M. 70	M. 90	M. 115

Großer Posten in **Uebergangsmänteln jetzt 7-20 M.** früher 20-50 M.

Große Trauer-Abteilung.

Engroshaus Westmann, 1. Geschäft: **W., Mohrenstr. 37a,** an den Kolonnaden. 2. Geschäft: O., **Gr. Frankfurterstr. 115,** a. d. Andreasstr.

2. Feiertag geöffnet 8—10 und 12—2 Uhr.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Werkmeisters

Hans Ohström

sagen wir allen Teilnehmern unseren innigsten Dank. 2517b
Ober-Schöneweide.
Die trauernde Witwe Franziska Ohström.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Opfer des Bergbaues.

Massenimport fremdländischer Arbeiter.

Mit unheimlicher Schnelle wachsen die Unfallzahlen an. Und hervorragenden Anteil an dieser Höherentwickelung hat der Bergbau. Es wurden z. B. Unfälle gemeldet in der Sektion II (Bochum) der Knappschaftsberufsgenossenschaft:

1885/86	7 885	1893	15 726	1900	28 020
1887	8 476	1894	16 205	1901	33 526
1888	9 062	1895	16 814	1902	33 633
1889	9 361	1896	18 156	1903	37 026
1890	10 885	1897	19 702	1904	40 355
1891	13 632	1898	20 950	1905	41 096
1892	13 896	1899	23 964	1906	44 267

Auf annähernd **eine halbe Million** beläuft sich demnach die Zahl der Unfallverletzten allein im rheinisch-westfälischen Bergbau. Allerdings ist im Laufe der Jahre auch die Belegschaft gewachsen, aber nicht in derselben Progression wie die Zahl der Unfälle. Es ergeben sich nämlich Unfälle pro 1000 Versicherte, rund 76 im Jahre 1885/86, 108 im Jahre 1895 und 166 im Jahre 1906. Das ist ohne Zweifel ein erschrecklich starkes Anwachsen der Unfälle. Die Ursachen dafür haben wir des öfteren auseinandergesetzt. Aber anscheinend sieht die Regierung so sehr unter der Botmäßigkeit der Kohlenmagnaten, daß die erschütternden Katastrophen ebensowenig wie die unheimliche Zunahme der Unfälle sei dazu bewegen kann, zum Schutze der Bergarbeiter energische Maßnahmen zu ergreifen. Und die Gefahren im Bergbau erhöhen sich außer aus technischen Gründen auch aus dem Grunde, daß fortgesetzt große Scharen aus der Ferne herangeholter Neulinge eingestellt werden, die nicht nur der Kenntnis der deutschen Sprache ermangeln, sondern auch von den besonderen Gefahren der Bergarbeit keine blasse Ahnung haben und darum leicht durch Unkenntnis Unglücksfälle für sich und dritte herbeiführen können. Die größte Sicherung auch gegen diese Gefahr böte die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren. Die Einführung dieser von den Arbeitern schon so lange geforderte Einrichtung hat der Ressortminister aber noch kürzlich, anläßlich der Interpellation über das Reden-Unglück schroff abgelehnt. Die Frage der Betriebssicherheit auf den Gruben bekommt erhöhte Bedeutung durch den in letzter Zeit wieder besonders stark forcierten Import fremdländischer Arbeiter. Mit dieser Angelegenheit wird sich nach Ostern in einer besonderen Sitzung die

Siebenerkommission

beschäftigen. Die Wichtigkeit dieser Frage ergibt sich schon aus folgenden Zahlen. Es wurden in Preußen gezählt:

Reichsausländer überhaupt		davon in Rheinland und Westfalen	
1895	1905	1895	1905
205 818	524 874	69 759	208 915

In dem Jahrzehnt betrug die Zunahme in Preußen **155 Prozent**, in Rheinland und Westfalen **200 Prozent**. Außerdem stellt der Osten durch Einwanderung nach Rheinland-Westfalen ein starkes Kontingent der mit der deutschen Sprache nur mangelhaft Vertrauten. Es wurden zum Beispiel bei der Zählung im Jahre 1900 ermittelt, daß von je 100 der ortsansässigen Bevölkerung in Rheinland und Westfalen rund zehn Personen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen oder Schlesien geboren waren. Seit dieser Zeit hat die Zahl der fremden Arbeiter noch bedeutend zugenommen.

Anträge zur Beseitigung der furchtbaren Opfer des Bergbaues, deren jährliche Mehrung eine nationale Schmach bedeutet, sind seit Jahrzehnten, auch in dieser Session, von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage gestellt. Schuldig, mitschuldig an dem Tode und der Verstümmelung so vieler Tausender Bergarbeiter sind die bürgerlichen Parteien und ihre Lobredner, welche diesen Anträgen nicht zugestimmt haben, aber tagaus tagein heuchlerisch behaupten „positive Arbeit“ werde von der sozialdemokratischen Seite nicht geleistet.

Gerichts-Zeitung.

Keine beharrliche Arbeitsverweigerung.

Der Maler Nagel war von Kryza u. Comp. während des Laufes der Kündigungsfrist entlassen worden, weil er nach Annahme der Beklagten nicht genug leistete und man der Meinung war, er mache es sich absichtlich bequem. N. klagte auf Zahlung einer Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung vor Ablauf der Kündigungsfrist. — Nach dem Ergebnis der Beweiserhebung kam die Kammer 8 des Berliner Gewerbegerichts zu der Auffassung, daß der Kläger sich allerdings in unangemessener Weise bei der Arbeit habe gehen lassen, daß aber keiner der im § 123 der Gewerbe-Ordnung aufgeführten Entlassungsgründe vorliege. Hier würde nur in Betracht kommen der Grund einer „beharrlichen Verweigerung der Arbeit“. Eine solche könnte darin gefunden werden, wenn jemand mit Absicht erheblich langsamer als nötig auch dann noch arbeite, nachdem er in ernsthafter Weise wiederholt angetrieben worden sei. Dafür fehle hier indessen der Nachweis. Ein einmaliges Aufmuntern genüge nicht.

Haftet der Wagenführer stets wegen schnellen Fahrens?

Ueber diese Frage hat sich das Kammergericht zu Berlin infolge eines Rechtsstreits des Schriftstellers G. gegen den Dr. R. eingehender ausgelassen. Beide fuhren in dem Fuhrwerk des R., das auch von diesem gelenkt wurde, am 24. Juli 1903 gegen 8 Uhr abends von Hundekehle bei Berlin über den Kurfürstendamm nach der Corneliusbrücke. Auf der Brücke kam das Pferd des R. zu Fall und wurde G. infolge des Ruckes aus dem Wagen geschleudert, wobei er sich erhebliche Verletzungen zuzog. G. klagte nun gegen den R. auf Schadenersatz, weil dieser an der fraglichen Stelle, wo die Straße etwas ansteige und eine Kurve mache, viel zu schnell gefahren sei und das Pferd in losem Zügel habe laufen lassen.

Das Landgericht I zu Berlin veranstaltete eine umfangreiche Beweisaufnahme und kam hiernach zu der Ueberzeugung, daß der Beklagte nicht mit übermäßiger Schnelligkeit gefahren sei. Das Fahren mit losem Zügel hatte der Beklagte unter Eid in Abrede gestellt. Er gibt zu, in schlankem Trabe gefahren zu sein, will aber die Zügel fest in der Hand gehabt haben. Auch habe Kläger, der Sachverständiger sei, das Fahren nicht gerügt, und sei mit der Fahrt, die ohne jede Vergütung stattfand, einverstanden gewesen. Das Landgericht kam infolgedessen zur **Abweisung des Klägers**.

Letzterer hatte gegen dieses Urteil **Berufung** eingelegt und einen Falscheid des Beklagten behauptet, sowie dafür Sachverständigenbeweis angeboten, daß ein Pferd, das fest im Zügel gehalten werde, gar nicht fallen könne. Das **Kammergericht zu Berlin** lehnte die weiteren Beweisanerbieten ab und erkannte auf **Zurückweisung der Berufung**. In seinen Entscheidungsgründen führt das Berufungsgericht unter anderem aus: „Ueber die Schnelligkeit, in der Privatfuhrwerke in den Straßen Berlins sich bewegen dürfen, sind bestimmte Vorschriften in den geltenden Polizeiverordnungen nicht enthalten. Daraus folgt aber nicht, daß ein Privatfuhrwerk in jedem beliebig starken Tempo fahren darf. Der Grad der Schnelligkeit muß sich regeln nach der Breite und Belebtheit des Weges, nach dem Umstand, ob die Strecke, die durchfahren wird, von vielen und belebten Straßenzügen durchschnitten wird, ob der Weg, der zu durchfahren ist, gerade und übersichtlich ist, ob er genügend beleuchtet ist. Der Führer hat stets im Auge zu behalten, daß die Straße und auch der Fahrweg nicht für ihn allein da sind, daß andere Fuhrwerke und Passanten seinen Weg kreuzen und ihm entgegenkommen können; **er muß die Schnelligkeit seines Fuhrwerks derart einrichten, daß er es in einer so geringen Entfernung anzuhalten vermag, als nach vernünftigem Ermessen ein unerwartetes Hindernis ihm in den Weg treten kann.**“ Das Kammergericht stellt nun nach der Beweisaufnahme fest, daß man an der fraglichen Stelle den Kurfürstendamm und noch eine größere Strecke gut übersehen und sich nähernde Fuhrwerke und Personen erkennen kann. Es kommt dann wie das Landgericht zu der nämlichen Ueberzeugung, daß ein zu schnelles Fahren des Beklagten, das eine Verletzung des § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs rechtfertige, nicht vorliege, und daß nach der Sachkenntnis des erkennenden Senats ein Fahren im Trab bei für kurze Strecken gering aufsteigendem Terrain als ein durchaus zulässiges erachtet werden müsse.

Gegen dieses Urteil legte der Kläger vergeblich **Revision** beim **Reichsgericht** ein. Der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte auf **Zurückweisung der Revision**. Damit hat das Reichsgericht anerkannt, daß es keineswegs den formalen Rechtsstandpunkt festhält, nach dem der Tierhalter auch in solchen Fällen wie dem vorliegenden, in dem zwischen dem Geschädigten und dem Tierhalter ein solches Vertragsverhältnis vorliegt, für alle Schäden haftet. Bekanntlich hatten die Agrarier die früher strenge Praxis des Reichsgerichts zum Ausgang einer lebhaften Agitation für eine Beseitigung der Haftung des Tierhalters gemacht und die Reichsregierung zur Vorlegung eines auf Aenderung des § 835 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gerichteten Gesetzentwurfs veranlaßt. Der Gesetzentwurf fiel durch die Auflösung des Reichstags und ist von konservativer Seite als Initiativantrag wieder eingebracht.

Ungültige Polizeiverordnung über das Kegelschieben nach 11 Uhr abends.

Für Bonn ist (wie auch für andere Städte) durch Polizeiverordnung bestimmt, daß nach 11 Uhr abends und vor 8 Uhr früh **nicht gekegelt** werden darf. Die Gastwirte macht die Verordnung auch für den Fall haftbar, wenn sie verbotswidriges Kegeln nur geduldet haben. Der Gastwirt Bastian sollte die Verordnung übertreten haben. Er wurde vom **Landgericht Bonn** in zweiter Instanz auf Grund der Verordnung verurteilt. Bastian legte **Revision** ein und bestritt die Gültigkeit der Verordnung. Der **Oberstaatsanwalt** am Kammergericht trat für ihre Gültigkeit ein, indem er sich auf § 6e des Polizeiverwaltungsgesetzes berief. **Das Kammergericht hob jedoch das landgerichtliche Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.** Es erklärte jene Polizeivorschrift für **ungültig** und ging dabei von folgenden Erwägungen aus: Auf Grund des § 6 zu a und c bis i und des § 12 des Polizeiverwaltungsgesetzes könnten Polizeivorschriften nur innerhalb der Grenzen des § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechtes erlassen werden, also „zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahren“. „Erhaltung der Ruhe“ bedeute hier **nicht** etwa Schutz des Publikums gegen störende Geräusche, sondern Verhütung von Unruhen, wie auch das Oberverwaltungsgericht ausgesprochen habe. — Gewiß könne durch nächtliches Kegelschieben auch das Wohlbefinden der Nachbarn geschädigt werden, indem sie in der nächtlichen Ruhe gestört würden. Gleichwohl könne **nicht eine Polizeiverordnung** gegen den Lärm einschreiten, weil die Strafbarkeit der Belästigung des Publikums **durch Erregung von Lärm durch § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuches erschöpfend geregelt sei**, soweit nicht reichsgesetzlich andere Vorschriften gegeben oder zugelassen seien. Für die Polizeiverordnung sei deshalb neben dem § 360 Nr. 11 des Reichs-Strafgesetzbuches **kein** Raum. Sie wäre somit ungültig. Aus dieser Entscheidung sei nun aber **nicht** der Schluß zu ziehen, daß nun die ganze Nacht gekegelt werden dürfe. Es könne jeder einzelne Kegler auf Grund des § 360 Ziffer 11 des Reichs-Strafgesetzbuches bestraft werden, wenn festgestellt würde, daß er „ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt“. Daß solch Lärm hier vorgekommen sei, wäre nicht festgestellt, so daß ohne Rückverweisung sogleich auf Freisprechung des Angeklagten erkannt werden könne. —

Hinzuzufügen wäre noch, daß das Oberverwaltungsgericht **einzelne** polizeiliche **Verfügungen** für **konkrete Fälle** (nicht zu verwechseln mit Polizei**verordnungen**) dann für **zulässig** erachtet hat, wenn sie durch Gebote oder Verbote die Beseitigung von solchen Geräuschen erstrebten, durch welche dem Publikum auf Kosten seines Wohlbefindens die Nachtruhe in so erheblichem Maße entzogen würde, daß eine Gesundheitsgefahr sich feststellen ließ.

Ein Selbstmordversuch im Kriminalgerichtsgebäude

erregte gestern vormittag daselbst gewaltige Aufregung. Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Berlin III hatte sich der Arbeiter **Josef Scharf** wegen Diebstahls im Rückfalle zu verantworten. Der Angeklagte, ein in den besten Jahren stehender verheirateter Mann, war in einer technischen Fabrik in der Müllerstraße beschäftigt und hatte sich einige **Kupferabfälle** von nicht sehr bedeutendem Werte angeeignet und in einem Behältnis angesammelt. Dort sind sie von einem Expedienten gefunden worden. Sch. wurde aus der Arbeit entlassen und die Anklage wegen Diebstahls gegen ihn erhoben. Nach Lage der Sache war die Verurteilung des Angeklagten gegeben und da der Angeklagte schon vorbestraft ist, war das **ihm** drohende **Mindest-Strafmaß 3 Monate Gefängnis**. Als sich der Gerichtshof nach dem Strafantrage des Staatsanwaltes zur Beratung zurückgezogen hatte, nahm der Angeklagte unbemerkt eine Flasche aus der Tasche. In dem Augenblicke, als der Vorsitzende das auf **4 Monate Gefängnis lautende Urteil** verkündete, setzte der Angeklagte die Flasche an den Mund und trank den Inhalt, der aus starkem Lysol bestand, aus. Der Unglückliche sank gleich darauf zusammen. Er wurde in den Warteraum getragen. Dort bemühten sich schleunigst herbeigeholte Aerzte um den besinnungslos auf der Bank liegende Mann. Es wurden Magenausspülungen vorgenommen. Der Lebensmüde wurde in ziemlich hoffnungslosem Zustande mittels eines Krankenwagens nach dem Krankenhause Moabit übergeführt. Die Sitzung der Strafkammer wurde wegen des Lysolgeruches nach einem anderen Saale verlegt.

Daß die Entwendung fast wertloser Abfälle als Diebstahl mit Gefängnis bedacht ist, zeigt von der Ueberspannung des Eigentumsschutzes im Strafgesetz. Grausam geradezu ist die Festsetzung einer Mindeststrafe von drei Monaten für derartige Entwendungen im Rückfalle. Selbst der eingefleischteste Fanatiker für Bestrafung wegen Diebstahls wird zugeben, daß die Schädigung in keinem Verhältnis zu der Strafhöhe steht. Den Anzeigern solcher kleinen Delikte wäre zu wünschen, daß auch gegen sie in allen Fällen die volle Schwere des Gesetzes in Anwendung käme.

Engagement für die Zeit eines Ausverkaufs.

Mit einem Rechtsstreit, dessen Grundlage die Dauer eines Ausverkaufs bildete, hatte sich am Mittwoch die erste Kammer des **Kaufmannsgerichtes** zu beschäftigen. Frau Agathe B. wurde von dem Modewarenhändler A. am 30. September v. J. mit der Maßgabe als Verkäuferin engagiert, daß das Arbeitsverhältnis **für die Zeit des Ausverkaufs** währen sollte. Die Absicht des Beklagten A. war es ursprünglich gewesen, den Ausverkauf am 31. Dezember zu beschließen, er änderte aber später diesen Plan und dehnte den Ausverkauf bis zum 15. März d. J. aus. Nichtsdestoweniger wurde Frau B. am 31. Dezember v. J. entlassen. Sie erhob vor dem Kaufmannsgericht Anspruch auf Gehalt bis zum 15. März, indem sie sich auf die mit dem Beklagten getroffene Vereinbarung stützte, daß sie während der **ganzen** Dauer des Ausverkaufs beschäftigt werden würde. Demgegenüber bestritt der Beklagte, mit der Klägerin eine derartige Vereinbarung eingegangen zu sein, behauptete vielmehr, sie ausdrücklich nur bis zum 31. Dezember v. J. engagiert zu haben.

Das Kaufmannsgericht entschied sich dafür, der **Klägerin** den Eid darüber zuzuschieben, daß sie der Beklagte **nicht** vom 30 September bis 31. Dezember engagiert habe. **Leistet** sie diesen Eid, so wird der **Beklagte verurteilt**, den von der Klägerin geforderten Betrag zu zahlen. Da der Ausverkauf sich unbestritten über den 31. Dezember hinaus hinzog, so sei das Arbeitsverhältnis auch nicht mit diesem Tage als gelöst zu betrachten, es trete vielmehr ab 1. Januar mangels Vereinbarung einer anderen Kündigungsfrist die für Handlungsgehülfen geltende sechswöchige Kündigungsfrist vor dem Quartal in Kraft, gleichviel wieviel Wochen nach dem 1. Januar der Ausverkauf noch andauerte.

Fredersdorf-Petershag. □R. 7 M.
Seegefeld . . . . . „ 8 „
Hoden-Neuend., Hochwald „ 10 „
Neu-Tadowa . . . . . „ 10 „
Biesdorf, Bahnhof . . . „ 25 „
Günstigste Zahlungsbedingungen.
Nieschalke & Nitsche.
Berlin, Landsberger-Straße 66.

Ganz neu! Ganz neu!
Beste Lage, günstigste Zahlungsbedingungen! Parzellierungsterrain direkt am **Bahnhof Seegefeld**
Baustellen an regulierter u. unregulierter Straße, auch Waldgrundstücke
□Rute 8 M. an.
Verkäufe auch Sonntags u. während der Feiertage in unserem Kontor, Seegefeld, Scharnbergstr. 6 vis-a-vis dem Bahnhofsausgang. 25/9
Fredersdorf-Petershagen, Ostbahn
□Rute von 7 M. an.
Nahe Bahnhof. Auskunft im Schultheiß-Restaurant Otto Bresecke, Petershagen, und bei den Besitzern
Nieschalke & Nitsche,
Berlin, Landsbergerstr. 66.

Beermannstr. 10, 4 Minuten v. Bahnhof Treptow, sehr billige, schöne 1, 2, 3 Zimmerwohnungen. Ev. vergütete Umzug. Ebendaselbst auch ein Laden zu vermieten. 278j5*

Bären
ein kräftiger aromatischer, stets gleichmäßiger Kaffee. Original ½ Pfd. Packung zu 60, 70, 80, 90 und 100 Pf. in circa 2000 Geschäften.
Kaffee

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Englischen Unterricht,
einzeln und im Zirkel, erteilt 36372*
Gertrud Swienty,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Greift zu!
den besten 4114Z*

Monatsanzüge . . .	M. 9,50
Abonnementsanzüge	„ 13,00
Pfandleihanzüge . . .	„ 11,00
Particanzüge	„ 12,00
Gehrockanzüge	„ 14,50
Anzüge, Ersatz f. Maß	„ 20,50
Paletots	„ 9,50
Hosen	„ 2,00

Zentral-Keller, Berlin SO.,
Neanderstraße 35.
3 Min. von Stadth. Jannowitzbrücke, an der Köpenickerstraße.
— Straßenbahn-Vergütung. —

O. Heinze, Brückenstr. 6.
Räder Zubehör **besonders billig.**
Reparatur., Emaillierung, Vernickel.

Beste Bettenfüllung
sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen
Monopoldaunen
(gesetzl. geschützt) Pfund Mk. 2,85.
3—4 Pfund genügen z. gr. Oberbett.
Versand geg. Nachnahme. Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 46
Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Anton Boekers Ball-Salon
Habe noch Sonnabends und Sonntags Säle zu vergeben, auch sind Vereinszimmer in der Woche frei.
Anton Boeker, Weberstr. 17.
T.-A.: VII. Nr. 13414. 3570Z*

Muß mein Geschäft krankheitshalber vorläufig einstellen. **Jul. Michalski,** Reichenbergerstraße 166. 2492b

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Stralauerstr. 1.

Zahnärztliche Klinik
Bellealliancestr. 106 I.
Zahnziehen unentgeltl.
Bei künstlich. Zähnen, spez. Kronen- u. Brücken-Plomben 2c. werden nur die Auslagen berechnet. 3926Z*
Geöffnet 9—6, Sonntags 9—12 Uhr.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen
Berlin C., 3493Z*
30. Linien-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm u. weich am Körper

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 29. März.

Neues Schauspielhaus. Oratorium Elias. (Anfang 7½ Uhr.)
Schiller-Theater O. Oratorium Die Jahreszeiten. (Anf. 8 Uhr.)
Die übrigen Theater bleiben geschlossen.

Sonnabend, den 30. März.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Sinfonie-Konzert.
Kgl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Deutsches. Der Gott der Rache.
Kammerspiele. Komödie der Liebe.
Lessing. Die Stützen der Gesellschaft.
Neues Schauspielhaus. Faust. (Anfang 7 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Berliner. Der Hund von Baskerville.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Jugend.
Schiller-Theater Charlottenburg. Narrenglanz.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) Jugend.
Komische Oper. Tosca.
Lorping. Der Freischütz.
Zentral. Die Glocken von Corneville.
Westen. Die lustige Witwe. Nachmittags 3 Uhr: Die Zauberflöte.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Neues. Vorbestraft.
Residenz. Denise.
Lustspielhaus. Hal ower. — Eine Abrechnung.
Deutsch-Amerikanisches. Nitouche.
Thalia. Nachtasyl.
Luisen. Der Trompeter von Säkkingen.
Trianon. Das Ende der Liebe.
Bernhard Rose. Geschlossen.
Metropol. Der G'wissenswurm.
Gebr. Herrnfeld. Hausierer Jockele. Die letzte Ehre.
Wintergarten. Charlotte Wiehe. Spezialitäten.
Apollo. Das blaue Bild. Elfentücke. Spezialitäten.
Kasino. Nick Carter. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Eine Nacht in der Apotheke. Im Inspektionszimmer.
Prater-Theater. Geschlossen.
Palast. Geschlossen.
Figaro. Geschlossen.
Passage. Mal was Anderes. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Intimes. Geschlossen.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. 4 Uhr: Am Golf von Neapel. Abends 8 Uhr: Die Feuergewalten der Erde.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend, Sonntag:
Der Hund von Baskerville.
Anfang 8 Uhr.
Montag: „Sherlock Holmes".

Neues Schauspielhaus
Freitag, den 29. März:
Oratorium Elias.
Sonnabend:
Faust. I. Teil.
Anfang 7 Uhr.

Neues Theater.
Sonnabend:
Vorbestraft.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: Vorbestraft.
Montag: Meißner Porzellan.

Kleines Theater.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend, den 30. März:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr:
Sonntag (1. Osterfeiertag) nachmittags 3 Uhr: Nachtasyl. Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

Lortzing-Theater
Belleallianceatr. 7/8.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend:
Der Freischütz.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Regimentstochter. Abends 7½ Uhr: Der Wildschütz.

Lustspielhaus.
Freitag:
Geschlossen.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Heute und morgen:
Geschlossen.
1. Osterfeiertag nachm. 3 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn.
2. Osterfeiertag nachm. 3 Uhr: Das Geheimnis der alten Mamsell.
3. Osterfeiertag nachmittag 3 Uhr: Sherlock Holmes. Abends: Die Jüdin von Toledo.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Oratoriumaufführung:
Die Jahreszeiten von Joseph Haydn.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Jugend.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag: Geschlossen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.

Ausstellungshallen
AM ZOOLOGISCHEN GARTEN.

OSTER - Sonntag - Montag

Promenaden-Konzert
unter Leitung des Kapellmeisters
EINÖDSHOFER.

Rauchen gestattet. Speisen u. Getränke an Tischen.

Eintritt für alle Plätze. **1 Mark** Billetts bei Bote u. Bock, A. Wertheim, Leipzigerstr. und an der Abendkasse.

Anfang abends 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Geschlossen.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater
Geschlossen.

Zentral-Theater.
(Operette.) Geschlossen.
Sonnabend 8 Uhr: Die Glocken von Corneville. Sonntag 3 Uhr: Der Mikado. 7½ Uhr: Wiener Blut.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Heute: Geschlossen.
Morgen abend 8 Uhr:
Der Trompeter von Säkkingen.

Residenz-Theater.
Sonnabend: **Denise.**
Anfang 8 Uhr.
Oster-Sonntag und folgende Tage:
Haben Sie nichts zu verzollen?
1. Osterfeiertag nachm.: Schlafwagenkontrolleur.
2. Osterfeiertag nachm.: Hochzeitsnacht.

Metropol-Theater
Heute: Geschlossen.
Morgen Sonnabend, den 30. März:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten von L. Anzengruber.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Ostersonntag, Ostermontag und die folgenden Tage:
Der Teufel lacht dazu.
Nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol!

Apollo Theater
Heute Karfreitag: Geschlossen.
Sonnabend:
Elfentücke. — Das blaue Bild
Spezialitäten.
An beiden Osterfeiertagen, nachmittags 3½ Uhr: Ali ben Mocca u. die Spezialitäten-Attraktionen m. d. Original-Bauern-Hunde-Theater. An beiden Osterfeiertagen abends 9¼:
Der Triumph des Weibes.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Gesamtgastspiel Theater des Westens.
Heute Karfreitag: Geschlossen.
Sonnabend, Ostersonntag u. Ostermontag abends 8 Uhr:
Mamselle Nitouche.
Sonntag nachm.: Der Bettelstudent.
Montag nachm.: Der Postillon von Lonjumeau.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Morgen abend 8 Uhr
zum vorletzten Male:
15 vorzügliche März-Spezialitäten 15

Wintergarten
Heute geschlossen.
Morgen:
Vorletzte Vorstellung von
Charlotte Wiehe
und das
März-Programm.
Großer Erfolg!

Passage-Theater.
Heute geschlossen.
Sonnabend:
Das großartige
März-Spezialitäten-Programm.
Die Theims-Troupe
und 14 erstklassige
Attraktionen.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Am 1. Ostertag: Die Ahnfrau.
Am 2. u. 3. Ostertag: Sängerin und Näherin. Volksstück v. Angely. An allen drei Feiertagen Anf. 8 Uhr. Am 2. und 3. Feiertag: Ball.

Gebr. Herrnfeld-Theater
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstraße 57.
Heute, Karfreitag: Geschlossen.
— Sonnabend: —
Hausierer Jockele
und
Die letzte Ehre.
Ostersonntag u. Ostermontag:
3½ Uhr bei halb. Kassenpreisen:
Hausierer Jockele
und
Die letzte Ehre.
8 Uhr:
Ein verrücktes Hotel.

Intimes Theater
Dresdenerstraße 97.
Heute: Geschlossen.
Morgen:
Täglich größter Erfolg!
Willi Hasses Burlesken-Ensemble:
Onkel Toni. Ein Nachtasyl.
Alles lacht.

Otto Pritzkow, Münzstr. 18,
Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien.

Der Untergang des Dampfers „Berlin".
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

---

3. Wahlkreis.
Sonntag, den 31. März (1. Oster-Feiertag)
im großen Saale von Buggenhagen (Moritzplatz):
Große Matinee
ausgeführt von den
Willi Walde-Sängern.
Anfang 12 Uhr. ××× Programm an der Kasse gratis. ××× Entree 30 Pf.
Rege Beteiligung erwartet — **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Sonntag, den 31. März 1907 (1. Oster-Feiertag):
Drei große Matineen
Sanssouci, Kottbuserstr. 4a,
Boeker, Weberstr. 17, **Elysium,** Landsberger Allee 40a.
Auftreten der Gesellschaft „Strzelewicz",
Gesangverein „Norddeutsche Schleife" und Gesangverein „Liedesfreiheit".
Konzert unter Leitung hervorragender Kapellmeister.
Eröffnung 11 Uhr. **Billet 30 Pf.** Anfang 12 Uhr.
Wir bitten die Mitglieder und deren Angehörige, sich rechtzeitig mit Billetts zu versehen, da offene Kasse nicht stattfindet. (240/10*) **Das Komitee.**

Zirkus Busch.
Heute Karfreitag:
Geschlossen.
Sonnabend, 30. März, 7½ Uhr:
Das große vollständige
Gala-Programm,
Die Original-Perez-Truppe.
Die Reiterfamilie Lecusson
usw. usw.
Um 9¼ Uhr:
Rom.
Große Orig.-Ausst.-Pantomime in 7 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
Die Todesfahrt über die zersprengte Brücke.
× **Radium Ballett.** ×
Feenhafte Licht- und Wasserspiele.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute Freitag:
Geschlossen!
Sonnabend, 30. März: Geschlossen.
Sonntag, 31. März, abends ½8 Uhr:
Letzte Aufführung des
März-Spielplans.
Montag, 1. April, abends ½8 Uhr:
Debüt des April-Programms.
Alles neue Attraktionen

Folies Caprice
Linienstr. 132, an der Friedrichstr.
Heute: Geschlossen.
Sonnabend, den 30. März cr.:
Das Debüt.
Glänzender neuer Soloteil.
Der Dorfmusikant.
Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Wertheim.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Freitag u. Sonnabend: Geschlossen.
Avis für die Osterfeiertage:
Sonntag, 7½ Uhr: Der Goldbauer.
Montag, 7½ Uhr: Jägerliebchen.
Dienstag, 8 Uhr: Der Hypochonder.
Schluß der Wintersaison.

Trianon-Theater.
Heute: Geschlossen.
Morgen:
Anfang 8 Uhr.
Fräulein Josette — meine Frau.
Nachmittag 3 Uhr:
Die Liebesschaukel.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Heute: Geschlossen.
Morgen:
Nick Carter.
Kriminalroman in 3 Akten v. Oswald.
Nick Carter, Detektiv: Hans Berg.
Vorher das bunte März-Programm.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.
Montag 4 Uhr: Ledige Leute.

Zirkus Schumann
Heute Freitag: Keine Vorstellung.
Morgen Sonnabend, den 30. März:
Fortsetzung des Finale der großen internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
um den **Goldenen Kranz von Berlin** u.
10 000 Mark in bar.
Heute ringen:
Albert Hein, Berlin, gegen
Ritzler, Württemberg.
Paul Pons, Paris, gegen
Apollon, Frankreich.
Zum 100. Male:
St. Hubertus.
Sonntag und Montag nachm. und abends: St. Hubertus. Nachm. ein Kind frei.

Brunnen-Theater
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Direktion: Bernhard Rose.
An den drei Osterfeiertagen:
Große Festvorstellungen.
Am ersten Feiertage, nachm. 3 Uhr (volkstümliche Preise):
Die beiden Galeerensklaven.
Abends 8 Uhr:
Berliner Raubvögel.
Am zweiten Feiertage, nachmittags 3 Uhr (volkstüml. Preise):
Ausgewiesen.
R. Liers . . . ? . . . Bernh. Rose.
Abends 7 Uhr:
Berliner Raubvögel.
Am dritten Feiertage, abends 8 Uhr:
Das Geheimnis der alten Mamsell.
Billettvorverkauf von 10—1 Uhr an der Theaterkasse.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gänzlich neuer Spielplan.
Ganz Berlin staunt über die stets wechselnden Künstler!!!
Neu! „Die wilde Toni". Neu!
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Nach d. Vorst., um 10 Uhr: Gr. Tanz.

Sanssouci, Kottbuser Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.

Geschlossen.
Am 1. und 2. Feiertag:
Gr. Extra-Soireen
v. Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Durchweg neues Kolossal-Programm.
3. Feiertag: Theaterabend.
Am 2. und 3. Feiertag im großen Theatersaal:
Oster-Kränzchen.

Reichshallen-Theater.
Heute: Keine Soiree.
Morgen:
Stettiner Sänger.

Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Gustav Behrens Theater

Schöneberg-Berlin, Goltzstraße 9.
Karfreitag geschlossen.
Sonnabend, den 30. März:
Ein hartes Vaterherz.
Schauspiel in 1 Akt mit Direktor Gust. Behrens in der Hauptrolle.
Vorher die grandiosen Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6½ Uhr.
Volkstümliche Preise.
An allen drei Osterfeiertagen:
Große Gala-Vorstellungen
mit neuem Programm.

Steidl-Theater und Konzerthaus

Berlin SO., Brückenstr. 2 a. d. Jannowitzbrücke.
Sonntag, den 31. März (1. Ostertag):
Gr. Eröffnungs-Fest-Soiree der Fritz Steidl-Sänger.
An allen 3 Feiertagen: Wiederholung der Fest-Soiree. Anf. 7 Uhr.
Gr. Militär-Konzert.
Im Restaurationssaal: Großes Militär-Konzert. Von 12 bis 2 Uhr Feiertags: Großes Frühschoppen-Konzert bei freiem Entree. — Vorverkauf 11—2 Uhr an der Kasse.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Freitag:
Gustav Gottschalks
Gesellschafts-Konzert
(Wunsch-Abend).

Allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich das
Garten-Restaurant von Wilh. Krüger
Johannisthal, Friedrichstr. 10,
übernommen habe.
Da für angenehmen Aufenthalt sowie für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt ist, halte ich mich allen bestens empfohlen.
Jeden Sonntag sowie am 1. u. 2. Osterfeiertag im großen Saale **Tanz** unter Leitung des Tanzlehrers Herrn Robert Grupe.
Einkehrst. d. Arb.-Radf.-B. Solidarität.
Achtungsvoll
Fr. Schulz, Gastwirt.

Bilz
Sanatorium „Schloss Lössnitz" Radebeul-Dresden. Prosp. fr.
Frühjahrs-KUREN!
Günst. Heilerf. 3 Aerzte Dr. Alfred Bilz Chefarzt Dr. Aschke Internationaler Verkehr.
Milde Lage Sächs. Nizza
Bilz Naturheilbuch ca. 1½ Mill. verk.

Männer-Gesangverein „Senefelder"

M. d. A.-S.-B. — Chormeister: E. Oslender.

Sonntag, den 31. März (1. Oster-Feiertag):

MATINEE

in **A. Freyers Festsälen** (früher Keller), Koppenstraße 29.

Mitwirkende: Herr W. Felsentreu (Rezitation), Herr G. Voigt (Fagott), Herr P. Seebeld (Klarinette).

Kassenöffnung 11 Uhr. Anfang 12 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Fritz Hoppes Fest-Säle.

Rixdorf, Hermannstr. 48-49. **Rixdorf,** Hermannstr. 48-49.

1. Oster-Feiertag:

Verm. 10 Uhr: Gesangverein **Rixdorfer Männer-Chor** (M. d. A.-S.-B.) **Frühschoppen** im großen Saal.

Nachm. 6 Uhr: Gesangverein **„Schneeglöckchen"** (M. d. A.-S.B.) **Unterhaltungsabend** i. sämtlich. Räumen.

Sangesbrüder, Freunde und Gönner sind herzlich willkommen.

2. Oster-Feiertag: / **3. Oster-Feiertag:** **Großer Ball.** Anfang 4 Uhr.

Steinebachs früher Teßnows

Volks-Garten
Hackenfelde — Spandau.

Empfehle allen Vereinen u. Gewerkschaften zu Ausflügen u. Partien mein herrlich am Wald gelegenes Lokal. Großer Saal — Schattiger Garten Kegelbahn — Ausspannung.

Am 2. u. 3. Feiertag: **Großer Ball.**

Volksmuseum

Friedrichstraße 112a nahe Oranienburger Tor.

Zirka 2000 Nummern! Belehrend! Hochinteressant! Stündlich Projektionsvorträge über: **Gerichtliche Medizin, Mord oder Selbstmord, Kindesaussetzung, die Visitkarte des Verbrechers, Knabe oder Mädchen? Tuberkulose Hautkrankheiten** ꝛc. ꝛc. 24835*

1. Abteilung für Jedermann, 2. Abteilung nur für Erwachsene.

Entree: 30 Pf., für sämtliche Räume 50 Pf. Militär 20 Pf. Kinder 10 Pf.

Für Ausflügler

empfehlen wir:

Märkisches Wanderbuch.

Mit 38 Karten . . . . . Preis 2,50 M.

Wanderbuch für die Mark Brandenburg

und angrenzende Gebiete.

Mit 53 Karten.

Erster Teil: **Nähere Umgebung Berlins** . . . . . Preis 1,50 M.

Zweiter Teil: **Weitere Umgebung Berlins, westliche Hälfte** . . . Preis 2,00 M.

Dritter Teil: **Weitere Umgebung Berlins, östliche Hälfte** . . . Preis 2,50 M.

Wanderführer mit Karten-Atlas für Oberspree und Dahme . . . . . Preis 1,00 M.

Wanderführer mit Karten-Atlas für den Grunewald . . . . . Preis 1,00 M.

Spezialkarten für alle Ausflugsorte der näheren u. weiteren Umg. Berlins im Preise von 0,50—1,50 M.

Ferner empfehlen wir:

Radfahrerkarte von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinewand gezogen, zusammenlegbar . . . . . Preis 1,75 M.

Radfahrerkarte von Brandenburg, auf Leinewand gezogen, zusammenlegbar . . . . . Preis 2,50 M.

Expedition des „Vorwärts",
Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

Verbandshaus der Gastwirtsgehülfen

Große Hamburgerstraße 18/19

Nähe Bahnhof Börse, Hackescher Markt. Tel.: III, 1474.

Gediegenes Restaurant nach bürgerlicher Art. Speise- und Billardsaal. Mehrere Vereinszimmer für 10 bis 120 Personen. Fremdenzimmer. Großer Garten. Beste Küche.

Eröffnung Anfang April 1907.

Oekonom: **Otto Träger.** 2497b

Kenner rauchen Zenith-Zigaretten

Achtung!! Armin-Hallen!!

Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Gästen, Freunden und Bekannten teilen wir ergebenst mit, daß wir am 4. April d. J. unser seit 11 Jahren innegehabtes Geschäft Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20, aufgeben. Wir sagen allen für das uns in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen und Wohlwollen unseren herzlichen Dank und bitten, es auf unser neues Unternehmen gütigst übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Gebr. Mielitz.**

Neubau der Armin-Hallen

Kommandantenstraße 58/59, neben Gebr. Herrnfeld-Theater.

Eröffnung Anfang Oktober d. J.

Wir empfehlen **Festsäle** (mit und ohne Bühne), 1150, 700, 400, 250 und 100 Personen fassend. **5 Vereinszimmer. 8 moderne Parkettkegelbahnen.** — Bestellungen erbitten

43642* **Gebr. Mielitz,** Kommandantenstr. 21, II. Fernsprecher Amt I. 6985.

Erprobt und **bewährt!**

3863L*

Spiritus-Glühlicht-

Lampen und Brenner.

Centrale für Spiritus-Verwerthung

BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 95, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!

Restaurant „Zur Mühle", Miersdorf

10 Minuten von Bahnstation Zeuthen.

Empfehle allen Freunden, Bekannten, Ausflüglern, Vereinen und Gesellschaften mein **neuerbautes Restaurant mit Garten, Saal** und **Kegelbahn.** Tel.: Amt Zeuthen Nr. 44. **Ernst Lier.**

Damen-Konfektions-Spezialhaus

Scheidemann & Cassel

Nur Kommandantenstr. 70-71

Neuheiten für die Frühjahrssaison.

Extra-Angebot für diese Woche.

Boleros u. Lift-Boy-Kostüme in Cheviot, Tuch u. engl. Stoffen, mit und ohne Seide gefüttert . 12.50-60 M.

Kostüme aus engl. Stoffen u. p. Tuch, kurze und lange Fassons, mit u. ohne Seide gefüttert, in allen Farben . 15-70 M.

Garnierte Kleider in allen neuen Farben . . . . . 25-50 M.

Frühjahrs-Jacketts gefütt., m. u. ohne Seid., neuest. Fas. 8.75-30 M.

Staubmäntel (regenfrei) in allen Farben . . . . . 4-20 M.

Engl. Paletots mit u. ohne Seidenfutter . . . . . 9.50-19.50 M.

Boleros in Wolle, Samt und Taffet . . 6-50 M.

Kostüm-Röcke in Tuch u. Satin, reich garniert . . . . . 9-38 M.

Sport-Röcke aus englischen Stoffen, neueste Fassons . . . 2.95-16 M.

Blusen in Wollbatist, Musseline u. Seide . . . . . 3-28 M.

Unsere Fabrikate sind erstklassig. ✦ Unsere Preise konkurrenzlos.

Zeugen gesucht

zum Beweis unserer Leistungsfähigkeit zu bringen, sind überflüssig

Ich empfehle **Serie IV:**

Getragene Herren-Paletots . . . . 3, 6 bis 10 Mark
Getragene Herren-Anzüge . . . . 6, 7 bis 9 Mark
Getragene Hosen . . . . . 1.50 bis 3.50 Mark

Von feinsten Herrschaften, Reisenden nur kurze Zeit gebraucht, für jede Figur.

J. Wand, Hauptgeschäft: **Chausseestr. 80a.**
Bitte genau auf die Nr. **80a** zu achten!
2. Geschäft: **Prinzen-Strasse 17.**
3. Geschäft: **Gr. Frankfurterstr. 116.**

Soeben erschien: 233/12*

Thomas More und seine Utopie.

Mit einer historischen Einleitung von **Karl Kautsky.**
Zweite durchgesehene Auflage. — Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,— M.

Wir empfehlen noch folgende Schriften von **Kautsky:**

Die Vernichtung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Zentralverbandes deutscher Industrieller . . . . . Preis 20 Pf.

Die katholische Kirche und die Sozialdemokratie . . . . . Preis 75 Pf. billige Ausgabe 30 Pf.

Die soziale Revolution. I. Sozialreform und soziale Revolution. — II. Am Tage nach der sozialen Revolution . . . . . Preis 1,50 M. billige Ausgabe 70 Pf.

Karl Marx' Oekonomische Lehren. Gemeinverständlich dargestellt und erläutert . . Preis geb. 2,— M.

Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil . . . . . Preis geb. 2,— M.

Konsumvereine u. Arbeiterbewegung. Preis 15 Pf.

Die Klassengegensätze von 1789 . . Preis 50 Pf.

Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik . . . . . Preis 2,— M. billige Ausgabe 1,— M.

Ethik u. materialistische Geschichtsauffassung. Ein Versuch . . . . . Preis geb. 1,50 M.

Expedition des „Vorwärts", Berlin SW.,
— Laden. — Lindenstraße 69. — Laden. —

Fehlt Ihnen etwas?

für die

neue Wohnung,

so gehen Sie rechtzeitig in unser Spezial-Haus. Dort finden Sie eine überraschend grosse Auswahl Neuheiten:

Teppiche, v. M. 4.50, 8, 13.50, 24, 36, 45 usw.
Gardinen, v. M. 2.10, 3.50, 5, 7.50, 9, 12 usw.
Portieren, v. M. 5, 6.75, 9, 11.50 usw.

sowie **Steppdecken, Tisch- und Diwandecken, Läufer- und Möbelstoffe** etc.

Während der Umzugs-Saison März-April zahlen wir jedem Käufer gegen Vorzeigung des Inserats 6 % **Rabatt** extra an der Kasse.

Teppich-Adler

Königstrasse 20-21.

a. d. Jüdenstr.

Besitzer kleinerer Gärten, Laubenbesitzer

sollen ihr Land mit **Scheim & Weges** Spezialdünger für kleinere Gärten düngen. Vollständiger Ersatz für besten Stalldünger. Sicherer Erfolg. 50 kg 15 M., 5 kg 2 M. **Rasendünger** zu gleichem Preise. Gebrauchsmenge 80 gr pro Quadratmeter. Hochkeimfähig. Gemüse-, Blumen- und Rasensamen. Katalog auf Wunsch. 25265

Scheim & Wege,

Samengroßhandlung in Lübeck, Filiale Berlin, Petersburgerstr. 76 (Gebr. Hirte).

Achtung!

Maurer-Anzüge
Arbeiter-Kleidg.
umgezogen n. d. Brunnenstraße **158.**
Gelber Laden.

Ben Schira

Cigaretten sind die besten.

Marke A. 2 Pfg. — Otto . . 3 Pfg.

Käuflich in allen Cigarrengeschäften.

H. Zimmermann

Berlin SO. **Juwelier** Oranienstr. 206

Gold- und Silberwaren-Fabrik, Uhren-Großhandlung. 3535L*

Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur. Strong reell. — Billigste Preise.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität".

Vereinstour

Freitag, den 29. März, 1 Uhr:

Streifzüge durch den Grunewald

Endziel: **Teltow** (Pieckenhagen)
Start: Brandenburger Tor.

1. Feiertag:

2. Abt. (Vormittagstour) früh 7 Uhr nach Saatwinkel. Start: Urbanstr. 7. Rege Beteiligung, auch der verheirateten Mitglieder.

3. Abt. früh 6 Uhr auf zwei Tage nach Jüterbog. Start: Mariannenplatz.

4. und 6. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Pichelswerder (Freund). Start: Küstrinerplatz.

5. Abt. nachmittags 1 Uhr nach Klein-Schönebeck (bei G. Sützmilch). Start: Elysium.

6. Abt. den 2. April, nachmittags 2 Uhr nach Schönholz (Baumgärtner). Start: Genossenschaft Oderbergerstraße 30.

Vereinstour

den 2. Feiertag früh 6 Uhr nach Luckenwalde, nachmittags 1 Uhr: Groß-Beeren (O. Heinze). Start: Steuerhaus. 11/19

XVI. Abänderung zum Statut der

Ortskrankenkasse des Gewerbes der Lackierer zu Berlin.

Artikel 1.

§ 12, Abs. 1 Ziffer 8 wird das Wort „Arbeitstag" gestrichen und dafür gesetzt „Krankheitstag".

Artikel 2.

§ 13, Abs. 2 wird hinter dem Worte „Angehörigen" gesetzt: anderenfalls ein Krankengeld von einem Zwanzigstel des der Bemessung zugrunde liegenden durchschnittlichen Tagelohns.

Artikel 3.

§ 18, Abs. 1 lautet fortan:

Ziffer 1:	für Klasse	I	Mk. 120,—
„ 1:	„ „	II	„ 90,—
„ 1:	„ „	III	„ 60,—
„ 1:	„ „	IV	„ 30,—

Abs. 2 lautet fortan:

Ziffer 1:	für Klasse	I	Mk. 160,—
„ 1:	„ „	II	„ 120,—
„ 1:	„ „	III	„ 80,—
„ 1:	„ „	IV	„ 40,—

Artikel 4.

§ 39 werden die Worte „1 M." gestrichen und dafür gesetzt „2 M." Zugefügt wird dem § 39: Den Mitgliedern des Ausschusses zur Prüfung der laufenden Jahresrechnung werden als Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst (durch Vornahme der Revision) 2 M. gewährt.

Artikel 5.

Vorstehende Bestimmungen treten am Montag nach der statutenmäßig erfolgten Bekanntmachung in Kraft.

Der Vorstand.
Otto Weidemann, Vorsitzender.

Aufgepaßt!

Noch immer die billigste Bezugsquelle für **Monats-Anzüge, Sommerpaletots** und Hosen, wenig getragen, von Reisenden und feinsten Kavalieren angekauft. Ebenso **neue,** sehr schick und modern gearbeitete, in neuesten Stoffmustern **Herren- u. Knabengarderoben.** Große Auswahl in **Sommerpaletots u. Einsegnungs-Anzügen.** Ein großer Posten einz. Jacketts, einzelne Westen und einzelne Hosen zu sehr billigen Preisen. Zu haben bei

Moldauer
Prinzenstraße 64,
Ecke Annenstraße, im Laden.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 15. Preise für nur Ia Marken ab Platz von 10 Ztr. an: [41872*

Prima Ia Halbsteine (bekannte Marken) . . pr. Ztr. 92 Pf.
„ Ia Diamant (110 bis 120 Stck.) . . . . 97 Pf.
„ Ia Ilse u. Rkw. . . 1,00 M.
„ Ia Anthrazit Eadd. 2,25 M.

Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10—15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschlüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Zum Wohnungswechsel

Engl. Tüll-Gardinen,	abgepaßt = 2 Schals, crême und weiß	das Fenster	1.50, 3.– bis 23.– M.
Engl. Tüll-Gardinen,	Meterware, crême und weiß,	per Meter	30 Pf., 45 Pf. bis 1.50 M.
Engl. Tüll-Stores,	crême und weiß	per Stück	1.90, 2.50 bis 10.– M.
Erbstüll-Gardinen,	abgepaßt, crême	das Fenster	10.–, 12.50 bis 25.– M.
Erbstüll-Stores,	crême	per Stück	5.–, 6.– bis 15.– M.
Kongreß-Stoffe,	crême, weiß, bunt gestreift	Meter	45 Pf., 60 Pf. bis 1.– M.
Rouleaux,	abgepaßt, einteilig, crême, weiß, rot, gold	Stück	2.75, 3.– bis 5.– M.
Rouleaux,	abgepaßt, zweiteilig, crême, weiß, rot, gold	Fenster	2.25, 2.75 bis 7.– M.
Möbelkrepp,	130 cm breit, zweiseitig bedruckt f. Gardinen, Portieren, Bezüge	Meter	1.15, 1.25 bis 1.40 M.
Möbelkrepp u. Köper,	80 cm breit, für Vorhänge und Garderoben etc.	Meter	30 Pf., 45 Pf. bis 80 Pf.
Küchengardinen,	blau-weiß, rot-weiß	Meter	30 Pf., 45 Pf. bis 75 Pf.
Steppdecken,	Bezug aus Wollsatin oder Patentsatin, gute Füllung	Stück	2.80, 4.– bis 18.– M.
Steppdecken,	Bezug aus seidenem Atlas	Stück	16.–, 18.– bis 25.– M.
Tischdecken	in Tuch und Phantasiestoff	Stück	2.–, 2.50 bis 15.– M.
Tischdecken	in Plüsch, bestickt	Stück	6.50, 8.– bis 25.– M.

Teppiche ❀ Vorlagen ❀ Läuferstoffe

Julius Haack

Manufakturwaren und Konfektion

BERLIN N., Brunnenstr. 198

am Rosenthaler Tor.

Sonnabend, d. 30. März, geöffnet bis 10 Uhr abends.

Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand aufgedruckt

Frühjahrs-Paletots

aus guten Stoffen elegant hergestellt

M. 15, 18, 20, 25, 28, 30, 36, 40.

❀

Jackett-Anzüge

aus dauerhaft. modern. Stoffen in vornehmster Verarbeitung für jede Figur in tausendfacher Auswahl fertig am Lager

M. 18, 22, 26, 30, 33, 36, 40, 45.

Maßanzüge u. Paletots aus reellen modernen Stoffen, tadellos sitzend, Mark 48, 44, 39, 33.

Knaben-Anzüge entzückende Fassons, in allen Größen und Preislagen vorrätig.

Heitinger & Co.

Berlin SO., nur Oranienstr. 40-41.

Deutsche Compagnie.

Preiskurant gratis und franko.

Großes Lager in Kleidung für starke Herren.

Inventur-Ausverkauf

Nur solange Vorrat:

Ein Posten

Wollatlas-Steppdecken.

Gr. ca. 135/195, Wert 4,65, jetzt 3,25
Gr. ca. 145/200, Wert 5,85, jetzt 3,90
Gr. ca. 160/200, Wert 8,–, jetzt 5,45
zum vollständigen Ausverkauf.
(Sim.-Handarb. 160/200 jetzt 6,35
Seide) „ doppels. jetzt 7,35

Einzelne Steppdecken bedeutend unter Preis.

Tüll-Bettdecken,

weiß, creme, Bettgröße, 1,95, 2,15, 2,25, 3,35, 3,65, 4,35 etc.

Gardinen-Reste,

1–6 Fenster, ca. 25 % ermäßigt.
Fenster (2 Schals) 0,95, 1,15, 1,35, 1,85, 2,45, 3,35, 4,25, 5,50 etc.

Vorzieh-Gardinen,

1,48, 1,63, 2,15, 2,65 usw. goldf. und rot
1,83, 1,98, 2,45, 2,65, 2,95, 3,35 usw.

Ca. 300 Fenster Portieren

in Tuch, Plüsch u. Velvetin (2 Schals u. 1 Querbeh.) 3,35, 4,25, 4,85, 5,65, 6,25, 7,50, 8,25 etc.

Fehlerhafte Plüsch-Teppiche

in allen Größen zu fabelhaft billigen Preisen, zu **10 Proz.** extra Rabatt.

Plüschdecken

in allen Farben, solange Vorrat. Stck. 5,75, 6,25, 7,35, 8,25, 9,35.

Tuch-Tischdecken

1,68, 2,15, 2,75, 3,50 etc.

E. Weissenbergs Teppich-Haus

Gr. Frankfurterstr. 125,

2. Haus v. d. Koppenstraße.

Nach auswärts per Nachnahme.

Brennabor

Infolge der grossen Beliebtheit der **Brennabor-Räder** steigt ihr Umsatz unaufhaltsam.

Preisverzeichnis kostenlos.

Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.

Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.

Backware

nur allein in:

Albrechts Bäckereien: Krautstr. 19, Wrangelstr. 135, Lausitzerstr. 2, Falckensteinstr. 32, Pücklerhalle 222/223, Andreashalle 16/18

Zentrale: Boxhagenerstr. 13.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten,** Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Haltestelle Prinzenstraße. Empfiehlt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für korpulente Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 41342*

Fahrgeld wird vergütet. ● Bitte auf Hausnummer zu achten.

Zur gefälligen Beachtung!

Allen Freunden und Bekannten erlaube ich mir die Mitteilung zu machen, daß ich mein Lokal von der

Schillingstr. 24 nach 35a

verlegt habe. 2507b

Hochachtungsvoll

Leo Ostrowski genannt der Radikale

Schillingstraße 35 a.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N. 39, Chausseestraße 70–71.

Vorzugspreise für Sonnabend, den 30. März cr.

Fleischwaren

Pommersche Schlackwurst	Pfund 1.10	Holsteiner Schlackwurst	Pfund 1.30	Braunschweig. Schlackwurst	in Fettdarm Pfund 1.60
Pommersche Salamiwurst	Pfund 1.10	Holsteiner Salamiwurst	Pfund 1.30	Pommersche Gänsebrüste	Pfund 1.30

Cassler Rippespeer Pfd. 80 Pf.

Schnittbohnen, stramme Packung, 1/1 Dose 24 Pf.

Preißelbeeren, 1/1 Dose 60 Pf., ca. 10 Pfd.-Dose 2,90

Gebrannte Kaffees

Mischung	IV	III	II	I
	0,90	1,10	1,30	1,50

Unsere Marken sind des vorzüglichen Geschmackes wegen allseitig bekannt.

Apfelsinen, Dtzd. 28, 38, 50 Pf. | **Citronen,** Dtzd. 40 Pf.

Sonnabend, den 30. März, sind unsere Verkaufsräume bis 10 Uhr abends geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Unsere Abonnementseinladung

an der gestrigen Nummer unseres Blattes hat in der gegnerischen Presse Neid und Mißgunst ausgelöst. Es will verschiedenen Blättern nicht recht behagen, daß die Auflage des „Vorwärts" dank der agitatorischen Tätigkeit unserer Genossen in ständigem Steigen begriffen ist und im Augenblick die Höhe von 139 000 erreicht hat. 139 000 ist eine schöne Zahl, sagt sich die „Deutsche Tageszeitung", und sie zu erreichen, des Schweißes aller Edlen wert; deshalb schreibt sie:

„Zur Nachahmung empfohlen! Berlin, 28. März. Der „Vorwärts" teilt heute seinen Lesern mit, daß sein Abonnentenstand die Zahl von 139 000 erreicht hat. Obgleich wir recht wohl wissen, daß von diesen Lesern sehr viele nicht freiwillig gekommen, sondern herangezwungen worden sind, möchten wir doch unseren Freunden den Erfolg des sozialdemokratischen Hauptorgans zur Mahnung mitteilen. Wir wünschen zwar nicht, daß in der Werbearbeit ähnliche Zwangsmittel angewandt werden, wie von den „Genossen", glauben aber, daß unsere Freunde auch auf andere Weise ihrer Presse zu ähnlichen Erfolgen verhelfen könnten, wenn sie nur wollten."

Was die „Deutsche Tageszeitung" hier von Anwendung von Zwangsmitteln faselt, ist natürlich Unsinn; wir wollen ihr aber den Aerger zugute halten, da sie nur eine geringe Abonnentenzahl hat. Auch der fromme „Reichsbote", der seit einiger Zeit böse in finanziellen Nöten ist, ist von der einem frommen Blatte schlecht anstehenden Eigenschaft des Neides nicht frei. Er schreibt: „Die Sozialdemokraten wissen die Bedeutung der Presse zu würdigen, die Liberalen ebenfalls; aber wo bleiben die Konservativen?"

Wir wollen den Blättern das Geheimnis verraten, um zu einem höheren Abonnentenstand zu kommen: Sie sollen sich das Schimpfen auf den „Vorwärts" abgewöhnen und ihn tagtäglich vollinhaltlich abdrucken. Das wird helfen.

Wir wollen uns aber mit dem bisherigen Ergebnis nicht zufrieden geben, sondern alles tun, um unsere Leserzahl zu vermehren, zum Schrecken unserer Gegner. Eine weitverbreitete Presse ist ein scharfes Kampfmittel im Emanzipationskampfe des Proletariats.

Groß-Besten. Am 1. Osterfeiertag findet nachmittags 2½ Uhr im Lokale des Gastwirts Hermann Reineke eine öffentliche Versammlung für Groß-Besten statt. Genosse Kurt Heinig-Berlin wird über „Die Lehren der letzten Reichstagswahl" referieren. Nach der Volksversammlung findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Um zahlreichen Besuch der Frauen und Männer ersucht

Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Die Lilien auf dem Felde.

Endlich sind die Winterstürme — zwar noch nicht dem Wonnemond —, aber doch erstem, freudigem Frühlingsahnen gewichen. Auch über dem riesigen Blachfeld vor den Toren Berlins SW., dem Tempelhofer Felde, fächeln die ersten schmeichelnden Lenzeslüfte, die von den schneidigen Kommandorufen der Stellvertreter Gottes zerrissen werden. Die zahlreichen Kasernen in der Nähe des Feldes speien täglich Tausende von Mannschaften aus, die auf dem weiten Terrain Burentaktik und — bei uns berühren sich die Extreme — Parademarsch üben. Auch diese Söhne des Volkes im „vornehmsten Rock" freuen sich sichtlich der endlich eingetretenen trockenen und milden Witterung. Denn schön war's wirklich nicht, inmitten des schmelzenden Schnees und der Wasserlachen das Ausschwärmen und Niederwerfen zu üben und durchnäßt und kotbespritzt zu Erbsen und Kohl und dem unter solchen Umständen doppelt angenehmen Geschäft des Putzens heimwärts zu ziehen!

Auch die „Sonnenbrüder" haben wieder ihr Standquartier auf dem Felde bezogen. Der biedere Rentier, der nachmittags auf dem Felde seinen während des Winters asthmatisch gewordenen Ami oder Bello spazieren führt, bekreuzigt sich im Vorübergehen vor diesen Tagedieben, die nach Herzenslust Luft und Licht kneipen dürfen, ohne dafür Steuern zahlen zu müssen. Welche Vermessenheit, leben zu wollen wie die Lilien auf dem Felde, ohne zu säen und zu ernten, wenn man nicht einmal Rentier oder Hausbesitzer ist!

Aber der biedere Bürgersmann fühlt sich für diesen unästhetischen Anblick entschädigt, wenn er seine Schritte weiter feldeinwärts lenkt. Dort drüben, nach Tempelhof hin, links von der „Kaiserpappel", tummelt sich inmitten einer Schar bewundernder Zuschauer eine muntere Kavalkade. Eine Gruppe Berittener flitzt dort hin und her, jetzt zum Knäuel geballt, jetzt sich blitzschnell entwirrend und in voller Karriere dahinrasend, jetzt wieder die schäumenden Pferde parierend und sich von neuem zu einer drängenden Gruppe zusammenballend. Ein Dutzend Kavaliere sind's, die sich hier zum Polospiel, dem hocharistokratischen Sport, zusammengefunden haben. Auch eine Dame befindet sich unter den Sportsmen, die mit blitzenden Augen und geröteten Wangen dem feudalen Spiele huldigen. Seitab hält ein halbes Dutzend Stallknechte die nötigen Reservepferde in Bereitschaft.

Unser Rentier gesellt sich zu den Zuschauern. Ja, das läßt er sich gefallen. Welch vornehmer, gesunder Sport! Welch fesselndes, aufregendes Bild! Er fühlt sich förmlich selbst auf federndem Rossesrücken dahinflitzen im jauchzenden Spiel. So stählen die Besten der Nation ihre Kräfte. Wie gewandt sie ihre Renner zügeln! Eine solchem Leibessport huldigende goldene Jugend wird auch imstande sein, alles niederzureiten, was sich ihr entgegenstellt!

Mit vergnüglichem Schmunzeln wandert er weiter. Nicht einen Augenblick schwirrt ihm der Gedanke durch den Sinn, daß doch erst recht diese Vertreter der goldenen Jugend, deren jeder für eine Stunde aristokratischen Sports einen Betrag opfert, der dem Wochenlohn eines Proletariers gleichkommt, jenen Lilien auf dem Felde gleichen, die nicht säen und nicht ernten und doch in aller Herrlichkeit leben!

Unseren Abonnenten zur Kenntnis, daß die juristische Sprechstunde morgen, Sonnabend, ausfällt.

An unsere Abonnenten!

Wir bitten diejenigen Abonnenten, welche zum 1. April ihre Wohnung wechseln, bei dem bisherigen Spediteur, unter Angabe der neuen Wohnung, die Zeitung rechtzeitig abzubestellen, damit in der ferneren Zustellung keine Verzögerung eintritt.

Die Haupt-Expedition.

Die für Sonnabend angesetzte außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet nicht statt. Die Kassen und Bureaus der städtischen Verwaltungen werden am nächsten Sonnabend um 1 Uhr geschlossen.

Im Kinderhaus, Blumenstraße 78, findet im Monat April wöchentlich einmal unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege für Frauen und Mädchen statt. Meldungen hierzu täglich von 2—4 Uhr im Bureau, Blumenstraße 78.

Der Stadtverordnetenausschuß zur Vorbereitung der Wahl eines zweiten Stadtsyndikus an Stelle des in den Ruhestand tretenden Stadtsyndikus Weise trat gestern unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Michelet zusammen und beschloß, dem Plenum vorzuschlagen, von der Wahl eines Stadtsyndikus Abstand zu nehmen, dem Magistrat vielmehr die Wahl eines besoldeten Stadtrats vorzuschlagen und dementsprechend das Gehalt festzusetzen.

Achtung! Den Mitgliedern der Gewerkschaften und den Besuchern des Arbeitersekretariats hierdurch zur Mitteilung, daß die Bureaus der Berliner Gewerkschaftskommission am Sonnabend, den 30. März (Sonnabend vor Ostern), und am 2. April (3. Ostertag) nachmittags geschlossen bleiben.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Ein Generalvormund für 1500 Kinder

ist der Pastor Pfeiffer in Alt-Moabit, der Vereins-Geistliche des Berliner Hauptvereins für Innere Mission. Es ist natürlich ganz ausgeschlossen, daß der Pastor Pfeiffer sich selbst um die seiner Obhut anvertrauten 1500 Kinder so kümmern kann, wie dies sonst von einem Vormund verlangt wird. Aus diesem Grunde veröffentlicht „Das Reich" folgende Notiz:

„Herr Pastor Pfeiffer hat die Generalvormundschaft über 1500 uneheliche, meist in der Charité geborene Kinder übernommen. Da derselbe außerstande ist, selbst mit einigen besoldeten Kräften die Aufsicht bei in Pflege gegebenen Mündeln auszuüben, so hat er sich an die kirchlich-soziale Frauengruppe gewandt, daß diese durch ihre Mitglieder und durch Werbung anderer christlicher Frauen für dieses Liebeswerk ihm Hülfskräfte zuführen möchte. Die kirchlich-soziale Frauengruppe richtet daher die Bitte an christliche Frauen, sich Herrn Pastor Pfeiffer für diese Arbeit zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich um Besuche etwa alle 14 Tage bezw. 4 Wochen bei einem kleinen Kinde, welches in Pflege bei christlichen Leuten untergebracht ist, zur Kontrolle. Etwaige Mißstände werden dem Vormund, Herrn Pastor Pfeiffer, gemeldet. Es ist dies eine Aufgabe, der sich die christliche Frau nicht entziehen darf, umsomehr sich die jüdischen Frauen zu ihr drängen. Kosten sind mit der Uebernahme dieser Arbeit nicht verbunden, auch ist kein Mitgliedsbeitrag zu zahlen."

Wenn der Pastor Pfeiffer nicht imstande ist, wie dies in der obigen Notiz selbst zugegeben wird, die Aufsicht über die ihm anvertrauten Mündel auszuüben, so ist gar nicht einzusehen, warum er dann ständig neue Vormundschaften annimmt. Nach dem obigen Aufruf zu schließen, muß man annehmen, daß es nur geschieht, um der Kirche ein großes Tätigkeitsfeld zu eröffnen. Im übrigen scheint uns diese Art der Generalvormundschaft keineswegs geeignet, die Beziehungen zwischen Pfleger und Mündel zu fördern und infolgedessen das Interesse des Mündels zu wahren.

Osterfahrplan auf der Stadt- und Vorortsbahn. Zur Bewältigung des Verkehrs in den Feiertagen hat die Eisenbahnverwaltung auf verschiedenen Strecken eine Vermehrung der Zugfolge eintreten lassen. So sind auf den Strecken Stadtbahn—Karlshorst—Köpenick—Friedrichshagen—Erkner, Stadtbahn—Niederschöneweide—Johannisthal—Grünau, Grunewald—Wannsee—Potsdam und Grunewald—Halensee—Schöneberg eine größere Anzahl Sonderzüge eingelegt, die während des Monats April im Betriebe verbleiben werden. Ferner verkehren vom 31. März ab zwei neue Vollringzüge ab Westend 10 Uhr 15 Minuten und 10 Uhr 45 Minuten über Frankfurter Allee—Rixdorf—Halensee mit Ankunft in Westend um 11 Uhr 39 Minuten und 12 Uhr 9 Minuten. Auf der Strecke Schlesischer Bahnhof—Strausberg sind sechs Extrazüge eingestellt und auch zwischen Schlesischer Bahnhof—Lichtenberg—Friedrichsfelde—Biesdorf—Kaulsdorf—Hoppegarten verkehren mehrere eingelegte Trains. — Die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn wird wie im Vorjahre für die Osterfeiertage den Betrieb wesentlich verstärken und namentlich bei einigermaßen günstigem Wetter den Vorortsverkehr nach Möglichkeit auszugestalten suchen. Auch auf der Hochbahn wird in den Feiertagen eine verstärkte Zugfolge eintreten.

Die vierte Automobil-Omnibuslinie eröffnet die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft am nächsten Sonnabend, den 30. März. Mechanischen Betrieb erhält die Linie 10, Kreuzberg—Stettiner Bahnhof.

Die Pflichtfortbildungsschulen Berlins haben jetzt ihr zweites Schuljahr hinter sich. Im Winter 1906/07 war (nach einer Aufnahme vom 1. Februar 1907) die Zahl aller ihrer Schüler auf 18 826 gestiegen, die in 603 Klassen unterrichtet wurden. Hieran waren die einzelnen Berufsgruppen folgendermaßen beteiligt: das Baugewerbe mit 73 Klassen und 2166 Schülern, die Metallbearbeitung mit 131 Klassen und 4137 Schülern, das Kunstgewerbe mit 67 Klassen und 2056 Schülern, das Bekleidungsgewerbe mit 16 Klassen und 559 Schülern, das Nahrungsmittelgewerbe mit 22 Klassen und 655 Schülern, die Gruppe der Barbiere und Friseure mit 11 Klassen und 304 Schülern, die Gruppe der Kaufleute mit 91 Klassen und 2746 Schülern, sonstige Gewerbe mit 1 Klasse und 24 Schülern, die Gruppe der ungelernten Arbeiter mit 191 Klassen und 6179 Schülern. Aus dem Schuljahr 1905/06 sind im ganzen nur 230 Klassen und 6734 Schüler vorhanden, während das Schuljahr 1906/07 mit 373 Klassen und 12092 Schülern an der Gesamtzahl beteiligt ist. Man sieht, wie unvollständig im Anfang die Einschulung des Jahrganges 1905/06 gewesen war. In dem Jahrgang 1906/07 sind zahlreiche zu spät eingeschulte Schüler mit enthalten, die eigentlich schon zum Jahrgang 1905/06 gehören müßten. Es kommt nunmehr der dritte und letzte Jahrgang 1907/08 hinzu; dann wird die Pflichtfortbildungsschule voll ausgebaut sein. Als Gesamtfrequenz wird man für das Schuljahr 1907/08 rund 30 000 Schüler erwarten dürfen. In den nächsten Jahren aber wird die Gesamtfrequenz bei annähernd lückenloser Einschulung, die ja hoffentlich trotz allem Sträuben gewisser Arbeitgeber bald erreicht werden wird, sich voraussichtlich auf rund 36 000 belaufen.

Schutz dem Grunewald. Die kommunalpolitischen Vereine von Wilmersdorf und Halensee hatten zu vorgestern abend eine große Volksversammlung nach dem Viktoria-Garten zu Wilmersdorf einberufen, um über gemeinsame Schritte zur Erhaltung des Grunewaldes zu beschließen. Stadtverordneter Direktor Dr. Heinitz beleuchtete in einem längeren Vortrage die Poesie des Grunewaldes, seine wissenschaftliche, soziale und hygienische Bedeutung für Groß-Berlin und forderte zu einem geschlossenen Vorgehen gegen die Waldverwüstung auf. Nach lebhafter Debatte, an der sich verschiedene Stadtverordnete beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen:

1. „Die Versammlung beschließt, den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung zu ersuchen, alle zweckdienlichen Schritte zu unternehmen, damit der Grunewald in seiner jetzigen Gestalt den Bürgern von Groß-Berlin erhalten bleibt. 2. Die Versammlung beschließt, einen Waldschutzverein Wilmersdorf zu gründen und richtet an sämtliche Wilmersdorfer Vereine das Ersuchen, diesem als korporative Mitglieder beizutreten."

Aerztestreik.

Zwischen dem „Verein der Bankbeamten" und seinen Aerzten ist es zu Differenzen gekommen und eine Aerzteversammlung hat am Mittwochabend einstimmig die Einstellung ihrer Tätigkeit bei genanntem Verein beschlossen. Ueber den Grund des Streiks wird folgendes berichtet: Der Verein der Bankbeamten hatte mit seinen Aerzten bisher einen Vertrag, der wegen der für die Aerzte ungünstigen Bedingungen beanstandet und auch aufgehoben wurde. Zur Beratung eines neuen Vertrages entsandten die Aerzte als Vertrauensmänner ihre Kollegen Dr. Freund, Dr. M. Cohn und Dr. Hortwitz. Nach langen Verhandlungen, die zwar sachlich etwas scharf aber stets in höflichster Form von beiden Seiten geführt wurden, gelang es endlich, einen beide Teile befriedigenden Vertrag abzuschließen, der am 1. April in Kraft treten sollte. Nun hat der Verein der Bankbeamten die Maßregelung zweier für ihre Kollegen eifrig bemühten Aerzte vollzogen, indem er sie vom Engagement für den neuen Vertrag einfach ausschloß, eine Maßregelung, die in den beteiligten und auch außerhalb des Vereins stehenden Aerztekreisen die höchste Erbitterung hervorgerufen hat. In der Mittwoch einberufenen Aerzteversammlung wurde daher einstimmig der Streik beschlossen, der am 1. April beginnen und nicht eher wieder beigelegt werden soll, bis die gemaßregelten Kollegen wieder angestellt sind.

Vom „Segen" der Abzahlungsgeschäfte.

Daß es Abzahlungsgeschäfte gibt, das erscheint vielen Unbemittelten als eine sehr dankenswerte Errungenschaft unserer fortgeschrittenen Zeit. Einem jungen Arbeiter z. B. würde es, so sagen sie, oft sehr viel schwerer werden, zeitig zu heiraten und einen eigenen Hausstand zu gründen, wenn er oder seine Verlobte die Mittel erst zusammensparen sollte, die zur Anschaffung der Wirtschaft erforderlich sind. Das ist nun gewiß sehr richtig. Wer aber einmal ein Abzahlungsgeschäft auch von der unangenehmen Seite kennen gelernt hat, der denkt doch etwas anders über den „Segen" dieser „Errungenschaft". Man weiß, wie bald der Lieferant die auflackierte Herrlichkeit, die auf Abzahlung genommen wurde, dem „Käufer" wieder abholen läßt, wenn die Abzahlung ins Stocken gerät. Und zu diesem traurigen Ende kann es bei einer Arbeiterfamilie sehr leicht kommen; denn jeder Arbeiter ist ständig von der Gefahr bedroht, plötzlich arbeits- und brotlos zu werden. Dem Lieferanten kann natürlich kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß er für die gelieferte Ware auch sein Geld haben will. Aber Inhaber von Abzahlungsgeschäften haben, wenn die Zahlungen ausbleiben, nur zu oft ein Verfahren geübt, das über die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen weit hinausging und den Schuldner schwer schädigte.

Ein Fall dieser Art wird uns über das Abzahlungsgeschäft von C. Wachsmann u. Co. (Reinickendorferstraße) berichtet. Ein Schlosser P. hatte im vorigen Jahr bei dieser Firma auf Abzahlung eine Wirtschaft genommen, die ihm als alt verkauft wurde. Sie war schon mal einem anderen Abzahlungskäufer wieder abgeholt worden, und vielleicht sogar schon mehreren. Aber der ganze noch einmal zurechtgeputzte Kram, der aus Ausziehtisch mit vier Stühlen, Spiegel nebst Spiegelspind, einem Kleiderspind, einer Bettstelle, zwei „zugegebenen" Gardinenstangen, einem Küchenspind, einem Küchentisch nebst Küchenrahmen und einem „zugegebenen" Kohlenkasten bestand, kostete immer noch 218 Mark. In den „Bedingungen" stand der übliche Paragraph: „Bis zur völligen Tilgung behält sich der Verkäufer das Eigentumsrecht vor." Ein anderer Paragraph bestimmte noch genauer: „Hat Käufer ein laufendes Konto, so werden alle Zahlungen stets zuerst auf die schnell verschleißenden Sachen verrechnet, und bleibt das Eigentumsrecht der Firma an allen von der Firma bezogenen Sachen bis zur vollständigen Tilgung der jeweiligen Restschuld bestehen." Die Gelegenheit, diese schlau herausgetifteten Bestimmungen gegenüber dem Abzahlungskäufer anzuwenden, fand sich für die Firma bald genug. P. wurde krank, und die Zahlungen stockten. 57 Mark hatte er abgezahlt, aber weiter ging's nicht mehr, wenigstens einstweilen nicht. Das Ende vom Liede war, daß ihm eines Tages die Firma durch einen ihrer Angestellten unter dem Beistand eines Gerichtsvollziehers die ganze Wirtschaft (mit Ausnahme der „Zugabe") abholte. Der Gerichtsvollzieher meinte, für die bereits bezahlten 57 Mark sei dem Schuldner doch ein Teil der Wirtschaft zu belassen, aber der Angestellte bestand auf Mitnahme aller Möbelstücke.

Hiernach muß man annehmen, daß die Firma, die das für zulässig hält, die Abnutzung nach einjährigem Gebrauch schon auf 57 Mark schätzt, obwohl sie selber den ganzen Kram beim Verkauf nur noch mit 218 Mark bewertet hatte. Da möchten wir wirklich wissen, wieviel eigentlich an dieser mehrfach abgeholten Wirtschaft im ganzen bereits verdient worden ist und wieviel an ihr bei künftigen Abholungen noch verdient werden wird. Bei solchen sich mehrfach wiederholenden Wanderungen gebrauchter Abzahlungsware dürfte der „Segen" der Abzahlungsgeschäfte nur den Abzahlungsgeschäften selber bemerkbar werden.

Schwer verletzt in die hiesige Klinik in der Ziegelstraße eingeliefert wurde vorgestern der 17jähr. Zimmerlehrling Haverland, der bei dem Bauunternehmer Marzillier in Oranienburg beschäftigt war. Er war auf einem Neubau an der Kurfürsten- und Moltkestraße mit dem Bearbeiten eines Balkens tätig, wobei unter einem Hieb des Lehrlings plötzlich ein spitzer Ast sich aus dem Holzstamm löste und dem H. in das linke Auge drang. Der Verletzte wurde sofort in die Berliner Klinik übergeführt, wo eine Operation vorgenommen werden mußte. Leider wird Haverland den Verlust des Auges zu beklagen haben.

Aus der Haft entlassen wurde der Handelsmann Jacoby aus der Greifenhagenerstraße, der am Dienstag während eines Streites auf den Hausverwalter Klose einen Revolverschuß abgab. Wie uns mitgeteilt wird, ist Jacoby nicht wegen rückständiger Miete gekündigt; er hatte vielmehr dieselbe pünktlich bezahlt.

Die verschwundene Hermelin-Boa. Große Aufregung herrschte vorgestern abend auf dem Anhalter Bahnhof bei Ankunft des letzten D-Zuges. Eine junge Dame trat mit der Behauptung hervor, daß ihr unterwegs eine kostbare Boa im Werte von tausend Mark von Mitreisenden gestohlen sei. Sie forderte von der Bahnpolizei die Durchsuchung der übrigen Fahrgäste. Hierzu kam es jedoch nicht. Es wurde vielmehr ein Absuchen der Bahnstrecke zwischen den nächsten Stationen angeordnet, wobei auch die Boa hinter Groß-Lichterfelde wirklich gefunden wurde.

Anmeldungen zum zweiten Nachtrag des Berliner Adreßbuchs 1907 werden spätestens bis zum 9. April d. J. von der Adreßbuch-Redaktion, SW. 68, Zimmerstr. 37-41, erbeten. In diesen finden alle Wohnungs- und Grundbesitz-Veränderungen, Geschäfts-Er-

öffnungen und -Verlegungen, die im ersten Nachtrag noch nicht berücksichtigt sind, Aufnahme, auch wenn sie erst im Laufe des Jahres zu einem jetzt schon feststehenden Zeitpunkt stattfinden werden. Der Nachtrag erscheint Anfang Mai und wird an alle Abnehmer der **Hauptausgabe unentgeltlich verabfolgt.**

Vorort-Nachrichten.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch wurde zunächst die Beratung des Etats zu Ende geführt. Zu dem Etat der Gemeindeschulen lagen zwei sozialdemokratische Anträge vor, der eine verlangte die Gewährung freier Lernmittel für alle Schüler der Gemeindeschulen, der andere eine Erhöhung der für den Bau neuer Gemeindeschulen ausgeworfenen Summen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien ließen unsere Genossen Vogel und Dr. Borchardt die Anträge begründen, um sie dann, vertrauend auf die Macht, die ihnen das Dreiklassenwahlsystem verleiht, ohne jede Diskussion abzulehnen. Früher gaben sich die bürgerlichen Stadtverordneten wenigstens noch die Mühe, sozialdemokratische Anträge sachlich zu widerlegen. Das halten die Herren aber, seitdem der mit Recht so verrufene Berliner Kommunalfreisinn in Charlottenburg zur Herrschaft gelangt ist, nicht mehr für nötig. Wie tief diese Sorte von Liberalismus gesunken ist, beweist namentlich das Schicksal des Antrages auf Gewährung freier Lernmittel. So lange die Freisinnigen die Minderheit bildeten, hatten sie selbst die Gewährung freier Lernmittel beantragt. Heute, wo sie die Mehrheit haben, sind sie plötzlich dagegen; sie haben mit dem Magistrat ein Kompromiß geschlossen, bis zur Durchführung der geplanten Hebung der Gemeindeschulen von ihrem Antrag Abstand zu nehmen, und hinter dies Kompromiß flüchten sie sich, um ihren Umfall zu verdecken.

Beim Etat der höheren Mädchenschulen gelangte ein Antrag Kaufmann (lib.) auf Errichtung einer vierten höheren Mädchenschule zur Annahme. Beim Etat der Fortbildungsschulen wurde die Einführung eines Kursus in der Bürgerkunde beschlossen. Bezüglich der Ausdehnung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für weibliche Handelsangestellte gab der Stadtschulrat Dr. Neufert die Erklärung ab, daß der Magistrat diese wichtige Frage nach wie vor ernst erwäge; er befinde sich aber in einer Zwangslage, da die zur Verfügung stehenden Räume bis auf den letzten Platz ausgenutzt seien. Erst jetzt seien auskömmliche Räumlichkeiten geschaffen, die hoffentlich in den großen Ferien oder zu Beginn des Winters bezogen werden könnten.

Eine Reihe von Etats riefen keine oder doch keine nennenswerte Debatte hervor. Erst bei Kapitel X (Sonstige Gemeindeeinrichtungen) kam es wieder zu lebhafteren Auseinandersetzungen. Unter anderem wurde hierbei ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der dem Magistrat eine Erhöhung der Löhne für die älteren Hilfsarbeiter und die in der Parkverwaltung beschäftigten Frauen empfiehlt. Der Dezernent der Parkdeputation, Stadtrat Tobelmann, vertrat bei dieser Gelegenheit den echt kapitalistischen Standpunkt, die Stadt Charlottenburg brauche nicht mehr zu zahlen, da das Angebot von Arbeitskräften sehr groß sei. Genosse Hirsch trat diesen Ausführungen entgegen. Die Annahme des Antrages Vogel erfolgte mit großer Mehrheit. Hoffentlich wird der Magistrat ihm Folge leisten, was um so notwendiger ist, da in der Parkverwaltung noch Löhne von sage und schreibe 2 M. bezahlt werden.

Die Beratung des Kapitels XV (Gemeindesteuern) rief eine Besprechung der Frage der Wertzuwachssteuer hervor. Die sozialdemokratische Fraktion hatte im Prinzip die Einführung dieser Steuer beantragt. Ihren Antrag, den Magistrat um eine entsprechende Vorlage zu ersuchen, begündete Genosse Dr. Borchardt, der an der Hand eines umfangreichen Materials in längerer Rede die Bedeutung der Wertzuwachssteuer darlegte, die Notwendigkeit, der Gemeinde neue Mittel zuzuführen, nachwies, und die gegen diese Steuer erhobenen Einwände entkräftete. Insbesondere bestritt Redner die Behauptung, die Wertzuwachssteuer würde die Mieten verteuern. Wäre das richtig, so würden die Wirte sich nicht so gegen die Steuer sträuben. Gerade die Wertzuwachssteuer sei unabwälzbar. Von den Berliner Vorortgemeinden hätten schon Pankow, Weißensee, Reinickendorf und Tegel die Steuer eingeführt, Charlottenburg würde also durchaus nicht bahnbrechend auf diesem Gebiete sein. Die Stadt solle nicht warten, bis die staatlichen Organe sie drängen, sondern sie solle in eigener frischer Initiative vorgehen.

Namens eines Teiles der Liberalen beantragte Stadtv. Bollmann, den Magistrat zu ersuchen, mit den Gemeindevertretungen der westlichen Vororte in Verhandlungen über die Zweckmäßigkeit der Einführung der Wertzuwachssteuer zu treten, während Stadtv. Stadthagen (natl.) sich sogar damit begnügte, den Magistrat zu ersuchen, die Erfahrungen in anderen Gemeinden zu verfolgen und zu gegebener Zeit Material vorzulegen. Den einseitigen Interessenstandpunkt der Grund- und Bodenspekulanten vertrat Stadtv. Kaufmann (lib.), durch dessen Rede sich wie ein roter Faden die Furcht zog, die Einführung der Wertzuwachssteuer könnte die Spekulation, der Charlottenburg angeblich seine Größe verdanke, in andere Gemeinden vertreiben.

Die Debatte endete damit, daß der sozialdemokratische Antrag in namentlicher Abstimmung mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und der Stadtvv. Penzig und Grady abgelehnt, der Antrag Bollmann angenommen wurde. Die Versammlung hat also in der Frage der Wertzuwachssteuer einen Standpunkt eingenommen, der erheblich sozialpolitisch rückständiger ist als der der Berliner Gemeindevertretung.

Nach Erledigung des Etats beriet die Versammlung noch eine große Anzahl von Vorlagen. Die Vorlage betr. Errichtung von Zeitungskiosken wurde einem Ausschuß überwiesen, ebenso eine Reihe von Vorlagen, die Nachbewilligungen betrafen. Zur Annahme gelangte unter anderem die Vorlage betr. Maßnahmen zur Hebung der Volksschulen.

Obwohl eine ganze Reihe von Vorlagen von der Tagesordnung abgesetzt wurden, zog sich die Sitzung, an die sich noch eine geheime Sitzung schloß, bis nach Mitternacht hin.

Groß-Lichterfelde.

Die zweite Lesung des Gemeindeetats in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung ergab die Annahme desselben ohne wesentliche Aenderungen. Der Gemeindevertreter Graf von Hoensbroech hat sein Amt niedergelegt; diese Amtsniederlegung soll in der nächsten Gemeindevertretersitzung zur Diskussion kommen.

Die schon längst im Interesse der Einwohnerschaft, speziell der weniger wohlhabenden, notwendige Errichtung eines Marktplatzes ist wiederum in weite Ferne gerückt. Der hierzu in Aussicht genommene Platz Ecke Moltke-, Holbein- und Augustastraße soll 40 000 Mark kosten. Der Besitzer sollte seinen Platz der Gemeinde zur Anlage eines Marktplatzes gegen Ueberlassung des Standgeldes zur Verfügung stellen. Der Vertrag war bereits angefertigt, als von jenem ein Schreiben eintraf, daß er auf das Angebot der Gemeinde verzichte und nur einem Verkauf des Platzes zu 40 000 M. zustimme.

Die in dieser öffentlichen Sitzung erschienenen zahlreichen Gemeindeschullehrer, die bei der Beratung des Etats eine Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche, die in einer Petition der Gemeindevertretung unterbreitet waren, erhofften, wurden sehr enttäuscht. Gemeindevertreter Kühler begnügte sich mit der einfachen Anfrage, warum nicht gleichzeitig mit der Aufbesserung der Gehälter der Gemeindebeamten auch eine solche für die Lehrer in Vorschlag gebracht worden sei. Der Gemeindevorsteher antwortete kurz und bündig, daß die Gemeindeschullehrer im vorigen Jahre eine Aufbesserung erhalten hätten, die Gemeindebeamten dagegen nicht. Keiner der Gemeindevertreter nahm sich der berechtigten Forderungen der Lehrer an, und so wurde sie einfach abgelehnt. Um dieses Verfahren der Gemeindevertretung des „vornehmen Villenortes" besonders zu kennzeichnen, genügt der Hinweis, daß die Lichterfelder Lehrer schlechter besoldet sind als ihre Kollegen **in einer ganzen Reihe anderer benachbarter Gemeinden.** Hoffentlich haben die Lehrer bis zur nächsten Gemeindewahl die ihnen zuteil gewordene Behandlung nicht vergessen.

Im Wahlverein Groß-Lichterfelde, Bezirk Osten, sprach am Montag Genosse Düwell über die letzten Reichstagswahlen. Der Verlust an Mandaten, den uns die Wahlen 1907 gebracht, habe nicht nur die Gegner, sondern auch uns überrascht. Einen der Gründe für diese Niederlage erblicke der Redner in den wirtschaftlichen Verhältnissen, die diesmal gänzlich andere gewesen seien als im Wahljahre 1903. Damals sei die Erregung über den Zolltarif, gegen den die Sozialdemokratie die Führung im parlamentarischen Kampf übernommen hatte, noch ungemindert gewesen und die allgemeine wirtschaftliche Depression habe das ihrige dazu beigetragen, die Unzufriedenheit zu steigern. Der Wahlkampf 1907 habe sich unter einer glänzenden wirtschaftlichen Konjunktur abgespielt. Es machte sich sogar Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. Die durch den Zolltarif herbeigeführten Preissteigerungen hätten zum Teil ihren Ausgleich gefunden durch höhere Löhne und reichlichere Arbeitsgelegenheit. Diese günstigen Verhältnisse hätten ihre Wirkung dahin ausgeübt, daß die indifferente Masse diesmal der Sozialdemokratie fernblieb. Redner ging sodann auf die Gründe ein, warum diesmal das Kleinbürgertum sich den Gegnern anschloß, auf die Kolonialbegeisterung, die über alle Maßen schmutzige Agitation des Reichsverbandes, dessen Tätigkeit unsererseits sehr unterschätzt worden sei. Der Kampf der Regierung und der Liberalen gegen das Zentrum habe mit einem völligen Fiasko geendigt. In längeren Ausführungen ging Redner auf das Wesen des Ultramontanismus, die Psyche der katholischen Wählerschaft ein, um zu beweisen, daß der amtliche Wahlkampf gegen das Zentrum mit einer Niederlage der Regierung enden mußte. In Anbetracht all dieser Umstände, der beispiellosen Hetze gegen die Sozialdemokratie, die dennoch einen Zuwachs von einer Viertelmillion Stimmen zu verzeichnen hat, könne von einer „Vernichtung" derselben wohl keine Rede sein.

Die Aufklärung der breiten indifferenten Masse über die Ziele des Sozialismus sei das beste Mittel, künftige Niederlagen zu verhüten und den schließlichen Sieg zu verbürgen. —

In der Diskussion nimmt das Wort Genosse Kaliski: Es sei fruchtlos, nur die Ursachen der Niederlage festzustellen, ohne die Lehren daraus zu ziehen. Man finde alle möglichen Ursachen, nur keine in der Partei selbst. Er gebe dem Vorredner gewiß recht darin, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse ebenfalls mit ausschlaggebend seien. Aber woher komme es, daß die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in einem solchen Mißverhältnis stände zum Nachwuchs der Industrie-Arbeiterschaft und daß so wenige der wahlberechtigt gewordenen Arbeiter zur Wahlurne gingen?

Es unterliege keinem Zweifel, daß große Schichten der Wählerschaft, die früher zu uns hielten, zum Bürgertum zurückgekehrt seien.

In dem Kampf um den Zolltarif habe die Sozialdemokratie die Führung gehabt und sei energisch aufgetreten; nach jener Zeit aber habe die Partei alles an Schwungkraft zu wünschen übrig gelassen. In der Kolonialpolitik sei das Zentrum die führende Partei gewesen — die Sozialdemokratie sei nachgehinkt. Es sei auch unsere Schuld, daß der Kampf gegen die Dummheit sich als so wenig erfolgreich gestaltet hätte. In der Schulfrage sei von der Partei so gut wie nichts geschehen. Er finde es unerhört, daß keiner der vielen Referenten, die über die Wahl sprechen, diesen Umstand auch nur angedeutet habe. Man sei allgemein verwundert gewesen über das Schweigen der Sozialdemokratie bezüglich des Gesetzentwurfes über die Schulverfassung. Es sei ganz klar: unsere Niederlage sei eben dadurch mitverschuldet, daß wir nichts getan hätten. Das träfe auch auf die preußischen Landtagswahlen, auf den Kampf um das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in Preußen zu. Statt praktischer positiver Arbeit treibe man im Innern der Partei permanente Selbstzerfleischung. Während 1903 alle Welt mit Spannung auf die Sozialdemokratie blickte, sei seit Dresden nirgends die Absicht hervorgetreten, wirkliche Politik zu treiben. Statt dessen gab es unnütze Debatten über die Vizepräsidentenfrage, während jetzt nicht einmal der Schriftführerposten für uns in Frage komme — über den Generalstreik und alles mögliche.

Wer früher für den Generalstreik gewesen sei, habe als Verräter gegolten, und wer aus der jetzigen Auffassung über den Generalstreik die Konsequenzen ziehe, werde als Massenstreiktomantiker betitelt. Während man in Oesterreich aus Angst vor dem Massenstreik das allgemeine Wahlrecht bewilligt habe, erkläre man bei uns, daß gegen Preußen nichts zu machen sei. Wir seien eben eingeschlafen. Alles sei preußisch bei uns — auch die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie müsse Taten zeigen auf allen kulturellen Gebieten. Er klage insbesondere die Parteileitung an, daß sie den verflossenen Wahlkampf so wenig sozialistisch geführt habe. Es seien schwere Sünden, die wir wieder gutzumachen hätten. Aktive Politik — sozialistische Propaganda, das müsse unsere Parole sein. Wenn man auf die hohen Stimmenzahlen in Berlin IV und VI hinweise, so sei das billiger Hohn. Dort Stimmen für uns herauszuholen, sei nicht schwer — aber draußen.

Auch die jetzigen Anzeichen innerhalb der Partei seien wenig erfreulich. Wenn irgenwelche Leute Dummheiten, Geschmacklosigkeiten und Dummejungenstreiche begingen — sofort mache man dafür wieder eine „Richtung" verantwortlich. Es gelte nun, die großen Gedanken der Demokratie zu verwirklichen, den Nimbus der Sozialdemokratie zurückzuerobern und vor allem auf das reaktionäre Preußen zu stürzen.

Nachdem noch die Genossen Eichler, Ziege, Harrig, Wenzel infolge der schon weit vorgeschrittenen Zeit sich kurz zu dem Thema geäußert, nahm Genosse Düwell das Schlußwort.

Er vermißte vor allem in der Kritik Kaliskis praktische Vorschläge darüber, welche Taten denn eigentlich die Sozialdemokratie ausführen solle. Er habe keineswegs die Berliner Wahlergebnisse gerühmt, sei im Gegenteil der Meinung, daß sie sich nicht hervorragend günstig gestaltet hätten. Daß auch Fehler gemacht worden seien, brauche man nicht zu bestreiten. Kaliski habe bedauert, daß die Fraktion nicht die Führung gegen die Kolonialpolitik übernommen habe, sondern das Zentrum. Dieses habe eben das Material in Händen gehabt und damit natürlich auch die Führung. Von anderer Seite werde dagegen wieder behauptet, die Partei habe kein Verständnis für die Kolonialpolitik gezeigt — was sei nun eigentlich richtig? Bezüglich der Proklamation des Parteivorstandes herrschte allerseits vollste Uebereinstimmung, was auch in dem Artikel des Genossen Bernstein in den „Monatsheften" ausdrücklich hervorgehoben sei. Wenn Kaliski die fortwährende Befehdung und Beschimpfung der Partei in bürgerlichen Blättern durch einen Parteigenossen lediglich als „Dummejungenstreiche" bezeichne, so könne er nur sagen, daß ein derartiger Disziplinbruch und ein solches Verhalten in einer Gewerkschaft längst zum Ausschluß geführt hätte.

Nach Erledigung der Diskussion wählte die Versammlung die Genossen Eichler, Pints, Hecht, Kohl, Schönweiter und Wenzel als Delegierte zur Generalversammlung von Groß-Berlin.

Schöneberg.

Ein großer Fabrikbrand kam Mittwochabend in der Gleditschstraße 26 in einer Wachswarenfabrik zum Ausbruch. Das Feuer hatte seinen Herd im ersten Stock, der völlig ausbrannte. Obgleich die Schöneberger und Berliner Feuerwehr gemeinsam mit fünf Rohren vorgingen, hatten sie doch einen schweren Stand. Das Feuer griff auch über das Treppenhaus hinweg nach dem zweiten Stock über, wo sich eine Buchdruckerei befindet. Hier ist der angerichtete Schaden jedoch weniger erheblich. Bei den Ablöschungsarbeiten zog sich der Oberfeuermann Krüger durch herabfallende Glassplitter erhebliche Verletzungen an einer Hand zu. Nach Anlegung eines Notverbandes durch einen Arzt mußte er nach seiner Wohnung entlassen werden.

Rummelsburg.

Ein Opfer seines Berufes ist der Arbeiter W. Bentkin aus der Margaretenstr. 27 geworden. B. war auf dem Rummelsburger Bahnhof damit beschäftigt, mehrere leere Waggons aneinander zu kuppeln. Hierbei glitt er aus und fiel auf die Schienen. Die Räder eines Wagens gingen ihm über den rechten Oberschenkel und schnitten das Bein glatt von dem Rumpfe. Der Schwerverletzte wurde nach dem Rummelsburger Krankenhause gebracht, wo er in sehr bedenklichem Zustande daniederliegt. Der Verunglückte ist Familienvater.

Köpenick.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete, da der Vortrag wegen schwachen Besuches abgesagt wurde, Genosse Wolk die Abrechnung und den Bericht von der Reichstagswahl. Die Einnahmen betrugen 1364,58 M. und die Ausgaben 987,20 M. Der Ueberschuß beträgt also demnach 377,88 M. Zur Aufnahme lagen 159 Meldungen vor; einer wurde jedoch nicht stattgegeben, da von der in Betracht kommenden Gewerkschaft Protest erhoben wurde. Die Maifeier soll in diesem Jahre wieder begangen werden wie in den Vorjahren; als Festlokale am Abend sind das Gesellschaftshaus und der Schweizergarten bestimmt. Den Schluß der Verhandlungen bildete eine Aussprache über die letzte Hausagitation. Von einigen Rednern wurde das erzielte Resultat, die erwähnten 159 Neuaufnahmen in den Wahlverein und rund 100 neugewonnenen „Vorwärts"-Leser als zu gering bezeichnet; gleichfalls wurde die schwache Beteiligung an den Zahlabenden getadelt.

Ober-Schöneweide.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich in der hiesigen Automobilfabrik. Beim Prüfen eines Schleifringes auf die Leistungsfähigkeit wurde derselbe zersprengt. Ein Stück zerschmetterte dem Schlosser Ziebuhr die Schädeldecke und einen Arm. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Friedrichsfelde.

Der Gemeindeetat für 1907 balanziert in Einnahme und Ausgabe a) in ordentlicher Verwaltung mit 690 300 M. (1906: 515 500 Mark); b) außerordentliche Verwaltung mit 130 000 M. (70 000 M.); c) Sonderanschläge mit 1 165 385 M. (2 348 982, 50 M.). Die ortsanwesende Bevölkerung betrug Ende 1906 15 753 Personen, davon entfallen auf den Ortsteil Friedrichsfelde 8314 und auf den Ortsteil Karlshorst 7439 Personen. Das Vorjahr brachte einen Ueberschuß von 40 000 M. Die Ausgaben in der ordentlichen Verwaltung betragen für Grundstücke und Gebäude 11 700 M. (11 200 M.), Zuschuß 8500 M.; für Kapital- und Schuldenverwaltung 231 700 M. (137 000 M.), Zuschuß 76 700 M.; Allgemeine Verwaltung 88 200 M. (59 800 M.), Zuschuß 86 200 M.; Polizeiverwaltung 48 300 M. (39 500 M.), Zuschuß 35 700 M.; Schulverwaltung 141 000 M. (117 000 M.), Zuschuß 94 000 M.; Armenverwaltung 26 100 M. (23 500 M.), Zuschuß 20 500 M.; Straßenverwaltung 87 700 M. (60 000 M.), Zuschuß 79 100 M.; Feuerlöschwesen 2500 M. (4800 M.). Im Vorjahre wurden für die Feuerwehren neue Geräte gekauft, weshalb der diesjährige Betrag geringer ist. Steuerverwaltung 50 800 M., demgegenüber steht eine Einnahme von 414 000 M. Unter Titel Außerordentliche Verwaltung steht das Rieselgut Münchehofe in Ausgabe mit 45 000 M., Zuschuß 4100 M. Letzterer betrug im Vorjahre noch 10 000 M. und dürfte sich im kommenden Jahre noch weiter verringern; es waren außerordentlich große Neuanschaffungen notwendig, um eine rationelle Betriebsweise herbeiführen zu können. An direkten Steuern sollen im Etatsjahr 1907 erhoben werden 120 Proz. Zuschläge zur Staatseinkommensteuer inkl. Kreissteuern. Im Vorjahr wurden 130 Proz. Gemeindesteuern erhoben. Ferner kommen zur Erhebung 180 Proz. zur staatlich veranlagten Gewerbesteuer, 25 Proz. zur Betriebssteuer und 2,4 Proz. Grundwertsteuer. Als Grundwert sind angegeben für bebaute Grundstücke 28½ Millionen und für unbebaute 25 Millionen Mark, doch dürfte der eigentliche Wert mindestens das Doppelte betragen. Die Umsatzsteuer ist mit 85 000 M. veranschlagt, gegen das Vorjahr mehr 35 000 M. An indirekten Steuern sollen einkommen: Bier- und Brausteuer 12 000 M. (10 000 M.) und Hundesteuer 6 200 M. (5 000 M.), pro Hund 9 M. Die Beratung des Etats findet erst im April, unter Leitung des neuen Gemeindevorstehers, statt.

Grünau.

Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen? lautete das Thema, über das Genosse Schröder in der letzten Wahlvereinsversammlung referierte. Die Abrechnung von den Wahlen ergab eine Einnahme von 296,75 M. und eine Ausgabe von 266,99 M. Die Maifeier wird begangen durch eine von den Gewerkschaften zu veranstaltende Morgenversammlung und durch eine Abendfeier im Jägerhaus. Genosse Mitzner gab alsdann einen kurzen Ueberblick des Gemeindeetats. Danach ist die verzinsbare Schuldenlast Grünaus auf 460 429 M. angewachsen, die 16 200 M. für Verzinsung und 5600 M. Schuldentilgung erfordert. Die neu erbaute Kirche kostet 40 000—50 000 M. mehr als veranschlagt war. Dafür soll beim Armenetat, für den 3000 M. ausgesetzt sind, 700 M. gespart werden. Zur Errichtung einer Badeanstalt und einer Turnhalle für die Gemeindeschüler ist noch kein Geld vorhanden, wohl aber hat die Gemeindevertretung den Zuschuß zu einer Privatschule von 1000 M. auf 1500 M. erhöht. Auch die Gemeindeschulen lassen viel zu wünschen übrig; Lehrmittel für unbemittelte Kinder sind häufig nicht vorhanden. Es sei höchste Zeit, meint Redner, daß die Arbeiterschaft für eine würdige Vertretung in der Gemeinde Sorge trägt, da von den Bürgerlichen auch nicht das geringste zu erwarten sei.

Weißensee.

In einer vorige Woche stattgehabten öffentlichen Versammlung des Wahlvereins referierte Gemeindevertreter Genosse Schmuz über „Das verflossene Jahr in der Gemeindevertretung". Redner führte aus, daß seit dem Ableben des alten Gemeindevorstehers Feldmann eine neue Aera in der Kommunalpolitik Weißensees angebrochen sei. Nur dem Widerstande der bürgerlichen Gemeindevertreter sei es zuzuschreiben, daß hunderttausende von Mark durch eine engherzige und auf Wahrung ihrer Interessen gegründete Cliquenwirtschaft dem Orte seinerseits entgangen, anderseits aufgehalst worden seien. Trotz der enormen industriellen Entwickelung des Ortes sei z. B. die Gas- und Wasserversorgung bei hohen Gewinnen durch langjährige Verträge (bis 1924 bezw. 1937) privaten Gesellschaften überlassen. Ebenso liege es mit der Lieferung von Elektrizität, welche im Orte an Bedeutung zu gewinnen beginne.

Bei der Abänderung der örtlichen Bestimmungen über die Kanalisationsanlagen habe es sich herausgestellt, daß der Gemeinde der laufende Meter 50 M. gekostet habe, während die Belastung der Interessenten nur 15 M. betrage, also eine jahrelange erhebliche Liebesgabe verschenkt worden sei. Den Beginn einer vernünftigen Bodenpolitik der Gemeinde bedeute der bisherige Erwerb von fünf Grundstücken und die Gründung eines Grunderwerbsfonds mit einem Stammkapital von drei Millionen. Zu begrüßen sei die Uebernahme des Friedhofes in eigene Verwaltung, welches einen schätzungsweisen Gewinn von 5000 Mark verspreche. — Gänzlich auf ungenügender Basis stehe das Armen- und Waisenwesen und sei der am meisten stiefmütterlich behandelte Teil des Gemeindeetats. Treffend wies Redner nach: Daß der Staat, welcher aus der Gemeinde Weißensee im ganzen 150 391 Mark direkte und zirka 1 500 000 M. indirekte Steuern ziehe, derselben einen Bruchteil von kaum 60 000 M., noch dazu in 5 Positionen als Staatszuschuß leiste. — Beim Schuletat beleuchtet Redner den krassen Widerspruch zwischen Volks- und Realschüler. Für den ersteren wende die Gemeinde in 7 Schulen mit 138 Klassen und ebenso viel Lehrern, bei einer allerdings relativ niedrigen Maximalfrequenz von 44 Schülern, pro Kopf 56,64 M. auf, — bei letzteren bei einer solchen von 20,5 Schülern dagegen 125 M. Der neue Bürgermeister habe in anerkennenswerter Weise das Gemeindesteuerruder gelenkt, dabei habe die sozialdemokratische Fraktion bei jeder Gelegenheit geschlossen hinter demselben gestanden. Auf dem Gebiete der Pflegekinderfürsorge ist eine Liste von Frauen des hiesigen Frauenbildungsvereins berücksichtigt worden, so daß nunmehr auch Vormundschaften, erleichtert durch die Verlegung des Vormundschaftsgerichts an den Ort, **von Frauen der Arbeiterschaft angenommen werden können.**

Redner streifte noch kurz die Oppositionswut des nunmehr aus dem Sattel gesetzten Herrn Dr. Pape, der auf allen Gebieten ein Hemmschuh für ein gedeihliches sozialpolitisches Arbeiten gewesen sei, und tadelte noch zum Schlusse seines zweistündigen Referates die geringe Anteilnahme der Einwohnerschaft am kommunalen Leben. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referates. Angehörige der bürgerlichen Parteien betätigten sich nicht.

Tegel.

In der letzten Gemeindevertretersitzung widmete der Vorsitzende dem Andenken des jüngst verstorbenen Gemeindekassenrendanten einige ehrende Worte. — Die Umgestaltung der Uferstraße zu einer etwa 40 Meter breiten Promenade war bereits einmal vorberaten. Die Baufluchtlinie soll gerade gelegt werden, wodurch die Anlieger 6—8 Meter Landzuwachs erhalten und die erforderliche Seefläche vom Wasserfiskus erworben wird. Es wurde jetzt beschlossen, die Straßen- und Baufluchtlinie festsetzen zu lassen. Neben sechs Meter Bürgersteig soll zwölf Meter Fahrdamm und zirka 40 Meter breit die Promenade angelegt werden. Die Anlage wird 420 Meter lang sein. Die Gemeinde hofft, daß der Wasserfiskus in Rücksicht auf die Verschönerung die zu erwerbende Wasserfläche billig ablassen wird. Der Antrag auf bauplanmäßige Verlängerung der Buddestraße über die Veitstraße hinaus bis zur Gaswerkstraße wurde vorläufig nicht berücksichtigt, dagegen soll versucht werden, durch Verhandlungen mit den Anliegern den Ausbau der Veitstraße zwischen Berliner- und Buddestraße zu ermöglichen. Der Stadt Berlin wurde die Genehmigung zum Bau der Brücke III der Gasanstalt über die Schönebergerstraße erteilt. Zum 14. internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie wurde Gemeindevertreter Dr. Roeser beauftragt, Tegel zu vertreten. Für die Erneuerung der Denkmäler der 1866 Gefallenen in Böhmen, wurden einstimmig 30 M., für eine Turnhalle des Turnvereins in Windhuk gegen die Stimmen unserer Genossen Lichtenberg und Rodeike 20 M. bewilligt. Die dringend notwendige Uebersiedelung des Gemeindebauamtes in Mietsräume des Hauses Veitstraße 40, und die Anstellung eines Bautechnikers mit 150—180 M. Gehalt wurden bewilligt. Zum Statutenentwurf für den Straßenbahnzweckverband zwischen Berlin und den Vororten erklärte die Gemeindevertretung, daß sie ihn ablehnen müsse, da für die Gemeinde ein Vertragsverhältnis wie das vorliegende nur Zweck haben würde, wenn ganz bestimmte Garantien für die baldige Ausführung gewisser Linien gegeben würden. Zunächst erscheine daher der Vertrag durch das Fehlen solcher Garantien undiskutabel. Die Gemeindevertretung sei aber gewillt, in Verhandlungen einzutreten, sobald die Stadt Berlin bereit sein wollte, ihre Untergrundbahnlinie Süd-Nord bis Tegel auszudehnen. Es bestehe Neigung, sich eventl. sogar materiell an der Tegeler Strecke zu beteiligen. Auf Antrag unseres Genossen Lichtenberg wurde dann endlich noch über die neue Besoldungsordnung in öffentlicher Sitzung beraten. Danach werden die Gehälter aller Beamten um 2—300 M. jährlich erhöht. Dem stimmte die Gemeindevertretung einstimmig zu. Dann aber kam der hinkende Bote nach. Auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde beschlossen, die jetzt übliche Dienstzeit von 8—3 Uhr wieder abzuschaffen und dafür die frühere, um eine Stunde längere Dienstzeit von 8—1 Uhr und von 3—6 Uhr wieder einzuführen. Dagegen stimmten unsere Genossen Lichtenberg und Rodeike, sowie auch die Gemeindevertreter Dr. Roeser und Fritz Müller. Schöffe Magistratssekretär Reichelt begründete den Antrag und führte dabei aus, auch Berlin hätte längst die früheren Dienststunden wieder eingeführt, wenn nicht fast alle Beamten außerhalb wohnten. Die Beamten wünschten eine solche Aenderung. Hierauf folgte noch eine vertrauliche Sitzung.

Straßenbahn Tegel—Hermsdorf. Ein neues Straßenbahnprojekt von Tegel über Freie Scholle—Waidmannslust nach Hermsdorf-Glienicke beschäftigt zurzeit die Gemeinden. Die Konzession ist einem Konsortium bereits erteilt, der Bau soll sofort beginnen, sobald alle Gemeinden, wie schon Glienicke sich dafür ausgesprochen haben.

Bernau.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde über vier Anträge unserer Genossen verhandelt. Die Anträge betrafen: 1. Anstellung eines Schularztes, 2. Errichtung einer besonderen Schulklasse für schwachbegabte Kinder mit einer eigens dazu ausgebildeten Lehrkraft, 3. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel an sämtliche Kinder, 4. Errichtung einer Pflichtfortbildungsschule. Genosse Helbig begründete dieselben, sie fanden jedoch bei der Mehrzahl der Gegner keine Sympathie, mit 15 gegen 5 Stimmen lehnte die Versammlung die Anträge ab. Von den zwei Gegnern, die für unsere Anträge stimmten, erklärte sich der eine nur für die Anstellung eines Schularztes, für die anderen Anträge war er gleichfalls nicht zu haben. Als Grund ihrer ablehnenden Haltung gaben die Gegner an, daß die finanzielle Notlage es unserer Kommune nicht gestatte, solche Anträge zu verwirklichen. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß man bei der Bewilligung der Beamtengehälter, wofür auch unsere Genossen stets zu haben waren, die finanzielle Notlage nie so in den Vordergrund gerückt hätte, wie gerade hierbei, es würden sich auch Mittel und Wege finden, die erforderlichen Gelder für derartige Zwecke zu beschaffen. Selbst die Mehrzahl der Etatskommission, welche sich in ihrer Sitzung bereits für 500 M. für den Schularzt und für 200 M. für Lehrmittel entschlossen hatte, stimmte gleichfalls gegen unsere Anträge. Bei der darauf erfolgten Etatsberatung waltete der stellvertretende Vorsteher energisch seines Amtes gegen unseren Genossen Helbig, indem er erklärte, ihm das Wort nicht weiter geben zu können, wenn er nicht direkt bei der Etatsberatung bliebe. Unser Genosse kritisierte nämlich den Etat und wies darauf hin, daß derselbe anders ausfallen würde, wenn die Stadtverordnetenversammlung aus allgemeiner, geheimer, gleicher und direkter Wahl hervorginge. Der Etat wurde dann gegen die drei Stimmen unserer Genossen angenommen. Derselbe balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 264 000 M.

Der Arbeiterschaft in Bernau wird im November d. J. Gelegenheit gegeben werden, den bürgerlichen Herren über ihr Verhalten die Quittung zu verabfolgen.

Vermischtes.

Eisenbahn-Zusammenstoß. Der Schnellzug 53 fuhr Mittwochabend 6¾ Uhr bei der Einfahrt in den Bahnhof Posen infolge Ueberfahrens des Haltesignals auf eine Rangiermaschine mit einem Viehwagen. Der Führer der ersten Schnellzugsmaschine ist schwer, der Heizer leicht verletzt, ebenso ist der Heizer der zweiten Maschine leicht verletzt worden. Einige Reisende haben unerhebliche Verletzungen erlitten. Das Personal der Rangiermaschine hat sich durch Abspringen in Sicherheit gebracht. Der Materialschaden ist bedeutend. Beide Schnellzugsmaschinen und die Rangierlokomotive sowie der Post- und Packwagen des Schnellzuges und der Viehwagen sind stark beschädigt worden. Der Betrieb wurde aufrecht erhalten.

Ein fünfstöckiges Haus eingestürzt. Wie aus Lemberg vom gestrigen Tage berichtet wird, ist in der Zolkiewerstraße vorgestern abend ein fünfstöckiges Haus eingestürzt. Bis gestern konnten nur drei Personen aus den Trümmern gezogen werden.

Nachklänge zum New Yorker Eisenbahnunglück. Gegen den Generaldirektor der New Yorker Zentralbahn Ira Mc Cormick und einen der Vizepräsidenten Alfred Smith ist wegen des Eisenbahnunglücks an der Kreuzung der 205. Straße und der Webster Avenue Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben worden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 31. März (1. Feiertag): Festvortrag des Herrn G. Vogtherr-Wiesbaden: „Das Erwachen des Lebens". Montag, den 1. April (2. Feiertag): Festvortrag des Herrn Adolf Stern. Beide Vorträge finden vormittags 10½ Uhr, in der Turnhalle der Schule Kleine Frankfurterstr. 6 statt. Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstärke Bellealliance, Durchgang auch Lindenstr. 101), wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. B. 12. 1. Nach Ihrer Darstellung erbt Ihre Frau ein Viertel des Nachlasses, jedoch erhält die Witwe die Hochzeitsgeschenke und die Haushaltungsgegenstände als Voraus. 2. Den Anspruch müßten Sie der Witwe gegenüber erheben. Von Amtswegen geschieht nichts. 3. Der Anspruch kann in zehn Jahren verjähren. — **Albert 100.** Aller Voraussicht nach ist die betreffende Bank durchaus sicher. — **A. P. 128.** 1. Nur, wenn der Tod infolge des Unfalls mittelbar oder unmittelbar eingetreten ist, steht der Witwe eine Unfallrente zu. 2. Nein, aber die Witwe. — **A. Z. 100.** 1. Nein. 2. Stellen Sie Klage an. — **E. 21.** 1. Nein. 2. Ja. — **M. 10.** Leider würde ein Antrag auf Rückzahlung erfolglos sein. — **Waldesrauschen 2.** Ja. — **P. B. 10.** Eine Darlehnsforderung verjährt in 30 Jahren. — **Schiebermage.** Kassuben oder Kaschuben nennt man einen slavischen Stamm, der in einem Teil Westpreußens (in Putzig, Neustadt, Danziger Höhe, Karthaus, Berend, Konitz, Schlochau) und Pommerns (in den Kreisen Bütow, Lauenburg und Stolp) wohnt. Die sogenannte Kassubensprache ist eine zwischen dem Polnischen und Niederdeutschen liegende Mundart. — **A. B. Kirche.** Wenn Sie aus der Landeskirche im Jahre 1907 ausgetreten sind, so haben Sie für Ihre Person vom Ablauf des Jahres 1908 ab Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. Für die auf Ihre Frau, falls diese nicht aus der Kirche austritt, entfallende Kirchensteuer sind Sie mit verantwortlich. — **G. S. B.** Das von der Firma geleistete Abendbrot ist dem sogenannten Geschenk. — **K. M. O. 27.** Sie sollten mit Ihrer Frau weiter zusammenleben. Ein Grund zur Ehescheidung liegt nicht vor. Die Verwaltung der Möbel steht Ihnen zu. — **O. Kr.** Die Protokolle werden nicht wörtlich aufgenommen. Sie könnten lediglich die betreffenden als Zeugen angeben, wenn Sie Ihre Absicht verfolgen würden. — **R. 3.** 1. Ja, Sie müßten schon selbst sich über den Zeitraum unterrichten. Material finden Sie in Mehrings „Geschichte der Sozialdemokratie" und in der Broschüre „Zehn Jahre Sozialistengesetz". 2. Ja. 3. Nein. — **F. M., Halle.** Sie müßten bei dem Amtsgericht den Antrag auf Auseinandersetzung mit dem Kinde stellen. Den Auseinandersetzungsschein müssen Sie vor der Heirat beim Standesamt beibringen. — **F. T. 1.** Der Staat handelt weder in diesem noch in vielen anderen Fällen nach biblischer Vorschrift. — **E. P. T.** Nach dem Einkommensteuergesetz könnte vielleicht ein Arbeitgeber, nicht aber ein Arbeiter Fahrgeld zur Arbeitsstelle in Abrechnung bringen. — **J. O. 750.** Uns nicht bekannt. — **K. 61.** Ja. — **A. D. 19.** Ein Alter ist nicht vorgeschrieben. — **K. 13.** Sie müßten zahlen, können aber um Stundung einkommen. — **A. K. 200.** 1. und 2. Nein. 3. und 4. Ja. — **R. F. in R. S.** Friedenau. — **W. St. 88.** Religion ist Privatsache. — **Hermann P. 99.** Ja. — **Wilhelm 36.** Wir müssen Sie bitten, die Quittungen selbst durchzusehen. — **A. N. 4.** Bier mit neun Abgeordneten. — **P. B. 39.** Wenden Sie sich direkt an die Direktion. — **G. 198.** Daß erhalten Sie auf Antrag bei der Polizeibehörde. — **M. 42.** Das Buch könnte gesperrt werden. — **P. P. 100.** Ja, aber die Frau könnte das Kapital abheben und darüber verfügen. — **W. 35.** Wenden Sie sich an das Patentamt. Dort können Sie auch mündlich vorsprechen. — **H. M. Triftstraße.** Nein. — **B. 27.** Eine Klage wegen Beleidigung wäre aussichtslos. Wegen Rechtsschutzes müßten Sie sich direkt an den Vorstand Ihrer Gewerkschaft wenden. — **Angelkarte.** Wenden Sie sich an den Landrat. — **86. G. L.** 1. Der Beklagten steht jeder Beweis zu; ob sie mit ihren Beweismitteln durchdringen würde, läßt sich nicht vorher beurteilen. 2. Die Klage können Sie mit und ohne den übrigen Erben einreichen. 3. und 4. Sie müßten sich zunächst von dem Magistrat bescheinigen lassen, daß Sie zur Tragung der Kosten unvermögend sind. — **E. B. 85.** Nein. — **M. N. 17.** Ja. — **M. 29. 10.** Spätestens am 3. April müßten Sie zum 30. Juni kündigen. Eine Anfrage von Ihnen vom 10. März liegt nicht vor. — **M. 1025.** Liegt der Fall so, wie der in Nr. 58 geschilderte, so hätte die Klage Aussicht auf Erfolg. — **M. B. 38.** Der Betreffende könnte lediglich durch einen Anwalt Wiederaufnahme des Verfahrens betreiben. — **Karl 11. Kr.** Die Zustimmung des Ehemannes müßte besorgt werden. — **F. 7.** Wenn nichts anderes vereinbart ist, zum 30. des Monats. — **G. L. 18.** Ja. — **J. S., Chausseestraße.** Zum Eintritt in die Kasse können wir keineswegs raten. — **Vormund 4.** Sie müßten sich an das Vormundschaftsgericht wenden, event. Aufnahme im Waisenhaus beantragen. — **A. G. 27.** 1. 200 Marken. 2. Mindestens 600 Marken. 3. 140 Mark. — **Gustav 13.** Auch ohne Vereinbarung besteht getrennte Gütergemeinschaft. Sie können vorderhand aber notariell oder gerichtlich einen Vertrag machen, durch den die Verwaltung des Vermögens durch den Ehemann ausgeschlossen wird, in dem der Ehemann ferner das vorhandene Vermögen der Braut anerkennt. — **P. 52 und andere Anfrager in Steuersachen.** Die Fragen sind in einem besonderen Artikel vom 28. d. M. behandelt. — **K. K. 150.** Wenden Sie sich an eine Fortbildungsschule. — **Heilung.** Wenden Sie sich an einen Arzt. Demselben müßten Sie die volle Wahrheit mitteilen. Wenn Sie frühere Krankheiten verschweigen, so schädigen Sie sich selbst. — **W. S., München.** 1. Uns nicht bekannt. 2. Sie können für jeden Zeitraum abonnieren. 3. Unverständlich. — **M. H. 100.** Das Mädchen kann den Dienst am 30. verlassen. — **Stendal.** Uns nicht bekannt. — **P. B. 99ß.** Nein. **Sch. 8.** Leider besteht solche Stiftung nicht. — **Schütte.** Derartiges wäre nur auf gerichtliche Anordnung möglich. Gegen die gerichtliche Anordnung könnte eingeschritten werden. Veranlassen Sie den Schwager weitere Schritte zu tun. — **Werder 07.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage. — **Mitläufer 1593.** Wenden Sie sich an Crispin, Danzig-Langfuhr, Hertastraße 11. — **A. S.** 1. Nein. 2.—5. Wenden Sie sich an die Schuhmachergewerkschaft. — **H. W. 26.** Der Meister hat weiter zu zahlen. — **105. P. N.** Eine Klage auf Ehescheidung wäre nicht aussichtslos. Im übrigen wenden Sie sich vielleicht an einen Arzt. — **W. W. 103.** 1. Die Sache ist bis jetzt zutreffend geführt. 2. Ueber den sogenannten Kompetenzkonflikt hat das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden. Teilen Sie uns den Termin, der etwa im Mai zu erwarten ist, mit. 3. Ja. 4. Nein. 5. Bis zur Entscheidung durch das Oberverwaltungsgericht. — **M. M. 3.** Nein. — **Thaler 1812.** 3 M. — **H. T. 2.** Für den Fall der Klage würden Sie voraussichtlich zur Zahlung verurteilt werden. — **M. A. 99.** Der Wirt ist schadenersatzpflichtig, falls nicht Ihr Vertrag eine entgegenstehende Bestimmung, wie sie in Berlin üblich ist, enthält. — **H. B. 67.** 1. Unter Umständen ja. 2. Nein. **W. 10.** Steuernachforderungen sind für die Dauer von 3 Jahren zulässig. — **C. G. 100.** Versuchen Sie es mit einem Antrage an die Schuldeputation oder durch Rücksprache mit dem Rektor. Leider wird gegenüber den bestehenden Bestimmungen wenig erreicht werden können. Nachteile würde Ihr Sohn schwerlich haben. — — **L. R. 20.** Photographie. — **Ida S. 888.** Die Erlaubnis müßte von Ihrem Mann erteilt werden; wenn er sich dessen weigert, so können Sie durch das Vormundschaftsgericht seine Genehmigung ergänzen lassen, bezw. beantragen, daß das Erziehungsrecht dem Vater völlig genommen wird. — **H. L. 35.** Wenden Sie sich an einen Glaser. — **W. H. 3.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg die Ausstellung des Passes beantragen. Sie hätten sich an das Bezirkskommando und an das Polizeipräsidium zu wenden. — **W. 25.** 1. Ja, es sei denn, Sie wollen hausieren. 2. Zwischen 3 und 25 M. — **E. L. 20.** Das mietende Ehepaar ist in Ihrem Falle im Recht. — **M. Z.** 1. und 2. Ja. — **K. L.** Wer am 23. März 1876 geboren ist, wird mit Beginn des 23. März 1907 31 Jahr, tritt in das 32. Lebensjahr.

Eingegangene Druckschriften.

Streifzüge durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung. Von Paul Kampffmeyer. 116 Seiten. Verlag von Alexander Schlicke u. Co. in Stuttgart. Preis 1 M., für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder 60 Pf.

Fürsorge für die schulentlassene männliche Jugend von Pastor Platz. Verlag: Albert Fischer, Zehlendorf.

Des Zentrums Wandlung und Ende. Von L. v. Savigny. 1 M. Verlag: H. Walther, Berlin W. 30.

Kolonialerziehung des deutschen Volkes. Von E. Preuß. Geh. 1 M. Verlag: A. Duncker, Berlin W. 35.

Volkswirtschaftliche Blätter Nr. 6. Herausgegeben von Herm. Edler Krüger-Berlin. Karl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse der Maler zu Berlin für das Jahr 1906. 62 Seiten. Druck: Reuter u. Dimmick, Berlin S. 42.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 66—71 pr. 100 Pfd., IIa 60—65, IIIa 54—59, IVa 46—52, dän. Bullen 60—65, holl. 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 110—125, Ia 84—92, IIa 74—82, IIIa 54—70, holländ. 58—70, dän. 55—65. Hammelfleisch Ia 62—72, IIa 46—60. Schweinefleisch 46—54. Rothirsch plombiert per Pfund 0,45—0,55. Rothirsch Abschluß 0,56. Damhirsch 0,50—0,55. Wildschweine 0,48. Frischlinge 0,00. Kaninchen per Stück 0,75—1,00. Hühner, alte, per Stück 1,60—3,50, do. IIa 1,20—1,50, do. junge 1,00—1,60. Wolgahühner 1,40—1,85. Tauben 0,50—0,85, italienische 0,95. Enten per Pfund 2,75—3,60, dito Eis- per Stück 2,00—2,70, Hamburger per Stück 3,00 bis 5,00. Gänse, Hamburger per Pfund 1,00—1,20, dito Eis- 0,60. Hechte per 100 Pfund 77—95, groß 70—93, matt 0,00. Zander mittel 0,00, unsortiert 120, do. matt 0,00. Schleie, holl. 82—83, do. groß 0,00, do. klein 0,00. Aale, groß 146, mittel 0,00, klein und mittel 0,00. Plötzen, klein 0,00, do. groß 0,00, do. 35—50. Karpfen 40—50er 69—73, do. 50—70er 0,00, do. 70—80er 73. Bleie 62—67. Aland 0,00. Bunte Fische 50—85. Barse, matt 0,00. Karauschen 0,00. Bleifische 0,00. Wels 0,00. Quappen 0,00. Amerikanischer Lachs I- neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 25—30. Sprotten, Kieler, Wall 1,00—1,50, Danziger, Kitte 1,00. Flundern, Kieler, Stiege Ia 3—4, do. mittel der Kitte 2—3, Hamb. Stiege 4—6, halbe Kitte 2,00. Bücklinge, per Wall Kieler 3,00—3,50, Stralsunder 4,00—5,00. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,60—0,80. Heringe p. Schock 5—9. Schellfische Kitte 5—6, do. ½ Kitte 2—3. Kabliau, geräuch. p. 100 Pfd. 25—30. Heilbutt 0,00. Sardellen, 1902er per Anker 95, 1904er 93, 1905er 90, 1906er 75—80. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 44—48, full. 38—40, mod. 36—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe, Büchse (4 Liter) 1,50—1,75. Neunaugen, Schockfaß 11, kleine 5—6, Riesen- 14. Eier, Land-, per Schock 3,75—4,20. Butter per 100 Pfd. Ia 114—116, IIa 110—114, IIIa 107, abfallende 95—100. Saure Gurken Schock 4,10—4,50, Pfeffergurken 4,00—4,50. Kartoffeln per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50—2,75, Dabersche 2,25—2,50, Rosen 0,00, weiße 2,00—2,25, Salatkartoffeln 6,00—8,00. Spinat per 100 Pfund 25—40. Karotten per 100 Pfund 18—20. Sellerie, hiesige, per Schock 4,00—10,00, do. pommersche 6,00—12,00. Zwiebeln große, per 100 Pfd. 3,50—4,00, do. kleine 2,80—3,00, do. hiesige (Perl-) 0,00. Charlotten 0,00. Petersilie, grün, Schockbund 2,50—4,00. Kohlrabi per Schock 0,00. Rettig, bayr. per Schock 2,40—4,80. Mohrrüben per 100 Pfund 3,00—4,00. Teltower Rüben per 100 Pfd. 8—10. Weiße Rüben, große 0,00, kleine 0,00. Rote Rüben 4,00—5,00. Blumenkohl ital. per Korb 2,00—3,00. Kohlrüben per Schock 2,00—2,50. Wirsingkohl per 100 Pfd. 3,00—4,50. Rotkohl per 100 Pfd. 3,00—4,00. Weißkohl 100 Pfd. 1,75—2,75. Rosenkohl per 100 Pfd. 20—30. Grünkohl per 100 Pfd. 10,00—15,00. Rhabarber 100 Bd. 3,00—13,00. Birnen, per 100 Pfd. hiesige 0,00, böhm. 15—22, ital. 28—35. Aepfel, per 100 Pfd., hiesige 5—25, Tiroler, Kitte 30—60, Calville, Kitte 50—110, Amerikanische 18,00—35,00, Ital., Kitte Ia 12,00—20,00, extra 18,00 bis 30,00. Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00—10,00, 360 Stück 9,00—10,00, 200 Stück 7,00—10,00. Apfelsinen, Jaffa, per Kitte 0,00, Murcia 200er Kitte 6—10, do. 300er 8—11, Valencia 420er Kitte 14—22,00, do. 714er 15—23,50, Messina, 100er 4,50—6, 150er 4,75—6, 166er 8—13,00, 200er 8—12, 300er 8—13, Blut- 100er 6—7,50, do. 150er 6—8,00, 80er 6,50—8,00. Ital. in Körben per 100 Pfd. 0,00. Mandarinen, Kitte 0,75 bis 2,00, do. 100er, Kitte 4,00—5,00.

Witterungsübersicht vom 28. März 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	771 NW		1	Dunst	4	Haparanda	754 SW		2	wolkig	3
Hamburg	773 WNW		2	Dunst	4	Petersburg	766 SW		1	halb bd.	−0
Berlin	771 WSW		2	wolkenl.	5	Scilly	770 O		2	heiter	7
Frankf. a. M.	772 NO		1	bedeckt	9	Aberdeen	770 WNW		1	heiter	4
München	772 SO		2	wolkig	1	Paris	771 NO		1	wolkenl.	5
Wien	772 NW		1	wolkig	5						

Wetter-Prognose für Freitag, den 29. März 1907.

Morgens und abends etwas nebelig, sonst meist heiter und trocken, am Tage ziemlich warm bei mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 28. März. Elbe bei Aussig —,— Meter, bei Dresden + 1,05 dp. — Elbe bei Magdeburg 4,14 Meter, fällt. — Elbe bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor 2,96 Meter. — Oder bei Breslau Oberpegel 1,06 Meter. — Weichselmündung 3,86 Meter. Oder bei Brieg 2,98 Meter.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Soeben ist in zweiter, neu durchgesehener Auflage erschienen:

Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten

Von Dr. G. Gebert.

Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

Karwoche ein Seefisch-Gericht auf jedem Tisch!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!

Riesenfänge unserer Dampfer ermöglichen **billigste Preise.**

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"

(Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstr. 80 am Moritzplatz. | Madaistr. 22 im Schlesischen Bahnhof. | Landsbergerstr. 52–53 der Kurassen Straße gegenüber.

Potsdamerstr. 112a bei der Lützowstraße. Tel.-Amt VI 7190. | Wilmersdorferstr. 111, am Stuttgarter Platz. Tel. Charlottenbg. 5718.

Wir empfehlen besonders:

Cabliau ohne Kopf zum Kochen und Braten Pf. p. Pfd. **20** im Anschnitt 25 Pf.

Ferner:

Schellfische / **Schollen** in allen Größen

Seelachs ohne Kopf **Seehecht** sehr fein

Fischkarbonaden, entgrätet, bratfertig

Rotzungen, Ersatz für Seezungen

Heilbutt, Ersatz für Steinbutt

sowie die übrigen Sorten Seefische zu den billigsten Tagespreisen.

Achtung Vereine! **Rauchfangswerder!** Achtung Vereine!
Empfehle den geehrten Vereinen und Gewerkschaften usw. mein schön gelegenes **Etablissement „Waldhaus“** zu **Dampferpartien u. Ausflügen** jeder Art, hauptsächlich bitte ich für d. Sonnabende u. Sonntage um recht baldige Bestellung. Hochachtungsvoll
43862* **Eduard Rutkowski.**

Jedes Jenensia-Rad
ein Meisterwerk deutscher Technik.
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —
Sozial-Räder M. 60.—, Sozial-Luxus- mit Freilauf M. 95.—.
Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!
Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!
23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Blitz=Schnell
kommt man zu **Philipp Anstreicher,** Gitschinerstr. 82, Ecke Brandenburgstr.
Monats-Anzüge von **6** M. an, **Monats-Paletots** von **4** M. an,
Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für korpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.
■ Fahrgeld wird vergütet. ■ Bitte auf Adresse genau zu achten.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett 10,50, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 2302K*

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Damastbezüge, Steppdecken, Andreasstraße achtunddreißig. Pfandleihe. 2303K*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Laken 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Teppiche mit Farbenfehlern. Fabrikniederlage, Frankfurter Allee 107.

Gardinenhaus. Reste und einzelne Fenster jetzt bedeutend billiger. Frankfurter Allee 107. 2298K*

Steppdecken. Fabrikmuster spottbillig. Portieren (2 Schals, 1 Lambrequin) 3,50, 3,95, 4,85, 6,— rc. Frankfurter Allee 107. 2299K*

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Skalitzerstraße 40. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2167K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 255/2*

Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Brautbetten, Bettwäsche, Leibwäsche, Steppdecken spottbillig Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 2346K

Gardinen, Portieren, Taschenuhren, Wanduhren, Schmucksachen spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 2345K

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 2335K*

Anzüge, Teppiche, Betten, spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7.

Fahrräder. Riesenauswahl, neu 50,00, 60,00, 70,00, gebrauchte 10,00, 20,00, 30,00, Fahrradzubehörteile, Pneumatics, Laternen spottbillig. Fahrradengros, Elastic Brennabor-Filiale, Charlottenburg, Bismarckstraße 54. 221/4*

Zigarrengeschäft umständehalber 750. Friedenau, Schmargendorferstraße 34. (Miete 650.) †149*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Maß, Mulackstraße 14. 2433b*

Pfandleihe! Hermannplatz sechs. Billiger Bettenverkauf, Brautbetten, Vermietungsbett, Bettstücke, Bettwäsche, Leibwäsche. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Uhrenverkauf, Goldsachen, Schmucksachen, großer Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Steppdeckenverkauf, Tischdecken, Sommerpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Kostümröcke, unerreichte Billigkeit. 2438b*

Waldparzelle 990 Mark, bei Sadowa, Gartenboden, große Zukunft, kleine Anzahlung. Kettermann, Blumenstraße 9. †137*

Schneiderkostüme nach Maß billig, gutsitzend, Blumenstraße 9, II. †137*

Herrengarderobe nach Maß, tadellos sitzend, billig. Blumenstraße 9, II.

Herrenhüte, Mützen, neueste Formen, billigste Preise. Palm, Hutmacher, Grünauerstraße 6, parterre.

Gebrauchte Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Fahrräder, Betten, Operngläser, Regulatoren, Bilder, Spiegel spottbillig. Lucke, Grünerweg 113. 2450b*

Vorortparzellen 290 Mark, 10 Pfennigtour, Brunnhofer, Berlin, Kollendorfstraße 3. †140*

Bahnhof Rehfelde (Ostbahn). Bauparzellen am eigenen Walde, „Verein Richterswalde“, noch sehr billig, gutes Land, kein Sumpfwasser, große Zukunft, 450 Mark. Abzahlung innerhalb 3 Jahre, linksseitig an der Bahn nur dem Bahnhof gelegen. Vertreter Richter am Bahnhof oder Restaurant stets anwesend. †50*

Herrenhüte!!! Ein großer Posten weicher und steifer Herrenhüte, neu eingetroffen, zu den Feiertagen ganz besonders billig nur bei K. Schneidemühl, Holzmarktstraße 34a, eine Treppe, Ecke Andreasstraße. 2480b*

Billig verkauft Herrenanzüge, Knabenanzüge, Arbeitssachen. Große Auswahl. Stoffreste. Großes Lager. Resterhandlung Wilhelm Zange, Turmstraße 84. Zweites Geschäft Alt-Moabit 82. Drittes Geschäft Flensburgerstraße (Stadtbahnbogen). †56*

Molkerei, 15 Kühe, 1 Pferd, 1 Wagen ist krankheitshalber billig zu verkaufen Ruppinerstraße 41. *

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Salon, Küche, Büfetts, Säulentrumeaus, Tauschmöbel, Teppiche spottbillig. Auktionsannahme, Grünerweg 3. 2310K*

Gaskocherhaus! Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! 5,00. Gasbügelapparat! Gasplätteisen spottbillig. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 2284K*

Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraliste gratis. 2211K

Plüsch-Lambrequins, reichgestickt 2,35, Wert 5 Mark. Inventurpreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. Inventurliste gratis.

Damenjacketts, Paletots, Seidenröcke, Kostüme, hochelegante Reisemuster, teils auf Seide, durchweg 9 Mark. Julius Neumann, Belle-Alliancestraße 105. 2361K*

Herrenrad, fast neu, spottbillig. Schönhauser Allee 9, Quergebäude II.

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher, Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten. Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lideckes Auktions- und Möbelspeicher. Kostenloser Transport. Lagerung. *

Metallbetten, komplette, hochelegante, Paar 100,00. Kaufgelegenheit luxuriöser Messingbetten. Großer Säulentrumeau 47,00. Ritterstraße 112, II. 24/15*

Sommerpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. Habe keine Filialen.

Schlafdecken, seidenweich, elegante Muster, Stück 3,50. Gebr. Pflaume, Friedrichstraße 205, Decken-Spezialgeschäft. 2289K*

Möbel billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, stehen viele Wohnungseinrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark. Hochelegante 500—10 000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind, Kleiderspind 20, Sofa mit Auszug 30,— Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23, Muschelspinde, Vertiko 34, Ruhebett 18, Säulentrumeau 30, Taschendiwan 43, Paneelsofa mit Satteltaschen 73, englische Plüschgarnitur 96, Muschelbettstelle mit Matratze 36, Schreibtisch 25, geschnitztes Büfett 115, englisches Schlafzimmer, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. Sonntags von 8 bis 10 und 12 bis 2 Uhr geöffnet. 2316K*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 2363K*

Papageiauswahl. 100. Kanarienhähne. Kommandantenstraße 52. Restaurant. 2262K*

Lichtenrade, 20 Pfennig ab Potsdamer Bahnhof, Quadratrute 18 Mark an, verkauft Heiert, Brandenburgstraße 1. 220/5*

Teppiche, Gardinen, Diwandecken, Steppdecken, Portieren, Läuferstoffe, Tischdecken, Sofabezüge, spottbillige Gelegenheiten. Fischers Teppichhaus, Potsdamerstraße 100, nahe Bülowstr.

Herrenfahrrad (30), Damenfahrrad (43), hochfein Grammophon spottbillig. Wienerstraße 37, Lokal. 2506b

Sommerpaletots, Monatsanzüge von 6 Mark an. Auch neue elegante Herrengarderobe kauft man den dritten Teil billiger als im Laden beim Schneidermeister Fürstenzelt, nur Straußbergerstraße 46, parterre.

Uebergardinen mit Stores 15,00, Plüschteppich, Gaskrone, Standbetten, Steppdecken, Gardinen, Tüllbettdecke, billig. Hoffmann, Naunynstraße 52.

Halbrenner 30,00, tadellos, selten gebotene Gelegenheit, verkauft umständehalber Horn, Große Frankfurterstraße 124. †30*

Plüschsofa, Säulentrumeau billig Forsterstraße 22, Wisniewski. 2505b

Herrenrad billig zu verkaufen. Mertins, Swinemünderstraße 22, Hof I. 2525b

Brautpaar kann billig Möbel kaufen Stallschreiberstraße 43, 1.

Bis Sonnabend verkaufe räumungshalber Kleiderschrank, Vertiko, Säulentrumeau, zwei Muschelbetten, Ausziehtisch, Plüschsofa, Regulator, Bilder, Küchensachen. Dresdenerstraße 28, Seitenflügel parterre. 2521b

Plüschsofa, Bettstellen, Kleiderschrank, Vertiko 26,00, Säulentrumeau, Auszugtisch, Waschtoilette 16,00, Kommode, Balzenstühle, großer Muschelspiegel 12,00, Uhr, Bilder, Paneelbrett, Küchensachen verkauft schleunigst Schuhmann, Waldemarstraße 27, vorn I. 2518b

Bis 30. April verkauft Dame sämtliche neuen Möbel Köpenickerstraße 126a I. 2518b

Kinderwagen, gebrauchte, zurückgesetzte 12,00, 15,00, 20,00, Sportwagen 5,00. Kießling, Gneisenaustraße 15. 2500b

Restaurant umständehalber billig verkäuflich Heiligegeiststraße 45. 2487b

Bilder. Einen Posten modern gerahmte Bilder verschiedenen Genres verkauft spottbillig Löwenstein, Franseckistraße 1, eine Treppe. 2484b

Pianino, nußbaum, elegant, kreuzsaitig, verkauft Student baldmöglichst; erfragen Lübde, Guineastraße 38. (Seestraße.) 2513b

Billige Parzellen, Fredersdorf, Rute 10 Mark, eventuell bequeme Ratenzahlung. A. W. 100, Postamt 17. 2394K*

Betten, Stand 20 Mark, Muschelbettstellen mit Federmatratzen 38,00, Kleiderspind 28,00, Ruhebett 25,00, Säulentrumeau, geschliffen 36,00, Sofatisch 15,00, Teppich 8,00, Verschiedenes. Dresdenerstraße 38, vorn II links. 25/4

Pianino, hohes, 150,—. („Vorwärts“-lesern Rabatt.) Turmstr. 8 I.

Heckvögel (Seifert), Heckbauer, aufgabehalber, Weserstraße 215, vorn IV links. †114

Kanarienhähne, Weibchen verkauft Kain, Rixdorf, Wildenbruchplatz 4/5, Ausgang Finowstraße. †114

Schleierschwanz, alle Sorten ausländische Zierfische billigst. Andersen, Kürassierstraße 10a. 25/2

Herrenrad, Damen-Luxusrad dringend jeden Preis, Hänel, Grenadierstraße 26. 278/5*

Kanarienhähne, Weibchen, Heckbauer, Gesangspind verkauft Kowalsky, Kreuzigerstraße 20. 2386K

Herrenrad, Lassalle, Freiheitsgöttin, eingerahmt, Zither billig zu verkaufen. Reipsch, Naunynstr. 67. †2

Säulenschrank, Bettstellen, Muschelstühle, Antoinettentisch. Händler verbeten. Butkereit, Boxhagenerstraße 32, Seitenflügel IV. †120

Brennaborrad, hochelegant, spottbillig, Exerzierstraße 25, III rechts.

Halbrenner 25,00. Stanke, Hussitenstraße 2. †90

Brautleute, Logiswirte: Freischwinger, Regulateure. Garantie. Alle Preislagen, billig zu verkaufen. Charlottenburg, Schlüterstraße 70, Seitenflügel parterre, Genzmann.

Schreibtisch, Kleiderspind, Wäschespind, Waschtoilette verzugshalber billig. Rheinsbergerstraße 62, Blumengeschäft. †80

Herrenfahrrad verkauft Balzer, Ramlerstraße 28. †102

Herrenfahrrad, hochmodern, umständewegen Oderbergerstraße 22, Vorderhaus II rechts. †141*

Fahrräder am billigsten Neue Schönhauserstraße 11 im Leihhaus. Riesenlager gebrauchter Fahrräder, sämtliche Preislagen. Brennaborräder, Wandererräder, Opelfahrräder, Prestofahrräder, gebrauchte, wie neu, oder ganz neue. Feinste Rennräder, Holzfelgen, Vorbau-Lenkstange, sechzigzähnige Kettenrad, Gelegenheit, kolossal billig, schneidige Halbrenner mit Gummi, nagelneu 46,00. Aeltere gebrauchte Fahrräder 10,00, 15,00. Tandems 50,00, Damenräder, Jugendräder. Jedermann besuche im eigenen Interesse (da große Geldersparnis) das älteste Leihhaus dieser Branche Neue Schönhauserstraße 11, Besitzer Lohmann. Achtung! — kein Eckhaus. 257/15

Herrenfahrrad, fast nagelneu, Gelegenheitskauf Kleinschmidt, Usedomstraße 27a. †141*

Fahrrad, Straßenrenner, verkauft Mann, Drontheimerstraße 2, 3 Treppen.

Amerikaner Flach- und Rollpulte, Diplomatenpulte, Schreibtische, Kopiertische, Aktenspinde, Aktenregale, Aktenständer, Zahltische, Konfektionstische, Geldschränke, Kassen, Kopierpressen, Eisenschaukästen spottbillig Gormannstraße 1 (Rosenthalerstraße).

Halbrenner, Doppelglocken, wie neu, verkauft wegen Arbeitslosigkeit Krause, Straßmannstraße 18, vorn IV.

Eggersdorfer Hochwaldbaustellen, beste Pflanzzeit jetzt, herrliche, romantische Lage, fünf Minuten vom Bahnhof Strausberg, ringsum Wald, Wasser, □Rute 12 Mark an, kulant, bin auf Terrain oder Bahnhof Strausberg, nur Joers, Pankow, Elisabethweg 10. 2524b

Schleunigst elegantes Plüschsofa, spottbillig, Frau Müller, Gubenerstraße 6, Hof-III. †30

Neuer Sportwagen, billig, Leiterwagen, Edeling, Gubenerstraße 54.

Zigarrengeschäft mit schöner Wohnung, zwei Stuben, Küche, zu verkaufen Insterburgerstraße 1. †30

Reste! Kleiderstoffe, Kostümstoffe, Seidensammt, Bartlewaren und Reisemuster, Blusen, Kostümröcke, Unterröcke, Schürzen, Knabenanzüge usw. Teppiche mit kleinen Fehlern, Bettvorleger, Steppdecken, Tischdecken, alles Gelegenheitskäufe. Fahrgeld wird vergütet. Henry Saß, Kopernikusstraße 28, erste Etage.

Nähmaschinen! Vergüte bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. Früher Tilsiterstraße 90. †50*

Verschiedenes.

Volkshumorist Schmelzer, Stettinerstraße 57. †102*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 9276*

Pfandscheine kauft Pfandleihe Prinzenstraße 63. 17/6*

Rixdorf, Bruses Festsäle, Knesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. 2338K*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Broh, Wrangelstraße 4. Telephon IV, 6958. 24/8*

Alteisen, Metallbruch kauft höchstzahlend Riedel, Markusstraße 43. *

Parteigenossen, besucht Restaurant Thaerstraße 5. 2286b

Strohhutwäscherei Palm, Grünauerstraße 6. †1*

Empfehle mein großes Gartenlokal mit Saal allen Parteigenossen. Albert Trautmann, Johannisthal, Friedrichstraße 61. („Lindenhof“.) [*

Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. 1872K

Kranzbinderei Nicol, Köpenick, Kietzerstraße, Ecke Jägerstraße.

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 25/7*

Volkshumorist Rudolf Meinert, Schönhauser Allee 141. Ostern noch frei. †148

Parteigenossen, empfehle mein neueröffnetes Lokal mit Vereinszimmer. Karl Franke, Weserstr. 55. *

Elsholz, Komiker, Graupiusstraße 6. 2485b*

Lumpen, Metallbruch kauft August Buerschaper, Naunynstraße 19. Daselbst Wagenvermietung. †2

Ein Sack Wäsche ist am Sonnabend in Charlottenburg verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben Strathoff, Berlin, Reichenbergerstraße 26, Quergebäude 4 Treppen. 2385K

Violinunterricht privat, gewissenhaft. Zandt, Scheringstraße 8, Humboldthain. †90

Pfandleihe Heinersdorferstraße, Ecke Greifswalderstraße. †144*

Vermietungen.

Wohnungen.

Soldinerstraße 16, an der Prinzen-Allee, Wohnungen von zwei Zimmer, Zubehör, sofort auch später billig zu vermieten. 2283b

Prachtwohnungen. Eine große Stube, Küche sehr billig Schliemannstraße 29. 221/6

Zimmer.

Möbliertes Zimmer Fürstenstraße 17, Quergebäude I, Stübe.

Möbliertes Zimmer zu vermieten, 20,00, Stallschreiberstraße 52, vorn I rechts. †71

Möbliertes Zimmer. Anschütz, Admiralstraße 18c, III. †71

Möbliertes Zimmer vermietet Ritterstraße 104, vorn III. †71

Möbliertes Zimmer, Herrn, Prinzenstraße 107, vorn III, Dittmann. †71

Kleines möbliertes Zimmer inklusive Kaffee 16 Mark. Urbanstraße 25, Aufgang E, I. Nagel. 2490b

Möbliertes Zimmer für zwei oder einen Herren Stallschreiberstraße 53, II. rechts. Raichowitz.

Möbliertes Zimmer. Tauchert, Lausitzerstraße 31, vorn III. Großer Aufgang. †2

Möbliertes Zimmer, ein oder zwei Herren. Werner, Thaerstraße 16, 2 Treppen. †120

Herren. Elegantes Vorderzimmer, Treppeneingang, zwei gute Betten, 24 Mark. Witwe Gursch, Uferstraße 18, vorn rechter Aufgang IV.

Großes, leeres Vorder- oder Hinterzimmer, vermietet sofort Löwe, Camphausenstraße 25. †111

Teilnehmer. Möbliertes Zimmer oder allein. Bauer, Fruchtstraße 35, vorn III. †30

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle (separat) Köhler, Köpenickerstraße 22. 2468b

Zwei möblierte Schlafstellen, Reichenbergerstraße 107, vorn I, Hasselbeck. †1

Teilnehmer, möblierte Schlafstelle, separat, 13 Mark, Mariannenplatz 18, Gartenhaus II, Dzierzon.

Möblierte Schlafstelle für einen Herrn Naunynstraße 78, vorn I rechts bei Arndt. †1

Möblierte Schlafstelle, Günther, Naunynstraße 10, vorn II. †1

Freundliche Schlafstelle für Herrn Pücklerstraße 11, Quergebäude III links. †2*

Schlafstelle, sofort, zwei anständige Herren, separat, Brakke, Libauerstraße 6, Quergebäude drei Treppen, nächst Bahnhof Warschauerstraße. †2

Herr findet saubere Schlafstelle, Schmidt, Muskauerstraße 3, Hof 3.

Möblierte Schlafstelle vermietet Sommer, Manteuffelstraße 30, vorn 2 Treppen. †2

Möblierte Schlafstelle, separat, Herren, Dragonerstraße 14, vorn IV, links, Heinrichsplatz. 2490b

Möblierte Schlafstelle Markusstraße 5, vorn I, Schröder. †30

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Rüdersdorferstraße 36, vorn parterre.

Möblierte Schlafstelle Löwestraße 26, vorn III geradezu. †30

Möblierte Herrenschlafstelle Frankfurterstraße 133, IV. Lindner. †30

Freundliche, möblierte Schlafstelle, separat, 2—3 Herren, vermietet Hejemann, Markusstraße 18, Aufgang 8 I. †30

Schlafstelle, Herrn, vermietet Admiralstraße 22, vorn I, Baier.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle, Herrn, Kommandantenstraße 15, Hof IV links. 2519b

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle. Meinert, Bülowstraße 58, 3. Aufgang, parterre. 2510b

Möblierte Schlafstelle (Herrn), Gläse, Strausbergerstraße 17, vorn.

Schlafstelle zu vermieten Melchiorstraße 46 bei Quade, vorn 3 Treppen.

Schlafstelle zu vermieten Wassertorstraße 16, II rechts. †71

Möblierte Schlafstelle bei Wohlgemuth, Krausenstraße 39, Hof IV.

Schlafstelle für Herrn Waldemarstraße 65a IV, Witwe Rosenthal.

Gut möblierte Schlafstelle zu vermieten Alexandrinenstr. 53, vorn IV.

Herr kann mit einwohnen Mariannenstraße 43 III rechts. 2514b

Schlafstelle, Herrn, Ziebarth, Adalbertstraße 3, Quergebäude II, am Kottbusertor. 2493b

Saubere Schlafstelle, Herrn, Gitschinerstraße 79, rechter Seitenflügel II links. 2494b

Schlafstelle für Herrn bei Wehrmann, Friedrichstraße 39. 2495b

Schlafstelle 6,00, Lahmann, Skalitzerstraße 30, IV. 2504b

Behagliche Stube als Schlafstelle für 2 Herren Manteuffelstraße 70, Hof III. 2508b

Schlafstelle, separat, Wassertorstraße 8, vorn I, Schneider. 2496b

Möblierte Schlafstelle bei Frau Hölzer, Manteuffelstraße 70, vorn III links, sofort. 2502b

Freundliche Schlafstelle Ruppinerstraße 5, II rechts. †90

Möblierte Schlafstelle bei Bett, Strelitzerstraße 47, III. †90

Junges Mädchen kann umsonst mit einwohnen gegen kleine Verrichtungen. „Norden“ postlagernd Postamt 31, Usedomstraße. †90

Möblierte Schlafstelle Kastanien-Allee 33, vorn II rechts. †55

Schlafstelle, separat, für Herrn, Krause, Prenzlauer Allee 27, zweiter Seiteneingang IV. †55

Möblierte Schlafstelle, billig, Jagaciak, Zossenerstraße 2. †111

Schlafstelle für Herren Schönholzerstraße 5, Schmidt. †134

Schlafstelle, saubere, separat, Zobel, Voltastraße 15. †15

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468K

Stellenangebote.

Tüchtige Ziseleure verlangt sofort Gladenbeck's Bronzegießerei G. m. b. H. Friedrichshagen, Seestraße 126. *

Schlosserlehrling verlangt Clemens, Stralau, Tunnelstraße 38. *

Striumenlehrling bei hohem Lohn. Ackerstraße 38. 2457b*

Tüchtige Versilberer, Schachtler, Firnisser werden verlangt bei Reimann, Hennig u. Co., SO., Zeughofstraße 21. †2*

Klavierspieler sucht Restauration Kraustraße 42. †30

Steinmetzen auf Plattenarbeit verlangt Hasenheide 16. 2382K

Schriftenmaler-Lehrling sucht Firmenschilder-Fabrik Lenau, Leipzigerstraße 103. †30

Tischlerlehrling verlangt Dennewitzstraße 30. †140*

Korbmacher verlangt Leitloff, Teltowerstraße 46. 2489b

Bildereinrahmer, tüchtigen, verlangt Lechner, Alexandrinenstraße 93/4.

Tüchtige Bieger und Biegerinnen verlangt Kammfabrik, Köpenickerstraße 128. 2383K

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Schöneberg, Feurigstraße 12. 24/12*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Arbeitersekretär gesucht.

Für das am 1. April 1906 gegründete Arbeitersekretariat zu Brandenburg a/H. wird umständehalber zum 1. Juni 1907 ein Sekretär gesucht. Anfangsgehalt 2000 M., steigend bis 2400 M. Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und unter Einreichung einer Arbeit aus der sozialen Gesetzgebung an Otto Richter, Brandenburg a/H., Kirchhofstraße 11, bis 20. April mit der Aufschrift „Bewerbungsschreiben“ wenden. 288/15

Für 1. April suche
Verwalter
mit oder ohne Hausdr. Zu melden Karfreitag, nachm. 2—3, beim Portier Grand Hotel Alexanderplatz.

Lehrmädchen
nicht unter 17 Jahren, verlangt **Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend,** Wildenowstraße 30 I.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt tüchtige
Positiv-Retoucheure
Spezialisten für Masch.-Retouche und kunstgewerbliche Gegenstände. Ausführliche Offerten an
Zerreiss & Co.
Graphische Kunstanstalt, Nürnberg.

Achtung!
In der Luxuspapier- und Zelluloidwarenfabrik 23/5
R. Priester & Co.
Michaelkirchstraße 17
hat das Personal die Arbeit niedergelegt und ist für Presser, Presserinnen, Koloristinnen, Spritzerinnen, Buchbinder usw.
gesperrt.
Zuzug ist fernzuhalten!
Deutscher Buchbinder-Verband.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Der schweizerische sozialdemokratische Kommunaltag.

St. Gallen, 25. März. (Eig. ber.)

Der am Sonnabend vor dem Parteitag abgehaltene Kommunaltag war von den sozialdemokratischen Vertretern in den Gemeindebehörden gut besucht und nahm einen durchaus befriedigenden Verlauf.

Genosse Pfarrer Pflüger hielt ein sehr anregendes und instruktives Referat über: „Wesen, Bedeutung und Ziele unserer Gemeindepolitik“, dem wir folgendes entnehmen: Die Schweiz zählt 30 211 Gemeinden, von denen 18 eine Einwohnerzahl von über 10 000 haben. Die größten Städte sind Zürich mit 140 000, Basel mit 127 000, Genf mit 114 547, Bern mit 71 748 Einwohnern usw. Die schweizerischen Gemeinden haben durchaus freie Selbstverwaltung mit allgemeinem Wahlrecht nicht nur der Gemeindebürger, sondern aller Schweizerbürger. Indes kann nur die Proportionalwahl der Arbeiterschaft den ihr gebührenden Einfluß auf die Gemeindepolitik verschaffen. Der Referent machte auch Mitteilungen über die Arbeitervertretung in den Gemeindebehörden, die sich jedoch nur auf 14 Orte erstrecken und daher sehr unvollständig sind, da auch in zahlreichen ländlich-industriellen Gemeinden sozialdemokratische Vertreter den Behörden angehören. In den vom Referenten angeführten Orten gibt es 204 Arbeitervertreter in den Gemeindeparlamenten. In den Städten Zürich, Winterthur, Biel, Freiburg und Bern sitzen 11 Sozialdemokraten in den Exekutivbehörden, in Biel ist bekanntlich auch der Stadtpräsident Sozialdemokrat. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindepolitik gruppierte Pflüger in 7 Kategorien:

1. Organisatorisch-administrative Aufgaben: Arbeiterfreundliche Anstellungsverhältnisse der Staats- und Gemeindearbeiter und -Angestellten (Minimallohn, Ferien, Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter usw.), Regelung des Submissionswesens, Ausdehnung der Regiearbeiten bei Hoch- und Tiefbauten, kommunale statistische Aemter.

2. Hygienische und sanitarische Aufgaben: a) Volksbäder, Spielplätze und öffentliche Anlagen, Versorgung mit Säuglingsmilch, Wohnungsinspektion, Gerüstkontrolle, Schlachthäuser, Leichenhallen, Bedürfnisanstalten, Kanalisation; b) unentgeltliche Arznung und Geburtshülfe, unentgeltliche Hauspflege und Wöchnerinnenpflege, Krankenpavillons für Infektionskranke, Nervenkranke, Geschlechtskranke, Notfälle, Asyle für Unheilbare, Erholungshäuser für Genesende, Sanatorien, Ueberwachung des Kostkinder-systems, Desinfektionsanstalten.

3. Sozialpädagogische Aufgaben: Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Verabfolgung von Nahrung und Kleidung an Schüler, Kindergärten, Jugendhorte, Ferienkolonien, Schulbäder, Handarbeitsunterricht für beide Geschlechter, Spezialklassen für Schwachbegabte, Anstalten für verwahrloste Kinder (Pestalozzihäuser), Waldschulen, Haushaltungs- und Kochschulen, Lehrwerkstätten, Schularzt, Schulklinik, Waisenhäuser.

4. Moralische und Kulturaufgaben: Volkshäuser, Lesesäle, Volksbibliotheken, Konzerte, Theater, Museen, Kampf gegen Alkoholismus und Prostitution.

5. Steuer- und finanzpolitische Aufgaben: Publikation der Steuerregister, Vermehrung des kommunalen Grundeigentums, Besteuerung unbebauter Grundstücke, Liegenschaftssteuer (Bodenwertsteuer) bis zur Wegsteuerung der Bodenrente.

6. Oeffentliche Dienste: Arbeitsvermittelung, Arbeitslosenfürsorge und -Versicherung, Unterstützung der von den Arbeiterorganisationen eingerichteten Arbeitslosenunterstützung (Genter System), Einigungsämter, Wohnungsvermittelung, Markthallen, Lagerhäuser, Waschhäuser, Krippen, Betriebswerkstätten und Gewerbehallen, Greisen- und Invalidenasyle, unentgeltliche Bestattung.

7. Wirtschaftliche Betriebe und Unternehmungen: Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, Kehrichtverbrennung, Abfuhrwesen und Rieselfelder, Mietwohnungsverwaltung, Logishäuser für unverheiratete Arbeiter und Arbeiterinnen, Gemeindebäckereien, -Metzgereien, -Molkereien (Milchverkaufszentralstellen), -Apotheken, Gemeindeschankstätten, Leih- und Sparkassen, Pfandleihanstalten, Holz- und Kohlenhandel, Gemeinde-Annoncenblatt usw.

Als dringendste Aufgabe bezeichnete er die Herstellung von kommunalen Wohnungen, die rationellste Fürsorge für Arbeitslose sowie die Durchführung der unentgeltlichen Krankenpflege und Geburtshülfe. Schließlich empfahl der Referent die Herausgabe eines Hand- und Jahrbuches über den Stand des Gemeindesozialismus und der Gemeindepolitik in den schweizerischen Städten. Dasselbe sollte auch einen Leitfaden der Kommunalpolitik zur Anleitung der Arbeitervertreter in kleinen und mittleren Gemeinden enthalten. Pflüger schloß: Das Ziel, worauf wir in der Kommunalpolitik, wie überhaupt im Sozialismus hinsteuern, ist eine zunehmende Ausschaltung kapitalistischer Ausbeutung, eine gewisse Ausgleichung der heute vorhandenen ökonomischen Gegensätze. Wir hegen ein hohes Ideal der kommenden Stadt als einer Schutzgöttin aller Schwachen und Bedürftigen, als einer alma mater, einer Nährmutter, unter deren Obhut und Pflege sich alle wohl und geborgen fühlen.

An das sehr beifällig aufgenommene Referat schloß sich eine lebhafte Debatte, deren Ergebnis die Einsetzung einer Kommission zur Leitung der Geschäfte künftiger Kommunaltage und die Wahl Zürichs als Vorort war, wo die Kommission zu wählen ist.

Eingegangene Druckschriften.

„Neue Gesellschaft.“ Heft 26. Herausgeber: Dr. H. Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis 10 Pf.

Politik. Von Dr. Stier-Somlo. 4 Bände. — **Christus.** Von Prof. Dr. O. Holtzmann. 3 Bände. **Mohammed und die Seinen.** Von Prof. Dr. H. Reckendorf. 2 Bände. Jeder einzelne Band geh. 1 M., geb. 1,25 M. (Herausgeber Dr. P. Herre. Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens. Verlag: Quelle u. Meyer in Leipzig.

Hochmoderne

Paletots u. Ulster

Unübertroffene, schönste Ausmusterungen vornehmster Fassons und Farben.

Viele Tausende Exemplare vorzüglichster Passform.

Nur eigene Erzeugnisse

50.– 45.– 40.– 36.– 33.– 30.– 27.– 24.– 21.– 18.– **15** Mark

Sacco-Anzüge Viele Tausende Exemplare auserlesenster Geschmacksrichtungen. — Nur eigene Erzeugnisse. 60.– 55.– 50.– 45.– 40.– 36.– 33.– 30.– 27.– 24.– 21.– 18.– **15** M.

Gehrock-Anzüge Ausgeprobteste Passformen. Vorzüglichste Verarbeitung. Nur eigene Erzeugnisse. 70.– 60.– 55.– 50.– 45.– 40.– 36.– 33.– **27** M.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Cigarettes

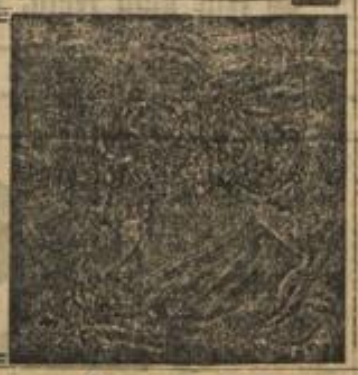
Presstoli

feinste Handarbeit

No. 2 10 Stück 20 Pf.

„ 3 10 „ 30 „

4355L*



Wollen Sie etwas hervorragend Feines trinken, so bereiten Sie sich Ihren **Kognak, Rum,** sowie alle echten **Liköre** usw. selbst unter Verwendung der rühmlichst weltbekannten, preisgekrönten **Noa's Original-Extrakte** Preis p. Fl. je nach Sorte 25, 35, 40, 50, 60, 75 Pf. usw. Nach beigegebener, einfachster Vorschrift bereitet, ergeben dieselben zirka 2½ Liter vollkommen echte und wahrhaft reine Getränke von köstlichem Aroma und exquisitem Wohlgeschmack. Die so bereiteten Liköre usw. sind allseitig als mustergültig anerkannt und den feinsten u. teuersten Qualitäten der Welt in jeder Hinsicht vollkommen gleich, nur bis um das Zehnfache billiger.

Ein einziger Versuch überzeugt!

Lassen Sie sich nichts anderes als ebenso gut oder gar besser aufreden. Es gibt nichts Besseres! — Verlv. 192 seit. illustr. Rezeptbuch, 11. Aufl. „Die Destillation im Haushalte“, sämtl. Rezepte enthaltend, gratis.

Fabrik und Verkauf **Max Noa,** Elsasserstraße 5, 3. Haus v. Rosenthaler Tor.

Größtes Spezial-Putz-Geschäft des Ostens.

N. HAASE, Berlin O.

Königsbergerstr. 10 — 3 Minuten vom Schlesischen Bahnhof.

Königsbergerstr. 10 — 3 Minuten vom Schlesischen Bahnhof.

Neuheiten, in engl. garniert. Barett- u. Matrosenformen Stück 1,95, 2,45, 2,95, 3,50 etc.

Damenhüte, ca. 3000 Stück; sehr schicke, moderne Fassons, mit Tüll, Blumen und Band garniert M. 2,95, 3,95, 4,95, 5,95, 6,95, 7,95 etc.

Kinderhüte, in allen Farben, entzückende Sachen 0,95, 1,45, 1,95, 2,75 etc.

Trauerhüte, ca. 1000 Stück, in den neuesten Fassons vorrätig 0,95 1,25, 1,75, 2,25 etc.

Lieferant der Rabatt-Sparvereine Osten und Vereinigter Geschäftsleute.

Partei-Speditionen:

Zentrum I: Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
Zentrum II: Albert Hahnisch, Augustsstr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Süden und Südwesten: Hermann Werner, Mittenwalderstr. 30.
3. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Bülowstr. 52, Hof.
„ Süden und Südwesten, Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis, Osten: Robert Wengels, Rüdersdorferstr. 3, am Küstrinerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Reibelstr. 42 (Laden).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weltze, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Raschke, Ackerstr. 86, Eingang Ankiamerstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, vorn I.
Wilmersdorf-Halensee: Georg Feese, Berlinerstr. 46, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifel, Kronprinzenstraße 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Otto Schröder, Köpenickerstr. 1.
Rixdorf: M. Heinrich, Redastraße 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Emmostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Edisonstr. 10, I.
Nieder-Schöneweide: Bonakowsky, Hasselwerderstr. 8.
Johannisthal: Franz Hünold, Bismarckstr. 7.
Adlershof: Erich Steuer, Roonstr. 8, I.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Luckenwalderstraße 4b.
Köpenick: Friedrich Wolck, Grünstr. 4.
Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a.
Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I.
Baumschulenweg: Stock, Ernststr. 2, II.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiesholzstraße 412, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** P. Gursch, Provinzstraße 108, II.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf und **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10.
Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Mühlenstr. 73.
Bernau: Heinrich Brose, Hohensteinstr. 74, part.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und **Hankels Ablage:** Alfons Grätz, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I.
Teltow: Wilhelm Keßler, Hohensteinweg 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstraße 1.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

Bitte ausschneiden.

Unerreicht ab Wohlgeschmack

ZARI 2 ₰ Cigarette

Cigarettenfabrik TUMA Dresden gegr. 1876.

Ich zahle meinen Schneidern tarifmäßige Löhne.

Ein fröhliches Osterfest

bereitet sich jeder selbst, wenn er seinen Bedarf an gutsitzenden Bekleidungsstücken deckt im neu eröffneten Geschäft von

S. Hoffmann

Charlottenburg

Wilmersdorferstr. 12, Ecke Schulstraße

*** Spezialhaus ***

guter Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß sowie

Bekleidung für jeden Beruf.

Unerreichte Auswahl

an Frühjahrs-Anzügen, Sommer-Anzügen, Sommer-Paletots, Knaben-Anzügen, Knaben-Paletots.

Einsegnungs-Anzüge.

Die bei mir bestellten Maßsachen werden unter Leitung erster Meister angefertigt. Für guten, tadellosen Sitz und beste Verarbeitung leiste ich vollständige Garantie.

Mein Geschäftsprinzip ist: **streng reelle und gewissenhafte Bedienung, äußerst billige aber streng feste Preise.**

Bis zum 2. Osterfeiertage verabfolge ich beim Einkauf eines Herren-Anzuges oder Paletots eine

hochelegante bunte Weste gratis.

Ich bügle sämtliche bei mir gekauften Sachen gratis.

Möbel

Central-Möbel-Halle

Kommandantenstr. 51 Ecke Alexandrinenstr. Gegründet 1871.

Einrichtungen

Langjährige schriftliche Garantie.

Berlin u. Vororte freie Lieferung.

Nur saubere, dauerh. Arbeit.

Infolge unseres **Grossbetriebes** bieten wir grosse Vorteile und offerieren bei kulantester

Zahlungs-Bedingung

1 Schlafzimmer, 1 Wohnzimmer und 1 Küche Anzahlg. von **50** Mk. an

1 Salon, 1 Schlafzimmer, 1 Wohnzimm. und 1 Küche Anzahl. von **100** Mk. an

1 Salon, 1 Schlafzimmer, 1 Speise-, 1 Herrenzimmer und 1 Küche Anzahl. von **175** Mk. an

Grosse Auswahl in Salon-, Wohn-, Herren-, Schlaf- und Speise-Zimmern

Teilzahlung

Anerkannt billigste Bezugsquelle für gute, gediegene Möbel.

Teilzahlung

Der Boykott über unsere Firma ist aufgehoben!

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Die letzten 3 Tage!

Total-Ausverkauf

nur

43 Kommandantenstr. 43 * Schöneberg, Hauptstr. 10.

Es gelangen große Posten Waren aus unseren anderen Filialen mit zum Verkauf.

Das Wunder Berlins! Blitz Das Wunder Berlins!

Neu-Eröffnung

29=30 Kottbuser Damm 29=30

Herren-Anzüge, hochelegant	von 7^{25} an	Herren-Paletots, gemustert, mit Sattel	von 8^{50} an
Herren-Anzüge, Kavalier	von 12^{50} an	Herren-Paletots auf Atlas	von 12^{50} an
Herren-Anzüge, das Feinste	von 18^{50} an	Herren-Paletots, das Feinste	von 17^{50} an
Kinder-Anzüge	von 2^{10} an	Herren-Hosen, eisenfest	von 1^{85} an
Burschen-Anzüge	von 4^{50} an	Gehrock-, Smoking-Anzüge	von 18^{50} an

9 Rosenthaler Str. 9 — Ecke — August-Straße
80 Chaussee-Straße 80
Schöneberg, 10 Haupt-Straße 10

137 Gr. Frankfurter Straße 137
43 Kommandanten-Straße 43
29-30 Kottbuser Damm 29-30

6 Geschäftshäuser 6. ● Nur kein Neid, wer kann, kann. ● Vor Täuschung wird gewarnt!

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Eigene Werkstätten!

Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten!

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischlermeister,

jetzt: **Adalbertstraße No. 6** Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen — Musterzimmer

zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000 □-Meter umfassenden Geschäftsräumen.

Der **Ausverkauf** zurückgesetzter Möbel zu herabgesetzten Preisen findet bis auf weiteres in den alten Geschäftsräumen **Skalitzer-Straße 6** statt.

Eine halbe Million Schwingungen

macht das sogenannte Balancierkäbchen einer Taschenuhr in einem Tage. Jeder Punkt im Umfang solchen Rades legt dabei im Tag über 23 Kilometer, im Jahr mehr als acht und eine halbe Million Meter zurück. Wenn man sich diese kolossale Leistung eines so winzig kleinen Teiles einer Taschenuhr vergegenwärtigt, versteht man erst, wie gut gearbeitet solch ein Werk sein muß, um diese Arbeit dauernd, mit steter Gleichmäßigkeit leisten zu können. Man erkennt daran aber auch, daß es unmöglich ist, wirklich gute, dauerhafte Taschenuhren zu den Spottpreisen zu liefern, zu denen die Reklame sie anbietet. Wer sich eine gute Uhr anschaffen will, die nicht nach wenigen Jahren den dreifachen Einkaufspreis an Reparaturkosten verschlingt, der besichtige unser Uhren-Lager.

Wir haben durch den Vertrieb reeller Waren zu billigsten Preisen ein Weltgeschäft aufgebaut und man kann sich überzeugen, daß die Ware von solcher Qualität und so hergestellt ist, daß sie in jeder Weise empfohlen werden kann.

Ostergeschenke in größter Auswahl.

Belmonte & Co.

Leipziger Str. 35 und Königstr. 46

Ecke Charlottenstraße — Ecke Hohe Steinweg

Juweliere, Gold- und Silberschmiede.

Ateliers für Juwelenschmuck und Kunstarbeiten. Fabrikation mit elektrischem Kraftbetrieb.

Gold- und Silber-Walz- und Prägewerk. — Ingrosexport nach allen Ländern.

Alt Gold u. Silber wird z. Tageskurs in Zahlung genommen.

Größtes Lager in Kolliers mit modernen Anhängern, Brillanten, Perlen und Edelsteinen gefaßt von 35—4000 M.

In Gold plattiert von 7—15 M.

Kettenarmbänder in echt Silber, von M. 1.50—8, auch mit reiz. Anhängern in Gold plattiert, von M. 3—15.

Gold. Glieder- und Ketten-Armbänder mit Edelsteinen verziert in allen Preislagen.

14kar. Gold. platt. **Kavalier-Ketten** von M. 6—12.

Kaufen Sie nur noch **fugenlose Trauringe** Marke B. & Co.

Wir hab. d. techn. vollkommenst. mechanische Einrichtung für Fabrikat. v. fugenl. Trauringen.

Ein Meisterwerk vollendeter Uhrenfabrikation!

Patent-Anker-Remontoir-Kavalier-Stahl-Uhr

Nr. 1809, Modell 1907 10 M. mit versilbertem Zifferblatt Mark 12

Eine gleiche Uhr kostet im Silbergehäuse, Bassinform, 800/1000 Reichsstempel . . M. 20
desgl. mit Sprungdeckel M. 28
in Tula-Silber . . . . M. 38
in Gold . . . . . M. 45

5jährige schriftliche Garantie.

Gold. und silb. Damen- und Herrenuhren in allen Preislagen und größter Auswahl

Prachtkatalog mit vielen tausend Illustrationen von Juwelen, Uhren, Gold- u. Silberwaren gegen 1 M. frko. Bei Einkauf oder Rücksendung wird dieser Betrag vergütet.

Es ist die höchste Zeit

daß jeder Herr daran denkt, seine Einkäufe für die Frühjahrs- und Sommer-Saison zu decken.

Die Frage wo???

ist eine leicht lösbare, wenn Sie sich bei Ihren Einkäufen an die längst für gut, reell und preiswert bekannte Firma

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Bekleidung, fertig und nach Maß

wenden.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

Frühjahrs-Anzüge. Frühjahrs-Paletots.

Eigene große Betriebswerkstätten.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf! Nachdruck verboten.

Unsere Abteilung Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß,

welche, in eigenen, der Neuzeit entsprechend eingerichteten **Betriebswerkstätten** unter Leitung erster Meister, angefertigt werden, **bietet Gewähr für tadellosen Sitz und guter Verarbeitung.** Unser großes Lager an Stoffneuheiten des **In- und Auslandes** ist einzig dastehend. Wir bitten, uns Bestellungen nach Maß rechtzeitig zu übergeben, damit wir in die Lage gesetzt werden, tadellose gute Verarbeitung bewirken zu können.

Eigene große Betriebswerkstätten.

Paletot nach Maß von 30 Mark an. | **Anzug nach Maß von 34 Mark an.**

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

Achtung! **Achtung!**

Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeninhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

Osten:

Hermann Haake, Landsbergerstr. **91.**
Sachs, Große Frankfurterstr. 132.

Norden:

Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.
Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.
Bernhard Baer, Rosenthalerstr. 5.

Süden:

Esders u. Dyckhoff, Oranienstr. 48.
Schulmeister, Dresdenerstr. 4.
Karl Stier, Oranienstr. 166.

Westen:

Kaplan, Friedrichstr. 1.
S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.
Karl Stier, Potsdamerstr. 113a.
Landsberger, Friedrichstr. 108.
Thiéry u. Sigrand, Friedrichstr. 179.
Vandsburger, Friedrichstr. 7.
Vandsburger, Turmstr. 30.
Esders u. Dyckhoff, am Dönhoffsplatz.

Zentrum:

Weltmann Nachf. Stephan Esders, Kaiser Wilhelmstr. 41.
Riethmüller, Molkenmarkt.

Warenhäuser:

Max Manuheim, Frankfurter Allee 112.

Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten.

Die Firma G. Haake, Landsbergerstr. 93, hat den Lohntarif anerkannt, wogegen bei der Firma Hermann Haake, Landsbergerstr. **91,** das Lohn- und Arbeitsverhältnis in gar keiner Beziehung als geregelt bezeichnet werden kann.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands

Filiale Berlin, Engel-Ufer 21, parterre.

162/20*

Versandhaus Germania

Billigste Bezugsquelle für elegante Herrengarderobe

— fertig und nach Maß —

4300L*

— seit 20 Jahren — **Unter den Linden 21, II** — Fahrstuhl —

Maß-Abteilung:

12 Mark	45 Mark	45 Mark
elegante Herren-Beinkleider nach Maß, garantiert tadelloser Sitz	vornehme Sommer-Paletots nach Maß, beste englische und deutsche Stoffe	elegante Herren-Anzüge nach Maß, vornehmer Sitz

Proben gratis und franko

Sonder-Angebot für fertige Herrengarderobe:

9 bis 12 Mark	25 bis 40 Mark	
hochvornehme fertige Beinkleider eleganter Schnitt, tadelloser Sitz	hochelegante fertige Anzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen	Vorjährige Sachen bedeutend unter Selbstkosten-Preis.

Spezial-Hut-Engroslager. — Begründet 1873. — **Neueste Moden der Saison**

in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten u. Chapeau claques.

Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen und streng festen Preisen!

Sonntags geöffnet! **Neue Königstraße 48, I Treppe,** drittes Haus vom Alexanderplatz.

Bitte genau auf Hausnummer 72 zu achten.

Central-Leihhaus, nur allein Jägerstr. 72, Ecke Kanonierstraße.

9641L*

Räumungs-Ausverkauf wegen Umbau.

Täglicher Verkauf von modernen **Frühjahrs-Paletots** und Anzügen von Mk. 10, 12, 15, 20, 25—30 Prima. Knaben-, Jünglings- und Einsegnungs-Anzüge, Kammgarn-Anzüge, Hochzeits-Anzüge, Abonnements-Sachen, fast neu, teils auf Seide gearbeitet, spottbillig. Ein Posten Teppiche, Herren- und Damen-Stiefel. Tausende eleganter Herren-Garderoben sind jetzt zur Frühjahrs-Saison zum Ausverkauf gestellt und sind Bauchsachen, selbst für die korpulentesten Herren passend, in großer Auswahl vorhanden. Alles fabelhaft billig. Die Verwaltung.

Poliz. konz. Leihhaus.

Größtes Spezial-Geschäft für Damen-Kleiderstoffe, Blusen, Röcke und Jupons.

Gr. Frankfurterstr. 126 Eckhaus Koppenstraße.

S. Weissenberg

Gr. Frankfurterstr. 126 Eckhaus Koppenstraße.

Neu eingetroffen: Damen-Kleiderstoffe – Seidenwaren.

Engl. Zwirnkaros u. Streifen in hell u. dunk., kräftig. Gewebe passend für Jackenkleider und Röcke, 110—140 cm. breit 1.50, 2.00–2.50 M.

Melierte Tuche, Satins u. Covert-Coats praktische Gewebe für Straßenkleider, 110 cm. breit 1.65, 2.00–3.00 M.

Elegante farbige Phantasiestoffe in den schönsten Melangen u. Karos, 90—110 cm. breit 1.50, 2.00–2.75 M.

Einfarb. Cheviot, Crêpe u. Satintuche in den neuesten Farbentönen, 90—110 cm. breit 1.25, 1.75–2.50 M.

Alpacca und Mohairstoffe in glatt und gemustert Schöne glänzende Qualitäten für leichte Sommerkleider 1.50, 2.00–3.00 M.

Neue Blusenstoffe, gestreift und kariert in allen modernen Ausführungen doppelt breit 90 Pf., 1.25–2.00 M.

Einfarbige Reinseidene Blusenstoffe in allen neuen Farben und Bindungen . . . . . Meter **1.50, 2.00, 2.50, 3.00 M.**

Karierte und gestreifte Reinseidene Blusenstoffe in den schönsten Ausführungen . . . . . Meter **1.65, 2.00, 2.50, 3.50 M.**

Zum Umzuge offeriere mein reichhaltiges Lager in **Gardinen** und **Vorhangstoffen** zu besonders billigen Preisen.

Preiswerte Oster-Schuhwaren!

Aus unserer enormen Auswahl empfehlen wir besonders:

Herren-Artikel

Herren - Zugstiefel, dauerhafte Ledersorten, je nach der Ausführung 11.50, 10.80, 10—, 9.50, 8.30, 7.50, 5.90, 4.90

Herren-Schnürstiefel, bewährte Qualitäten, je nach der Ausführung 12.—, 10.90, 10.—, 9.80, 9.50, 7.90, 7.20, 5.90, 4.90

Herren-Schnallenstiefel, das Bequemste der Gegenwart . . . . . 12.—, 9.80, 6.50

Herren-Ziegenleder-Schnürstiefel, braun, sehr modern 8.75

Herren-Chevreaux-Schnürstiefel elegante Promenadenstiefel 9.50

Herren-Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackzierkappen 10.50

Leder-Hausschuhe, rot, braun, schwarz, leicht und bequem 5.90, 4.50

Damen-Artikel

Damen-Schnür- und Knopfstiefel aus best. Material, mod. Fassons, 11.50 10.50 8.75 7.50 6.50 5.80

Farbige Schnür- und Knopfstiefel, neueste Farben, chice Fassons 13.75 10.90 8.90 7.50

Damen-Schnürstiefel, weiss Glacéleder, mit Zierkappen 8.50

Damen-Schnür- und Knopfstiefel, echt Boxcalf oder Chevreaux, moderne Passformen . . 10.50

Damen-Knopf- und Schnürschuhe, braun Ziegenleder, in bester Ausführung 5.50

Damen-Spangenschuhe, farbig Ziegenleder, sehr dauerhaft . . . . . von 3.75 an

Damen-Leder-Hausschuhe, rot, braun und schwarz, bequem und praktisch 4.25 3.50

Knaben- u. Mädchen-Artikel

Knopf- und Schnürstiefel, vorzügliches Wichsleder, anerkannt dauerhaft, je nach der Grösse von 3.50 an

Knopf- und Schnürstiefel, echt braun Ziegenleder, je nach der Grösse . . . . . von 4.20 an

Knopf- und Schnürstiefel, pa. Boxhorse, beliebte Schulstiefel, je nach der Grösse . . . von 4.80 an

Knopf-, Schnür- und Spangenschuhe, braun Ziegenleder, sehr haltbar, je nach der Grösse von 3.20 an

Kinder-Artikel

Schnürstiefel, rot, braun und schwarz, Ziegenleder, je nach der Grösse . . . . . von 1.80 an

Knopfstiefel, weiss Glacéleder, mit Lackbesatz, je nach der Grösse . . . . . von 2.90 an

Sämtliche Neuheiten für die Frühjahrs-Saison 1907.

Besichtigung unserer umfangreichen Lager gern erbeten.

Man achte stets auf unsere volle Firma: Conrad Tack & Cie. um Verwechselungen zu vermeiden.

Unsere Spezialität: „Original-Goodyear-Welt"-Fabrikate bietet vollendete Auswahl in den neuesten französischen, letzten englischen und besten deutschen Formen, in hocheleganter Ausführung für Damen und Herren . . . . . von M. 12.50 an

Conrad Tack & Cie. Burg b. Magd.

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

Eigene Geschäfte in **Berlin** u. Umgegend:

C., Rosenthalerstr. 14.
C., Spittelmarkt 15.
W., Potsdamerstr. 50.
W., Schillstr. 16.
S., Oranienstr. 32.
O., Andreasstr. 50.
O., Frankfurt. Allee 125.
N., Friedrichstr. 127 am Oranienb. Tor.
N., Danzigerstr. 1.
N., Müllerstr. 3.
N., Reinickendorfer Strasse 23.
SO., Wrangelstr. 49.
SO., Oranienstr. 172a.
SW., Friedrichstrasse 240-241 a. Hall. T.
NW., Beusselstr. 29.
NW., Thurmstrasse 41. Ecke Oldenburger Strasse
NW., Wilsnackerstr. 22.
Charlottenburg: Wilmersdorferstr. 122-123.
Rixdorf: Berg - Strasse 30-31.
Potsdam: Brandenburgerstr. 54.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.